



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Guten Abend geschätzte Damen und Herren, ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse euch, werte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat, die anwesenden Personen aus der Verwaltungsleitung, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und vor allem unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die uns mit dem Besuch ihre Referenz erweisen. Wir beginnen die Sitzung mit dem Appell. Dafür bitte ich Barbara Labbé diesen vorzunehmen.

- 33 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 5 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 5 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Marc Häusler (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.
 - 2 Mitglieder des Gemeinderates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.²

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich stelle fest, dass 33 Stadträtinnen und Stadträte anwesend sind, sodass der Stadtrat beschlussfähig ist. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenauflage erfolgte unseres Erachtens vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die Akten sind auch auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen zu der Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Dann starten wir mit Traktandum Nr. 1.

¹ Zwei Stadratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 35 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

² Bei einem entschuldigten Mitglied handelt es sich um den vakanten Platz des Stadtpräsidenten. Wahl 30.08.2026, 2. Wahlgang 25.10.26



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2026

1. Protokolle der Stadtratssitzungen vom 30. März 2026 und 11. Mai 2026: Genehmigung

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Hier geht es um das Protokoll der Stadtratssitzungen vom 30. März 2026 und 11. Mai 2026. Die Protokolle dieser beiden Stadtratssitzungen befanden sich in der Aktenauflage und sind auf der Webseite aufgeschaltet. Gemäss Art. 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind die Protokolle durch den Stadtrat zu genehmigen. Das Büro des Stadtrates beantragt die Genehmigung der Protokolle. Ich eröffne die Beratung. Gibt es Bemerkungen dazu? Ich mache ein abgekürztes Verfahren. Wenn es keine Bemerkungen gibt, so stelle ich gestützt auf Art. 65 Abs. 2 der Geschäftsordnung fest, dass ein unbestrittener Antrag vorliegt und dass diese zwei Protokolle ohne Abstimmung genehmigt wurden. Wird dagegen Protest erhoben? Das ist nicht der Fall, sodass wir zu Traktandum Nr. 2 übergehen.

III Beschluss:

Die Protokolle der Stadtratssitzungen vom 30. März 2026 und 11. Mai 2026 werden genehmigt.



2. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Ersatzwahl für den per 29. Juni 2026 zurücktretenden Gerhard Käser [SP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Beim Traktandum Nr. 2 geht es um die Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission als Ersatzwahl für den per 29. Juni 2026 zurücktretenden Gerhard Käser. Das Eintreten ist zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich eröffne die Beratung. Wie ihr dem Bericht entnehmen könnt, schlägt die SP/GL-Fraktion Päivi Lehmann zur Wahl vor? Gibt es weitere Kandidaturen? Gibt es Stellungnahmen der Fraktionen? Bitte schön, Cornelia Gerber-Schärer (SP).

Stadträtin Cornelia Gerber-Schärer (SP): Wir bedanken uns vorab ganz herzlich bei Gerry Käser und empfehlen ganz klar und mit bestem Dank Päivi Lehmann für die GPK. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Da es um ein Wahlgeschäft geht, ist hier eine Abstimmung nötig. Wer Päivi Lehmann als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission seine Stimme geben will, zeigt das mit der Stimmkarte. Nein-Stimmen? Enthaltungen? Päivi, du bist mit 32 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt. Wir gratulieren dir herzlich zu dieser Wahl, danken dir für dein Engagement und wünschen dir viel Freude und Befriedigung in diesem Amt.

(Applaus)

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

Päivi Lehmann (SP) wird als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt, mit Wirkung ab 14. Juli 2026 für den Rest der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2028).



3. Wahl eines Mitglieds des Büros des Stadtrates (Ersatzwahl für den per 29. Juni 2026 zurücktretenden Gerhard Käser [SP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind bei Traktandum Nr. 3 mit der Wahl eines Mitglieds des Stadtratsbüros bei einem weiteren Wahlgeschäft. Dies ist aufgrund des Rücktritts von Gerhard Käser aus dem gleichen Grund nötig. Auch hier ist das Eintreten zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich eröffne die Beratung. Wie ihr dem Bericht entnehmen könnt, schlägt hier die SP/GL-Fraktion Dan Weber zur Wahl vor. Gibt es weitere Kandidatinnen oder Kandidaten? Gibt es Wortmeldungen seitens der Fraktionen? Ja, Cornelia Gerber-Schärer (SP).

Stadträtin Cornelia Gerber-Schärer (SP): Auch hier danken wir Gerry Käser ganz fest für seine Erfahrung, die er einbrachte und wir sind ganz klar für Dan Weber und schlagen ihn auch für diesen verantwortungsvollen Posten vor. Jetzt schon danke vielmals, Dan.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer Dan Weber als Mitglied des Büros des Stadtrats die Stimme geben will, zeigt das jetzt mit seiner Stimmkarte. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch du bist mit 32 Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt. Auch dir danken wir für das Engagement, und wir freuen uns hier oben sehr auf deine Unterstützung, auf die wir ab morgen zählen können. Danke vielmals.

(Applaus)

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

Dan Weber (SP) wird als Mitglied des Büros des Stadtrates gewählt, mit Wirkung ab 14. Juli 2026 bis 31. Dezember 2026.



4. Jahresrechnung 2025: Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gut, dann sind wir bei Traktandum Nr. 4 mit der Jahresrechnung 2025. Es handelt sich dabei um ein zwingendes Geschäft, sodass Nichteintreten ausgeschlossen ist.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir steigen direkt in die Beratung ein. Ich gebe Gemeinderat Patrick Freudiger, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen, das Wort.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, werte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Medienschaffende, Kaderleute aus der Verwaltung und interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, es gibt deutlich unangenehmere Aufgaben, die man als Finanzminister hat, als solch eine Jahresrechnung zu präsentieren, wie ich das heute namens des Gemeinderates machen darf. Aufgrund des Medien-Cafés des Gemeinderates konnte man dazu bereits das eine oder andere der Presse entnehmen. Es soll hier nicht darum gehen, dies irgendwo zu wiederholen., auch wenn die Präsentationsfolien die gleichen sind. Aber es soll hier darum gehen, vielleicht noch an einem oder anderen Ort ein bisschen mehr in die Tiefe zu gehen, so wie das in den parlamentarischen Diskussionen auch sein soll.

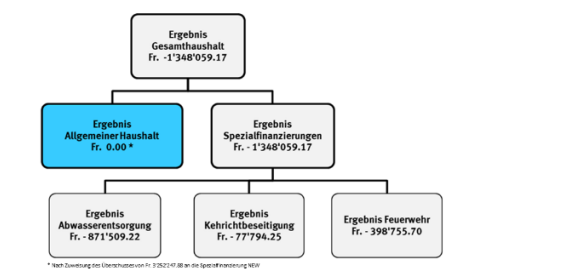
Vielleicht fasse ich in aller Kürze trotzdem noch einmal zusammen, was man in der Jahresrechnung 2025 erreichte. Man budgetierte im steuerfinanzierten Haushalt ein Defizit über rund 3,9 Mio. Franken, also nicht nur in den Spezialfinanzierungen mit eigenem Rechnungskreis, und hatte am Schluss einen Ertragsüberschuss von 3,25 Mio. Franken. Dies ist somit also alles in allem ein ausgesprochen erfreuliches Ergebnis. Man muss aber auch sagen, dass wir uns damit auch ein bisschen in einem Trend bewegen, der auch in vielen anderen Gemeinden ähnlich aussieht, wonach ganz viele Gemeinden einen klar besseren Rechnungsabschluss erzielen, als sie es budgetierten.

Nachdem man hier ganz, ganz zurückhaltend kommunizierte, dass die Rechnung 2025 dann möglicherweise nicht so schlecht aussieht, beschloss das Parlament hier im Saal diese rückwirkend per 1. Dezember 2025 erfolgte Inkraftsetzung der Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit, Energie und Werterhalt. Und dank dieser rückwirkenden Inkraftsetzung mit einer zielgerichteten Umsetzung realisierte man jetzt eigentlich diesen Jahresgewinn, den wir hier ein bisschen wider

Erwarten machen durften. Aufgrund dessen startet die Spezialfinanzierung jetzt auch nicht mit einem Nullkapital, sondern vor der reglementarischen Starteinlage bereits mit einem Kapital von über 3 Mio. Franken. Dies ermöglicht uns jetzt zeitnah, den Unterhaltsstau bei den städtischen Liegenschaften abzubauen. Das führt dann dazu, dass wir im Steuerhaushalt eine schwarze Null haben, weil dieser Gewinn eben gerade 1:1 dieser Spezialfinanzierung für unsere Liegenschaften zugewiesen wird.



Ergebnisse (I) – Schematische Darstellung





Und wenn man sich auf den nächsten Folien den Gesamthaushalt anschaut, also unter Einschluss der drei Spezialfinanzierungen, die sich selber finanzieren müssen, dann hat man hier ein entsprechendes Minus, weil die drei Spezialfinanzierungen "Abwasser", "Kehricht" und "Feuerwehr" zumindest mehrheitlich mit einem Minus abschlossen, was Gründe hat, auf die ich noch zu sprechen komme. Dort wird quasi dieses Defizit der schwarzen Null abgezogen, was im allgemeinen Haushalt zu diesem Null-Ergebnis führt, aber eben eigentlich 3,25 Mio. Franken wären, die dann aber in die Spezialfinanzierung abgeführt werden. Aber auch bei der Spezialfinanzierung wurde eine klare Besserstellung gegenüber dem Budget erzielt. Hier unten seht ihr die drei Posten der einzelnen Spezialfinanzierungen, wie diese abschlossen. Wie bereits gesagt lag das Budget im Steuerhaushalt bei 3,9 Mio. Franken und im Gesamthaushalt bei 4,2 Mio. Franken.

Bei dieser Gegenüberstellung seht ihr auch auf Stufe Gesamthaushalt eine klare Besserstellung. Wenn wir uns jetzt ein bisschen den Steuerhaushalt anschauen, was ja die politisch interessante Steuergrösse ist, und dabei den Aufwand und den Ertrag ein bisschen aufzuschlüsseln versuchen, dann sieht man, dass man im betrieblichen Aufwand leicht unter dem Budget lag und die Rechnung somit weniger betrieblichen Aufwand auswies wie budgetiert. Wir haben aber einen klar höheren Ertrag und dabei insbesondere einen klar höheren betrieblichen Ertrag, aber auch ein besseres Ergebnis aus der Finanzierung, und dabei ein ausserordentliches Ergebnis, das eben mit der erwähnten Zuweisung in die Spezialfinanzierung zu tun hat. Vergleicht man zur Veranschaulichung einfach noch das budgetierte Minus über 3,9 Mio. Franken mit dem erzielten Ertragsüberschuss, so ist das eine Netto-Besserstellung von über 7 Mio. Franken.

Schaut man sich nun die einzelnen Posten an, dann gab es Verbesserungen gegenüber dem Budget, aber auch Verschlechterungen. Wir hatten z.B. Mindererträge im Polizei-Inspektorat, bei dem wir die Parkgebühren klarerweise zu hoch budgetierten und etwas war, das auch schon früher passierte und man sich für künftige Budgetierungen genau anschauen muss. Wir haben einen Minderertrag bei der IB Langenthal AG – was aber, Achtung – kein Grund für Besorgnis ist. Warum ist das so? Bei der IB Langent-

Ergebnisse (II) – Aufteilung und Budgetvergleich

	Rechnung 2025	Budget 2025	Rechnung 2024
Jahresergebnis ER Gesamthaushalt	-1'348'059.17	-4'213'700.00	-2'010'608.25
Jahresergebnis ER Allgemeiner Haushalt	0.00	-3'924'000.00	-2'207'848.96
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung	-871'509.22	162'000.00	875'486.63
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung	-77'794.25	-173'500.00	-350'817.88
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Feuerwehr	-398'755.70	-278'200.00	-327'428.04
Jahresergebnis gesetzliche Spezialfinanzierungen	-1'348'059.17	-289'700.00	197'240.71

Finanzamt

29.06.2026

4

Ergebnisse (III) – differenzierter Ausweis (Allgemeiner Haushalt)

Erfolgsrechnung	Jahresrechnung 2025	Budget 2025	Jahresrechnung 2024
	in Fr.	in Fr.	in Fr.
Betrieblicher Aufwand	-92'737'970	-94'332'900	-91'874'684
Betrieblicher Ertrag	90'992'990	87'793'300	82'987'548
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-1'744'980	-6'539'600	-8'887'136
Ergebnis aus Finanzierung	5'177'278	1'881'300	5'944'965
Operatives Ergebnis	3'432'298	-4'658'300	-2'942'171
Ausserordentliches Ergebnis	-3'432'298	734'300	734'322
Ergebnis steuerfinanzierter Haushalt	0	-3'924'000	-2'207'849

Finanzamt

29.06.2026

5

Negative Abweichungen zum Budget (Inst. Gliederung)

		Verschlechterung
Mindererträge		
■ Netto-Minderertrag Polizeiinspektorat	Fr.	0.9 Mio.
■ Netto-Minderertrag Lastenausgleich Sozialhilfe	Fr.	0.8 Mio.
■ Netto-Minderertrag IB Langenthal AG	Fr.	0.6 Mio.
Mehraufwendungen		
■ Netto-Mehraufwand Einlage Spezialfinanzierung NEW	Fr.	3.2 Mio.
■ Netto-Mehraufwand Sozialhilfe	Fr.	1.0 Mio.
■ Netto-Mehraufwand Einlage zusätzliche Abschreibung	Fr.	0.9 Mio.

Finanzamt

29.06.2026

7



hal budgetierte man die Erträge aus der Konzessionsabgabe auf Gas und Strom noch nicht ganz vollumfänglich, aber bereits weitgehend ein. Und wie ihr alle bestens wisst, wurde die Einführung dieser Konzessionsabgabe auf Gas und der Erhöhung derjenigen auf Strom erst dieses Jahr beschlossen. Obwohl dies bereits im Jahr 2025 budgetiert wurde, aber eben noch nicht realisiert wurde, führte dies zu diesem rechnerischen Minderertrag.

Zu einem Mehraufwand kam es auch aufgrund der bereits erwähnten Einlage. Auch in der Sozialhilfe musste ein Mehraufwand verzeichnet werden, da dort die Ausgaben ansteigen, was hier in Langenthal nicht anders aussieht wie auch in anderen Gemeinden. Es ist aber eine Folge der regulativen Mechanismen, die wir mit den SKOS¹-Richtlinien und der entsprechenden Gesetzgebung auf kantonaler Ebene, respektive im Fall der SKOS-Richtlinien sogar auch auf eidgenössischer Ebene haben und in dem Sinn keine Langenthaler Ursache darstellen.

Vielleicht mache ich zu den Mehrerträgen oder Minderaufwendungen noch ein paar Bemerkungen. Wir haben einen sehr deutlichen Mehrertrag bei den ordentlichen Steuern, was der Hauptgrund ist, warum wir so viel besser abschlossen als budgetiert. Wir haben einen Mehrertrag bei den Liegenschaften im Finanzvermögen, da diese Liegenschaften alle fünf Jahre neu bewertet werden, was nun zu einem Mehrertrag führte und einem Einmalfaktor entspricht. Und man hat einen Mehrertrag beim Kapitaldienst, weil

das Finanzamt unter der Leitung von Léon Metz und Jürg Zurlinden im Bereich der Kapitalanlagen herausragend arbeitete, sodass wir uns jetzt hier als Stadt über einen Mehrertrag von 1,5 Mio. Franken freuen dürfen. An dieser Stelle herzlichen Dank für das clevere Händchen des Finanzamts.

Zu Minderaufwendungen kam es bei den Personaldiensten. Hier gilt es besonders zu erwähnen, dass im Budget 2025 erstmal der Besoldungsreserve sowie der Tatsache, dass nie alle ausgeschriebenen Stellen besetzt werden können, Rechnung getragen wurde und man deshalb von den budgetierten Personalkosten Fr. 700'000.00 abzog. Und trotzdem war der budgetierte Wert beim Personalaufwand noch einmal klarerweise zu hoch und führt jetzt in der Rechnung zu einem Minderaufwand für den Personaldienst. Das ist auf den ersten Blick eine "gute" Nachricht, weil der Aufwand tiefer ausfiel. Auf der anderen Seite, und da müssen wir auch ehrlich sein, bedeutet das einfach, dass die Stadt Langenthal in der Verwaltung nicht das volle Potential ausspielen kann, weil man die entsprechenden Stellen nicht besetzen konnte, was sich ein paar Folien weiter hinten rächt, wenn wir dann die Investitionsplanung anschauen. Hinsichtlich der Erfolgsrechnung stellt es in dem Sinn eine gute Nachricht dar, weil der Aufwand tiefer ausfällt, aber die Stadt Langenthal in dem Sinn ihr volles Potenzial mangels Vollbesetzung nicht ausschöpfen kann. Es weist aber auch für künftige Budgetperioden darauf hin, dass diese Fr. 700'000.00 immer noch sehr konservativ angesetzt sind und damit dem Delta "Soll-Ist" beim Personalbestand tatsächlich noch nicht ganz Rechnung getragen wird. Zudem verzeichnen wir einen Minderaufwand bei der Stadtentwicklung und einen Minderaufwand bei Unterricht und beruflicher Ausbildung.

Positive Abweichungen zum Budget (Inst. Gliederung)

		Verbesserung
<u>Mehrerträge</u>		
■ Netto-Mehrertrag ordentliche Steuern	Fr.	6.5 Mio.
■ Netto-Mehrertrag Liegenschaften des Finanzvermögens	Fr.	1.8 Mio.
■ Netto-Mehrertrag Kapitaldienst	Fr.	1.5 Mio.
<u>Minderaufwendungen</u>		
■ Netto-Minderaufwand Personaldienste	Fr.	0.7 Mio.
■ Netto-Minderaufwand Stadtentwicklung	Fr.	0.4 Mio.
■ Netto-Minderaufwand Unterricht, Berufliche Ausbildung, etc.	Fr.	0.2 Mio.

Finanzamt

20.06.2026

8

¹ SKOS = Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe



Das Wertschriftenportfolio erzielte, wie schon gesagt, kumuliert eine Brutto-Performance von 6,3%; neidisch werden ist erlaubt.

Entwicklung des Wertschriftenportfolios (I)

Überwiegender Teil ist ein nicht realisierter Buchgewinn per 31. Dezember 2025

Bank	Bestand per 01.01.2025	Bestand per 30.12.2025	Abweichung / Differenz	Kumulierte Brutto-Performance (TW) gem. Ausweis UBS	
Total UBS	Fr. 34'958'283	36'983'600	Fr. 2'025'317	6.3%	Gewichtetes Portfolio (Reinvermögen)

Finanzamt

29.06.2026

9

Wenn man sich dies ein bisschen auf die längere Frist anschaut, dann sieht man eigentlich den schönen Nettoertrag, den wir über eine ganz lange Zeit erwirtschaften konnten, und ich freue mich, sagen zu dürfen, dass man den Nettoertrag auch dann erwirtschaften konnte, als die Stadt Langenthal ihre Anlagestrategie hin zu mehr Nachhaltigkeit verlagerte, sodass die Investitionen in ESG¹ als nachhaltige Anlagen nicht zu einem Einbruch im Wertschriftenportfolio führten.

Hier gebe ich einen kleinen Überblick zum Personalminderaufwand, der vor allem bei den Löhnen des Verwaltungs- und Betriebspersonals einschlug, wie ich das vorhin bereits ausführte.

Entwicklung des Wertschriftenportfolios (II)

In der Langfristbetrachtung resultiert weiterhin ein Wertzuwachs mit einer durchschnittlichen Netto-Rendite von rund 2.3 %

Erträge exkl. Kosten 01.06.2006 – 31.12.2017	11.552 Mio.	
Erfolg WS-Verkauf Dezember 2020	0.409 Mio.	
Erfolg WS-Verkauf Januar 2022 (neue Anlagestrategie)	-0.538 Mio.	
Erfolg WS-Verkauf März 2024	0.066 Mio.	
Erfolg WS-Verkauf Februar und Oktober 2025	0.065 Mio.	
Kapitalveränderung 01.06.2006 – 31.12.2025	10.357 Mio.	
Nettoertrag exkl. Kosten 01.06.2006 – 31.12.2025	21.911 Mio.	
Abzüglich Kosten 01.06.2006 – 31.12.2025	- 1.457 Mio.	Aus fliessigen Mitteln beglichen
Total Nettoertrag inkl. Vermögensverwaltungskosten 01.06.2006 – 31.12.2025	20.454 Mio.	

Finanzamt

29.06.2026

10

Abweichung zum Budget (Artengliederung Gesamthaushalt)

Personal-Minderaufwand

In Tausend Franken	Rechnung 2025	Budget 2025	Abweichung
Personalaufwand gesamt	24'264	25'276	-1'012
davon: Behörden und Kommissionen	80	114	-34
davon: Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	20'534	21'024	-490
davon: Arbeitgeberbeiträge	3'477	3'619	-142
davon: übriger Personalaufwand	172	519	-347

Finanzamt

29.06.2026

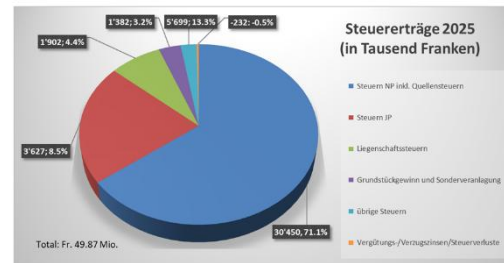
11

¹ ESG = Environment, Social, Governance (= Umwelt, Soziales und unternehmerische Führung)



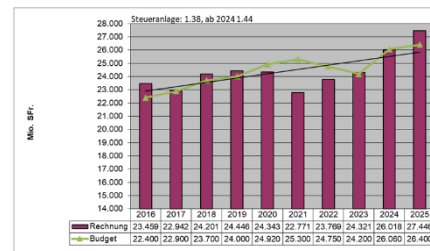
Nun komme ich zur Gesamtübersicht der Steuererträge. Man sieht, dass Langenthal, wie andere Gemeinden auch, ihre Steuererträge in erster Linie aus den Steuern der natürlichen Personen generiert, wobei für eine Wirtschaftsstadt auch die Steuererträge aus juristischen Personen, wenn auch nicht im selben Umfang, wichtig sind.

Steuererträge 2025 - Gesamtübersicht



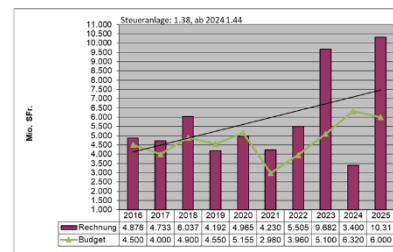
Die Einkommenssteuern sehen wir hier in der Entwicklung von 2016 bis 2025. Dass diese seit Jahren ansteigen, ist in diesem Sinn, auch mit Blick auf die Inflation, üblich, indem mit den Löhnen quasi die Inflation ausglich wird. Dennoch sieht man schon von 2024 bis 2025 eine deutliche Steigerung der Einkommenssteuern bei natürlichen Personen, die man in diesem Umfang nicht hätte erwarten können, aber auch nicht hätte erwarten dürfen, man aber natürlich gerne nimmt.

Einkommenssteuern NP 2016 – 2025 (Basis 1.38, ab 2024 1.44)



Schaut man sich bei den juristischen Personen einfach die letzten drei Balken von rechts an, dann erkennt man, wie unglaublich volatil die Steuereinnahmen von juristischen Personen sind. Es hängt mit den Besonderheiten des Unternehmenssteuerrechts zusammen und dabei mit den Abzügen, die man dort machen kann, sich aber zum Teil erst nach mehreren Jahren auswirken und auch mit den Veranlagungen zusammenhängen, die zum Teil über mehrere Jahre dauern und dann plötzlich eben einschenken oder eben nicht einschenken. Und wenn man sich das einfach ein bisschen auf der Zunge zergehen lässt, dann sieht man auch, dass wir im Jahr 2024 bei den juristischen Personen Einnahmen von 3,5 Mio. Franken hatten und im Jahr 2025 ein Allzeithoch von knapp 10,5 Mio. Franken erzielten. Für den Budgetprozess bedeutet dies ein bisschen überspitzt formuliert, dass man zwischen 3,5 und 10,5 Mio. Franken alles budgetieren kann und man nichts falsch macht, was dann einfach auch ein bisschen die Schwierigkeit ausmacht. Eine verantwortungsvolle Budgetierung wird sich darauf konzentrieren müssen, einen Mittelwert zu nehmen; weder einen ganz tiefen, noch einen ganz hohen, was aber für uns, wie auch in anderen Gemeinden, herausragend schwierig ist.

Gewinnsteuern JP 2016 – 2025 (Basis 1.38, ab 2024 1.44)





Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2026

Bei den Details sieht man, dass man auch bei den Quellensteuern gegenüber dem Budget Mehreinnahmen verzeichnete, wenn auch nicht in allen Positionen. Aber auch hier widerspiegelt sich das gute Steuerjahr. Ich denke, es ist hier aus Sicht des Gemeinderates wichtig festzuhalten, dass wir nun für ein Jahr sehr gute Steuereinnahmen hatten, es aber fahrlässig wäre anzunehmen, dass man in allen künftigen Jahren erneut mit 10,5 Mio. Franken Steuereinnahmen bei den juristischen Personen rechnen kann.

Das war jetzt ein schöner Einmaleffekt, den wir auch gerne nehmen, aber es wäre falsch und unseriös, Einnahmen in einer solchen Höhe in allen künftigen Jahren quasi als Standard einzuplanen. Somit wird sich eigentlich auch nichts an den Annahmen in der Finanzstrategie des Gemeinderates ändern, weil man den Durchschnitt von mehreren Jahren errechnen und berücksichtigen muss.

Zum Aufwand ist zu bemerken, dass wir auch beim Lastenverteilsystem eine Zunahme haben.

Wenn wir uns dabei die einzelnen Aufwände für den Lastenausgleich anschauen, entwickelt sich dieser überall gleich, wonach man beim öffentlichen Verkehr sogar eine kleine Abnahme gegenüber dem Budget verzeichnete. Aber auch hier gibt es im Lastenausgleich bei der Fürsorge eine deutliche Zunahme.

Steuernerträge 2025 – Details

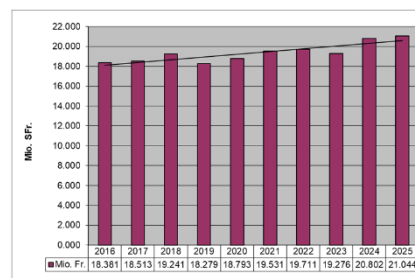
In Tausend Franken	Rechnung 2025	Budget 2025	Rechnung 2024
Quellensteuern, Nach- und Strafsteuern, Steuerteilungen	2'773	1'890	3'007
Quellensteuern inkl. BGSA	1'659	1'040	1'080
Nach- und Strafsteuern NP	45	100	25
Steuerteilungen NP und JP	1'069	750	1'902
Übrige Steuern	6'293	6'101	7'056
Lotteriegewinnsteuern	0	1	0
Liegenschaftssteuern	3'923	3'800	4'235
Grundstücksgewinnsteuern	764	850	873
Sonderveranlagungen	902	950	1'357
Erbschafts- und Schenkungssteuern	198	120	195
Ertragsanteile an der direkten Bundessteuer	506	380	396

Präsident

29.06.2026

15

Anteil Lastenverteilsystem Kanton (2016 – 2025; Teil 1)



Präsident

29.06.2026

16

Anteil Lastenverteilsystem Kanton (2023 – 2025; Teil 2)

Lastenausgleich: Vergleich mit Vorjahren und Budget					
Konto	Bezeichnung	Rechnung 2025	Budget 2025	Rechnung 2024	Rechnung 2023
0550.362.1.05	Öffentlicher Verkehr	2'314'837.00	2'485'000.00	2'167'195.00	2'190'844.00
2640.362.1.60	Neue Aufgabenteilung Gemeinde/Kanton	2'856'144.00	2'857'000.00	2'861'179.00	2'973'706.00
2640.462.2.70	Zuschuss Disparitätenabbau	-2'594'256.00	-2'400'000.00	-2'380'611.00	-2'998'411.00
2800.362.1.01	Lastenausgleich Familienzulage	74'262.00	79'000.00	53'816.00	63'367.00
2800.362.1.65	Anteil EL	3'493'576.00	3'548'000.00	3'629'946.00	3'553'229.00
4020.362.1.01	Pauschalierung Interventionskosten	85'494.15	79'200.00	78'130.00	78'020.00
5600.362.1.40	Lastenausgleich Fürsorge	9'165'539.55	8'442'000.00	8'709'282.00	8'067'734.00
5600.462.1.63	Soziodemografischer Zuschuss	-389'057.00	-360'000.00	-385'653.00	-373'544.00
601.351/451/433/352	Gemeindebeitrag Lehrerlöhne	6'037'288.20	5'992'250.00	6'068'707.50	5'821'282.47
Total		21'043'827.90	20'722'450.00	20'801'991.50	19'276'227.47

Präsident

29.06.2026

17



Ein Wort zur Cashflow-Rechnung: Auch hier sieht man eine erfreuliche Entwicklung, indem sich die Steuereinträge in angenehmen, positiven Cashflow-Zahlen niederschlagen. Bei der Geldflussrechnung lagen die kurzfristigen Anlagen per 01.01.2025 bei 6,8 Mio. Franken und am 31.12.2025 bei 13,2 Mio. Franken.

Übersicht Geldflussrechnung

Gesamthaushalt		
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	2025	2024
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	2'637'783.61	-1'599'883.98
Geldfluss aus Investitionstätigkeit		
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	675'832.03	-14'054'268.00
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit		
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	3'063'819.28	9'989'128.40
Total Geldfluss	6'377'434.92	-5'665'023.58
Bestand Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen 1.1.	6'829'841.54	12'494'865.12
Bestand Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen 31.12.	13'207'276.46	6'829'841.54

Es gibt keine Präsentation mit nur guten und keine mit nur schlechten Nachrichten, sodass wir auch im Jahr 2025 nicht nur gute Nachrichten haben, so angenehm es auch war, eine Rechnung aufgrund einer guten Ausgabendisziplin präsentieren zu dürfen, was aber auch massgebend auf Einmalfaktoren zurückzuführen war.

Demgegenüber gilt es die Investitionsrechnung 2025 kritisch zu betrachten. Wir haben Bruttoinvestitionen von knapp 13 Mio. Franken und wir verzeichnen dabei durchaus notable Beiträge, Subventionen und Rückzahlungen von 5,5 Mio. Franken. Dies führt aber dann zu Nettoinvestitionen von lediglich 7,43 Mio. Franken, die meisten davon im steuerfinanzierten Haushalt. Das bedeutet nun aber ein Minus von 28,7 Mio. Franken gegenüber der Planung im Investitionsplan 2025. Wir kommen dabei nicht auf 28,7

Investitionen 2025 (I)

■ Bruttoinvestitionen	Fr.	12.93 Mio.
■ Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen	Fr.	5.50 Mio.
■ Nettoinvestitionen (Gesamthaushalt)	Fr.	7.43 Mio.
■ Davon Netto-Investitionen zu Lasten spezialfinanzierte Haushalte	Fr.	1.99 Mio.
■ Effektive Nettoinvestitionen zu Lasten steuerfinanzierter Haushalt	Fr.	5.44 Mio.
> Minderinvestition gegenüber Investitionsplan 2025 (Gesamthaushalt Nettoinvestition, Fr. 33.99 Mio.)	Fr.	28.7 Mio.
> Nettoinvestition: Realisierungsquote: 21.9 % (in Bezug zum Investitionsplan 2025 - 2029, Gesamthaushalt)		

Mio. Franken runter, sondern die Summe reduziert sich um 28,7 Mio. Franken. Damit erzielen wir eine Realisierungsquote von lediglich 22%; das heisst, dass bei den Investitionen vier von fünf eingeplanten Franken nicht realisiert wurden. Ich sprach im letzten Jahr an dieser Stelle von einer sehr rekordverdächtig tiefen Quote von 23%, doch jetzt liegt die Quote sogar noch um 1% tiefer. Wie einleitend bereits erläutert, zeigt sich hier ein bisschen die Schwierigkeit, wenn man eben nicht mit Vollbestand arbeiten kann. Das bedeutet nämlich, dass die Leute nicht vorhanden sind um die Projekte realisieren können. Es ist somit nicht in erster Linie eine Geldfrage, sondern es geht hier um die Problematik, dass man die Projekte, die man eingeplante, so nicht alle zu Boden brachte, sodass dies vielleicht ein kleiner Hinweis darauf ist, bei der Planung nur Sachen einzustellen, die man nachher auch wirklich machen kann. Also dies ist sicher eine Erkenntnis, die man auch als Gemeinderat aufnimmt, um die Realisierungsquote auf einen höheren Wert zu bringen.

Allerdings möchte ich auch hier mit Blick zu anderen Gemeinden festhalten, dass Langenthal bei weitem nicht allein dasteht, ist es doch üblich, dass Realisierungsquoten nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden. Wir genehmigten soeben auch auf Stufe Kanton die Rechnung und auch dort erzielte man im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt eine tiefere Realisierungsquote, sodass es sich nicht um ein Langenthaler Spezifikum handelt.



Ihr seht, welche Investitionen man tätigte. Zu nennen ist dabei der Objektkredit ESP Bahnhof, was einen relevanten Faktor darstellte. Wir haben spezialfinanzierte Investitionen wie den Ausbau der Abwasseranlagen im Bereich Hofmattstrasse, die Sanierung und Erweiterung der Kunsteisbahn mit dem damaligen Betrag von Fr. 400'000.00, bauherrenseitige Honorare sowie die Investition beim Krematorium.

Investitionen 2025 (II)

Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr 2025

■ Objektkredit ESP Bahnhof, Realisierung	Fr.	8.4 Mio.
■ Ausbau Abwasseranlage Hofmattstrasse – Elzweg	Fr.	1.5 Mio.
■ Sanierung und Erweiterung Kunsteisbahn	Fr.	0.4 Mio.
■ Objektkredit Bauherrenseitige Honorare	Fr.	0.2 Mio.
■ Krematorium, Einäscherungsöfen	Fr.	0.2 Mio.

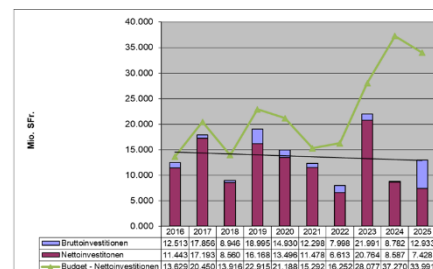
Fragezeit

28.06.2026

20

Zur Entwicklung im Gesamthaushalt darf man mit Blick auf den ganz rechts abgebildeten Pfeiler trotzdem festhalten, dass die Bruttoinvestitionen klarerweise höher lagen als letztes Jahr, sodass es in dem Sinne in die richtige Richtung geht. Die tieferen Investitionen sind darin begründet, dass die Subventionen im Vergleich zum Vorjahr in einem höheren Umfang anfielen, was dann rechnerisch quasi abgezogen wird und den Nettoinvestitionswert entsprechend sinken lässt. Das hat sicher auch damit zu tun, dass es bei den Investitionen beim Bahnhof eine gewisse Verzögerung gab und man bei den Kindergartenprojekten gewisse Punkte einstellte, die nachher aus bekannten Gründen wegfielen. Somit gibt es auch hier zum Teil Faktoren, die dann politisch ohne Weiteres erklärbar sind.

Investitionen 2025 – Gesamthaushalt (III)



Fragezeit

28.06.2026

21

Das alles führt uns zu einem Bilanzüberschuss von 69 Mio. Franken, auf den Rappen genau dem Vorjahrswert entsprechend.

Eigenkapital (I)

Bilanzüberschuss per 1. Januar 2025	Fr.	69'007'347.87
./ . Ergebnis 2025	Fr.	0.00
Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2025	Fr.	69'007'347.87

Bilanzüberschuss gemäss HRM2

Fragezeit

28.06.2026

22



Wir führen Eigenkapitalkategorien nach HRM¹. Dort seht ihr die verschiedenen Reserven und dort sieht man insbesondere auch, dass jetzt die Reserven aufgrund der Zuweisungen an die Spezialfinanzierung NEW zunehmen.

Eigenkapital (II) / Eigenkapitalkategorien gemäss HRM2

Kategorien (In Mio. Franken)	Bestand	Bestand
	31.12.2025	01.01.2025
Verpflichtungen gegenüber Spezialfinanzierungen	15.29	16.63
Vorfinanzierungen	20.17	15.86
Reserven (=zusätzliche Abschreibungen)	2.84	1.93
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	5.26	5.99
Bilanzüberschuss	69.01	69.01
Total Eigenkapital	112.57	109.42

Finanzamt

29.06.2026

23

Wie ist das alles einzuordnen: Es gibt eine klare Verbesserung aufgrund von Mehrerträgen, insbesondere bei den ordentlichen Steuern, beim Kapitaldienst und bei der Neubewertung der Liegenschaften, was Erträge sind, die wir nicht jedes Jahr haben werden. Der Mehraufwand ergibt sich insbesondere aufgrund der politisch gewollten Priorisierung des Werterhalts bei den Liegenschaften. Die Sondereffekte hatten wir dieses Jahr und haben wir nicht jedes Jahr. Wir haben Minderkosten gegenüber dem Budget aufgrund von effizienter Haushaltsführung bei den laufenden Aufwänden und wie erwähnt aufgrund der Gegebenheiten beim Personalaufwand.

Einordnung des Ergebnisses und Zusammenfassung (I)

Ergebnis (steuerfinanziert): nominell Fr. 0.00 Mio.
→ Fr. 3.92 Mio. besser als budgetiert.

Die wesentlichsten Budgetabweichungen:

Netto-Mehrertrag Ordentliche Steuern
Netto-Mehrertrag Kapitaldienst
Netto-Mehrertrag Liegenschaften des FV
Netto-Minderaufwand Personal
Netto-Mehraufwand Einlage in Spezialfinanzierung NEW
Netto-Mehraufwand Einlage in finanzpolitische Reserven

Finanzamt

29.06.2026

24

Alles in allem resultiert eine schwarze Null und hier zeige ich nochmals die Zahlen, die man bereits zur Genüge in den Folien sehen konnte. Am Rande und mit Blick auf die Budgetdebatte des letzten Jahres möchte ich noch sagen, dass man bei den Nachkrediten keine Posten über Fr. 150'000.00 hatte, bei denen sich die Frage stellt, ob jetzt ein Einzelkonto massgebend ist oder der Einzelfall. Ich verweise dabei auf die letztjährige Budgetdiskussion.

Einordnung des Ergebnisses und Zusammenfassung (II)

Sondereffekte sorgen für Ergebnisverbesserung: Neubewertung Liegenschaften Finanzvermögen, Steuern juristische Personen, Buchgewinne Wertschriftendepot

Zusätzlich: Minderkosten gegenüber Budget (Effiziente Haushaltsführung bei den laufenden Aufwendungen, insbesondere beim Personalaufwand)

Zuweisung des Gewinns von Fr. 3.25 Mio. in die Spezialfinanzierung NEW

«Schwarze Null» im Allgemeinen Haushalt (Gesamthaushalt: Fr. -1.348 Mio.)

Finanzamt

29.06.2026

25

¹ HRM2 = Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für Kantone und Gemeinden



Dies ist nochmals der Beschlussantrag und jetzt bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2025 der Stadt Langenthal wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung		
Ergebnis Gesamthaushalt	Fr.	- 1'348'059.17
Davon		
(Steuerfinanzierter) Allgemeiner Haushalt Fr.	0.00	
Abwasserentsorgung	Fr.	- 871'509.22
Abfallentsorgung	Fr.	- 77'794.25
Feuerwehr	Fr.	- 398'755.70
Investitionsrechnung (Gesamthaushalt)		
Ausgaben (Bruttoinvestitionen)	Fr.	12'933'680.12
Einnahmen (Subventionen)	Fr.	- 5'505'948.45
Nettoinvestitionen	Fr.	7'427'731.67

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Foliant

29.06.2026

26

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun hat der GPK-Sprecher Michael Sigrist das Wort.

Stadtrat Michael Sigrist (EVP): Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, die GPK behandelte das Traktandum an der Sitzung vom 15. Juni 2026. Gemeinderat Patrick Freudiger stellte uns die Rechnung vor und wir stellten verschiedene Fragen dazu. Diese wurden entweder direkt beantwortet oder uns nachgeliefert. Ein Teil davon betrafen eher kleinere redaktionelle Anpassungen, der grössere Teil dann aber inhaltliche Fragen, die zuvor in der Präsentation teilweise auch schon erwähnt wurden. Damit ihr aber dennoch hört, welche Fragen wir stellten, erwähne ich zum Beispiel die Verpflichtungskredite bezüglich der Sanierung des Stadttheaters, bei denen eine Kreditüberschreitung erwähnt wird und uns dabei auffiel, dass eigentlich immer versprochen wurde, dass es bei der Renovation zu keiner Kreditüberschreitung kommen wird. Dazu erhielten wir die Antwort, dass die Kreditabrechnung noch nicht erstellt wurde und von daher aktuell auch noch keine Begründung geliefert werden kann, inwiefern es dort zu einer Überschreitung kommen konnte. Dann erwähnte Patrick Freudiger vorhin, dass Nachkredite im letzten Jahr ein grosses Thema waren. Auch wir freuten uns darüber, dass es keine strittigen Nachkredite gab und trotzdem gab es relativ viele Fragen zu den Nachkrediten. So fragten wir beispielsweise nach der Begründung für die Kreditüberschreitung beim baulichen Unterhalt, bei dem der Abbruch der Hornusserhütte genannt wird, die aber bekanntlich immer noch steht und man uns antwortete, dass der Nachkredit in der Annahme beantragt wurde, dass der Abbruch relativ zeitnah erfolgen kann. Bislang erfolgte dieser aber deshalb noch nicht, weil das Baubewilligungsverfahren noch hängig ist, sodass der Nachkredit auch noch nicht ausgeschöpft werden konnte.

Dann ging es auch um Fragen zu Schadensereignissen bei der KESB¹, insbesondere um die Höhe des Selbstbehalts für die Stadt und auch um die grundsätzliche Funktionsweise des Finanzierungsmechanismus, wenn es zu einem solchen Schadenereignis kommt. Dabei mahnt die KESB diejenigen Fälle an, bei denen aus ihrer Sicht ein wirtschaftlicher Schaden durch falsche Entscheidungen von Beiständen entstand und entsprechend geprüft wird. Sollte sich ein solcher Schaden dann auch entsprechend bestätigen, muss dann auch bezahlt werden. Das Ziel ist natürlich, dass möglichst nichts bezahlt werden muss und dass alles fachlich korrekt abläuft. Dies ist auch der Grund, dass dies nicht wirklich budgetierbar ist. Grundsätzlich hatte die Stadt bis Ende 2025 einen Selbstbehalt von 10% zu tragen. Ab 1. Januar 2026 beträgt der Selbstbehalt neu grundsätzlich Fr. 2'000.00 und für alle restlichen Beträge zusätzliche 10%. Das heisst, wenn es um einen Schaden von Fr. 20'000.00 geht, dann müssen zuerst einmal Fr. 2'000.00 bezahlt werden und dann noch 10% auf die verbleibende Summe von Fr. 18'000.00. Dies zur Erklärung, falls dies jemand genauer durchlas. Eine weitere Frage zum Nachkredit betraf die Tagesschule, indem man wissen wollte, worin die erhöhten Transportkosten und Löhne für nebenamtliches Personal begründet ist. Beide Erhöhungen wurden eigentlich gleich begründet, indem grundsätzlich mehr Kinder das Angebot in Anspruch nahmen und mehr Kinder auch bedeutet, dass es mehr Transport braucht, weil nicht jedes Schulzentrum auch eine Tagesschule nebenan hat. Dementsprechend musste man die Kinder in Langenthal vermehrt herum chauffieren und mehr Kinder bedeutete dann auch mehr Betreuung. Dabei ist es nicht immer gut budgetierbar,

¹ KESB = Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde



wie viele Kinder das Angebot wirklich in Anspruch nehmen, sodass diese Unwägbarkeiten auch zu diesen Nachkrediten führten. Aber alles in allem stellte die GPK die formelle Richtigkeit der Vorlage fest. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, Mike Sigrist. Das Wort haben nun die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Wer eröffnet den Reigen? Daniel Huber für die SVP-Fraktion.

Stadtrat Daniel Huber (SVP): Werter Stadtratspräsident, wert Damen und Herren, wir hörten, resultierte dank der Spezialfinanzierung anstelle eines budgetierten Defizits ein Ertragsüberschuss. Der Ertragsüberschuss floss vollumfänglich in die neue Spezialfinanzierung und somit in die Infrastruktursanierung. Das ist sehr erfreulich. Der Mehrertrag gegenüber dem Budget geht unter anderem auf die Nichtbesetzung von vakanten Stellen zurück. Somit leistete das Personal der Stadt mit dem daraus resultierenden Minderaufwand, wenn auch nicht ganz gewollt, auch seinen Beitrag. Merci vielmals an das Personal der Stadt. So weit, so bekannt.

Was die wesentlichen restlichen Faktoren betrifft, so stehen diese im Zusammenhang mit wirtschaftlichem Wachstum und somit mit den prosperierenden Wirtschafts- und Finanzmärkten. Dabei sind der Mehrertrag auf dem Wertschriftenportfolio, steigende Immobilienwerte, höhere Steuereinnahmen, insbesondere bei den Gewinnsteuern der juristischen Personen zu erwähnen. Das zeigt, dass eine prosperierende Wirtschaft, die Ansiedlung und das Halten von starken Unternehmen und guten Steuerzahlern für Langenthal sehr wichtig sind. Das erlaubt es der Stadt, die Infrastruktur in Schuss zu halten und ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen. Wir wissen jedoch, dass die Wirtschaft zyklisch verläuft und die grossen Ertragsschwankungen vermuten lassen, was passieren kann, wenn es einmal eine Rezession gibt. Darum ist es wichtig, dass man bei den Ausgaben trotz des guten Ergebnisses im 2025 diszipliniert bleibt. Ich danke noch einmal dem Personal der Stadt für ihren Beitrag und ganz besonders dem Finanzdepartement für den zusätzlichen Effort, der typischerweise mit der fristgerechten Erstellung eines solchen Jahresabschlusses entsteht. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Für die FDP/jll/L49-Fraktion spricht Pascal Dietrich.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, wert Gäste, der FDP/jll/L49-Fraktion wurde es ganz warm um das Herz, als wir diese Rechnung zur Kenntnis nehmen durften. Zum Glück war es beim Erhalt der Akten noch ein bisschen kühler, ansonsten es bei diesen Temperaturen wahrscheinlich gar nicht mehr gesund gewesen wäre. Auch wir möchten dem Finanzamt, dem Vorsteher und dem Ressortvorsteher sowie dem Gemeinderat, für die Rechnung mit diesem positiven Ergebnis herzlich danken. Es wurde viel, gut und genau gearbeitet, so wie es sich auch gehört, herzlichen Dank.

Ich will gar nicht mehr viele Worte verlieren und aus diesem dicken Stapel an Papier nur noch drei Dinge kurz erwähnen. Als Erstes sollten wir uns bewusst sein, dass dieser Betrag von über 3 Mio. Franken, den wir jetzt in diese neue Spezialfinanzierung einlegen können, eigentlich bereits früher erzielt wurde. Das ist sehr erfreulich. Dabei muss man sich ebenso bewusst sein, dass eigentlich mehr als die Hälfte dieses Betrags mit den Marktwertanpassungen der Liegenschaften des Finanzvermögens begründet ist. Dabei überprüft man ja alle fünf Jahre den Marktwert, und das machte man jetzt wieder im Jahr 2025, nachdem man die Analyse zuletzt im Jahr 2020 durchführte. Das ist alles absolut richtig und korrekt, und es ist auch richtig, dass man dann den dadurch erzielten Mehrwert in der Rechnung entsprechend abbildet, was doch immerhin Fr. 1'756'594.00 sind, die die Erfolgsrechnung 2025 entsprechend besser machen. Das ist alles richtig so, aber man muss sich einfach bewusst sein, dass die Stadt Langenthal dadurch nicht mehr Geld in der Kasse hat. Dem ist nicht so, sondern das sind einfach die Liegenschaften, die an Wert zunehmen und sich nachher so in der Rechnung abbildet. Von daher ist es schon richtig, wie es bereits mein Vorredner sagte, dass man mit den Finanzen vorsichtig bleiben muss. Es gibt noch zwei weitere Dinge, die in unserer Fraktion auffielen.



Das Erste findet sich sogleich zu Beginn der Rechnung und fällt deshalb auch entsprechend auf. Der Gemeinderat schlug im 2025 ein bisschen über die Stränge. Wenn man den Nettoaufwand des Gemeinderates anschaut, so waren dafür im Budget 1,057 Mio. Franken vorgesehen, in der Rechnung standen dann aber 1,238 Mio. Franken. Wir staunten zuerst, kamen aber dann darauf, dass der Hauptgrund für diese Überschreitung eigentlich bei den Besoldungen und Entschädigungen liegen muss, also bei den Entschädigungen des Gemeinderates. Dazu erhielten wir die Erklärung, dass die Teuerung ausgeglichen wurde, was der Gemeinderat gemäss seinem Reglement an und für sich auch zugute hat. Wahrscheinlich wurde das eben bei der Budgetierung so nicht berücksichtigt.

Und der letzte Punkt, der uns in der Fraktion auffiel, betrifft das Stadttheater. Wir setzten uns hier im Rat ja schon mehr als einmal mit dem Stadttheater, und vor allem eben auch mit dessen finanziellen Kennzahlen, auseinander, sodass wir immer besonders gespannt sind, wie das nachher in der Rechnung wieder aussieht. Und wir begleiten das auch immer kritisch; nicht kritisch, weil wir etwas gegen das Stadttheater hätten, sondern weil wir ja auch wollen, dass es längerfristig eine Zukunft hat. Und eine Zeit lang sah es mit der früheren Führung danach aus, als wäre seine Zukunft nicht mehr so sicher. Jetzt mit der neuen Leitung sieht man, dass das Stadttheater auf dem richtigen Weg ist. Es gab eine entsprechende Verbesserung in den Zahlen, und trotzdem hat man den Eindruck, dass Anspruch und Wirklichkeit halt noch ein bisschen auseinanderklaffen. Oder mit anderen Worten gesprochen, erreicht man einfach nicht die budgetierten Ertragszahlen. Hingegen sieht man auf der Ausgabenseite, dass eine gute Disziplin vorhanden ist und da kann man der neuen Leitung sicher ein Kränzchen winden. Und wie gesagt, sieht man auch, dass die Erträge ebenso ein bisschen anstiegen, aber einfach nicht so, wie sie budgetiert wurden. Und hier wäre jetzt wohl schon der Aufruf nötig, dass man zukünftig halt einfach zurückhaltender budgetieren muss, zumal in Langenthal halt offensichtlich die budgetierten Eintritte einfach nicht erreicht werden können. Das waren meine Bemerkungen für die FDP/jll/L49-Fraktion. Vielen Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Pascal Dietrich. Es folgt mit Mike Sigrist der Sprecher der GLP/EVP-Fraktion.

Stadtrat Michael Sigrist (EVP): Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, ja, das Resultat ist sehr erfreulich und grundsätzlich auch sehr schön. Wir lasen das sehr gerne und sprechen deshalb auch unsererseits allen, die da im Kleinen oder auch im Grossen mithalfen, damit die Rechnung so aussieht, unseren Dank aus. Es zeigt sich eben auch wieder, dass letztendlich viele externe Faktoren, die wir nicht beeinflussen können, einen grossen Einfluss haben. Aus unserer Sicht wurde aber eigentlich das, was wir beeinflussen können, realistisch budgetiert. Logischerweise gibt es immer Abweichungen in die eine oder andere Richtung. Wie auch schon erwähnt wurde, ist es natürlich schade, dass wir nicht alle Stellen besetzen konnten. Auch wenn dies für die Finanzen zwar erfreulich ist, ist es für das grosse Ganze, für die Stadt, aber nicht so erfreulich. Daneben wurde einmal mehr weniger als geplant investiert, was natürlich auch hier finanziell eine positive Seite hat. Aber es ist halt auch so, dass das der Stadt letztendlich nicht guttut. Aber ich wiederhole noch einmal, dass wir an diesen Zahlen Freude haben und uns dafür bedanken.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Merci vielmals. Für die SP/GL-Fraktion spricht Linus Rothacher.

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Auch wir möchten uns zuerst einmal beim Finanzamt und beim Ressortvorsteher für die geleistete Arbeit bedanken. Die SP/GL-Fraktion diskutierte die vorliegende Jahresrechnung an ihrer Fraktionssitzung und auch wir nahmen von dieser schwarzen Null Kenntnis. Einmal mehr schliesst unsere Stadt besser ab, als budgetiert wurde; in diesem Fall jetzt eben sogar mit einer schwarzen Null. Selbstverständlich begrüssen auch wir die Zuweisung des Jahresgewinns von 3,25 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung NEW¹, zumal ja auch wir der rückwirkenden Inkraftsetzung an der Sitzung von letzten März zustimmten. Ja, wie schon gesagt, Langenthal schliesst auch in diesem Jahr mit einem besseren Ergebnis ab als budgetiert.

¹ NEW = Nachhaltigkeit, Energie und Werterhalt



Aber wie so oft hat das eben auch eine etwas weniger schöne Komponente, wie es eingangs bereits ausgeführt wurde. Ein wesentlicher Teil des besseren Abschlusses ist auf fehlendes Personal zurückzuführen. Fehlendes Personal bedeutet dann auch immer, wie es auch der Gemeinderat selber im B&A festhielt, dass es zu Einbussen bei städtischen Leistungen, zu Verzögerungen bei Projekten und bei Investitionen kommt, die nicht auf den Boden gebracht werden können, was sich dann später zu einem grösseren Unterhaltsstau summiert. Für uns als SP/GL-Fraktion ist deshalb klar – dies vielleicht auch als grundsätzlicher Hinweis zur Finanzpolitik –, dass eine schwarze Null zwar begrüßenswert ist, dabei aber nicht Selbstzweck sein darf. Unser städtisches Agieren sollte zum Ziel haben, unsere Stadt vorwärts zu bringen, Projekte zu realisieren, aber auch uns alle weiter zu bringen.

Und ja, auch wenn nun die Spezialfinanzierung NEW mit über 3 Mio. Franken gespiesen wurde, ist das sicher schön und gut. Ich möchte aber einfach auch sagen, dass, wenn man halt das Personal nicht hat, es auch nicht dazu führen wird, dass ein Kindergarten saniert wird, eine Schule oder Sportanlage gebaut werden oder eine Kulturinstitution saniert werden kann. Und vielleicht möchte ich noch abschliessend zur Bemerkung der SVP-Fraktion sagen, dass es selbstverständlich ist, dass die Wirtschaft antizyklisch verläuft, wir aber nicht wissen, was in Zukunft passieren wird, insbesondere nicht in einer solch instabilen Weltlage. Deshalb ist es für uns als SP eben auch wichtig, dass wir unsere Finanzpolitik langfristig planen, und dies vielleicht auch mit weniger Scheuklappen, mit weniger Fokussierung allein auf einen tiefen Steuersatz, so wie dies in der Vergangenheit jeweils gemacht wurde, damit wir dann auch in einer weniger guten Situation, die sicher auch einmal auf die Stadt zukommen wird, entsprechend gut aufgestellt sind, um eben auch antizyklisch agieren und investieren zu können. Wir als SP werden die Jahresrechnung aber genehmigen und auch ich bedanke mich noch einmal bei allen für ihren geleisteten Beitrag.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, damit liessen sich alle Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher vernehmen. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich sehe keine Wortmeldungen. Wünscht der Gemeinderat noch einmal das Wort?

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Ich möchte mich bei allen Mitgliedern des Stadtrats für die positive Aufnahme bedanken, wie auch bei der GPK für die konstruktive Diskussion und das genaue Hinschauen. Linus Rothacher wies sicherlich auf einen wichtigen Punkt hin, wenn er die zukünftigen Investitionen ansprach. Man darf aber immerhin sagen, dass sich der bauliche Unterhalt mit der neuen Spezialfinanzierung im Rahmen der Finanzplanperiode besser planen lässt. Volker Wenning-Künne ist dort mit dem Stadtbauamt voll an der Arbeit. Auch im Zusammenhang mit der Immobilienstrategie haben wir hier gute Grundlagen, damit wir den Unterhalt besser planbar machen können und in dieser Hinsicht sind wir sicher auf dem richtigen Weg. Der Hauptgrund aber, warum ich noch einmal nach vorne kommen wollte, ist, weil ich auch meinerseits allen Leuten aus der Verwaltung, insbesondere der Verwaltungsleitung und ganz besonders dem Finanzamt für die Parforceleistung innerhalb von relativ kurzer Zeit danken wollte; und dies notabene parallel zur Erstellung des Budgets, das wir dann das nächste Mal diskutieren werden. Ich bedanke mich herzlich bei der Verwaltung, dass hier eine so gute Leistung vollbracht wurde.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Wir sind am Schluss der Beratung. Ich vernahm nirgends etwas bezüglich eines Antrags, der im Widerspruch zu dem steht, was uns der Gemeinderat gemäss Titelbotschaft beantragt. Dementsprechend wende ich mit Art. 65 Abs. 2 wieder meinen Lieblingsartikel an und stelle fest, dass die Jahresrechnung gemäss dem Beschlussentwurf Ziffer 1 angenommen wurde.

III Beschluss:

1. Die Jahresrechnung der Stadt Langenthal für das Jahr 2025 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



5. Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2025: Kenntnisnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 5. mit der Kenntnisnahme des Jahresberichts des Gemeinderates für das Jahr 2025. Dazu steht Vizestadtratspräsident Michael Schär bereits in den Startlöchern.

II Beratung:

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste, heute Abend müsst ihr mich viel ertragen. Ich versprach aber dem Stadtratspräsidenten, dass ich nur vier bis fünf Minuten brauche und ich hoffe, dass ich das einhalten kann.

Ich komme zur Ausgangslage: Ihr kennt unseren Jahresbericht, der in den letzten Jahren immer etwa gleich aussah. Dazu unterhielten wir uns dann im Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung einmal generell darüber, was denn ein zukünftiger Jahresbericht beinhalten sollte.

Ausgangslage



Sitzung des Stadtrates vom 29. Juni 2026

29.06.2026

2

In unseren Augen ist die aktuelle Version eigentlich veraltet, sie ist stark textlastig und gestalterisch kaum vorhanden. Informationen werden überwiegend in langen Abschnitten präsentiert, wodurch wichtige Inhalte für die Stadträte sowie für die Bevölkerung nur schwer zugänglich und wenig attraktiv aufbereitet sind. Zudem fehlt häufig eine klare visuelle Struktur mit modernen Grafiken, Kennzahlen oder digitalen Elementen, die Transparenz und Verständlichkeit erhöhen würden. Daneben werden häufig vor allem abgeschlossene Projekte und vergangene Ereignisse dokumentiert, ohne dabei klar aufzuzeigen, wie diese zur zukünftigen Entwicklung der Stadt beitragen.

Vision/Ausblick



Sitzung des Stadtrates vom 29. Juni 2026

29.06.2026

3

Dadurch fehlt oft ein roter Faden zwischen politischer Vision, strategischen Zielen und den tatsächlich umgesetzten Massnahmen. Eine moderne Ausgestaltung würde den Jahresbericht nicht nur als Rückblick, sondern auch als strategisches Führungsinstrument verstehen und dies im besten Fall zum Beispiel mit den Kennzahlen aus der Jahresrechnung verknüpfen. Deshalb analysierte und beriet der Gemeinderat das Ganze und möchte den Jahresbericht zukünftig moderner gestalten, indem auch digitale Formate stärker genutzt werden sollen. Möglich wäre ein vollumfänglicher Wechsel in einen interaktiven Online-Bericht mit übersichtlichen Diagrammgrafiken oder einer mobilen Version für Smartphones und Tablets. Auch eine verständliche Sprache sowie eine kompakte Zusammenfassung der wichtigsten Projekte und Ziele würde ebenfalls dazu beitragen, die Bevölkerung besser anzusprechen. Ein moderner Jahresbericht soll jedenfalls nicht nur informieren, sondern auch Interesse wecken und unsere Arbeit nachvollziehbar und zeitgemäss präsentieren.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2026

Was machte der Gemeinderat nun aber bereits in diesem Jahr? Vielleicht realisiertet ihr es bereits, dass wir beim diesjährigen Jahresbericht 2025 sogenannte Quickwins realisierten, indem wir die Berichte der Amtsvorsteher wegliessen. Ich weiss nicht, ob es euch dabei auffiel, dass die ständigen Aufgaben der Verwaltung nicht mehr ausformuliert und aufgeführt wurden. Diese sind jetzt auf der Webseite zu finden und wurden auch nach einer Überprüfung entsprechend aktualisiert. Gesamthaft versuchten wir den Bericht zu kürzen, indem wir den Ämtern bezüglich des Seitenumfangs Vorgaben machten. Im Grossen und Ganzen kommt der Bericht aber immer noch ziemlich gleich trocken daher, sodass ich auch davon ausgehe, dass noch kaum jemand merkte, dass wir etwas änderten.

Ich ergriff deshalb ein bisschen die Eigeninitiative, was meine Kolleginnen und Kollegen noch nicht kennen, und liess den ganzen Bericht durch ein KI-Tool zusammenfassen. Das wäre dann das, was dabei herauskam. Ich gab dabei keine Priorisierungen vor, sondern liess die KI entscheiden, was sie als wichtig empfand und nun hier abgebildet ist.

Das stammte nicht von mir, sondern ich gab an, es nochmals zusammenzustellen, sodass dann die KI diese zweite Version zusammenstellte. Das stellt somit eigentlich den ganzen Bericht zusammengefasst auf einer Folie dar. Ich hoffe, ihr habt ihn alle gelesen, ansonsten ihr ihn hier in verkürzter Form zur Kenntnis nehmen könnt. An dieser Stelle möchte ich der Verwaltung ganz herzlich für die gemeinsame Berichterstellung danken und gebe somit das Wort nach 4 Minuten 33 Sekunden zurück.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, das war wohl die kürzeste Berichterstattung zum Jahresbericht aus Sicht der Exekutive, die ich in meiner parlamentarischen Karriere je erlebte, obwohl wir hier ja keinen Wettbewerb durchführen. Das ist somit eine Vorgabe für die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Aber zuerst hören wir noch die GPK-Sprecherin, Präsidentin Corinna Grossenbacher.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, sogar auch die GPK las den Bericht und uns fiel auf, dass er etwas kürzer ist, so ist es dann schon nicht. Gleichwohl möchte sich die GPK wirklich

stadtlangenthal

Quickwins 2025

- Berichte der Amtsvorsteher/innen wurden weggelassen
- Die ständigen Aufgaben der Verwaltung werden nicht mehr ausformuliert aufgeführt → Verweis auf Webseite
- Aufgabenaufstellung auf der Website überprüft und aktualisiert
- Gesamthaft Kürzung der Berichte aus den Ämtern mit einer Vorgabe einer maximalen Seitenzahl

Sitzung des Stadtrats vom 29. Juni 2026

29.06.2026

4

Langenthal 2025: Weichenstellung für eine innovative Zukunft

Zusammenfassung der wichtigsten strategischen Erfolge und Projekte.

Stadtentwicklung & Nachhaltigkeit



Strategie & Digitale Verwaltung



Langenthal 2025: Impulse für eine neue Legislatur

Zusammenfassung der wichtigsten strategischen Erfolge und Ressort-Highlights des Gemeinderats und Stadtratspräsidenten für das Berichtsjahr 2025.

Strategie & Präsidiales Start der Legislatur 2025–2028



Highlights aus den Ressorts

8,89 Mio. Franken Kreditbewilligungen

Der Stadtrat bewilligte 2025 Verpflichtungskredite für Sanierungen, Bildung und Infrastrukturprojekte.





bei der kompletten Verwaltung für die Aufbereitung des Jahresberichtes bedanken, und natürlich auch bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten inklusive unserem Ex-Stapi, der sich in dem Bericht ja auch äusserte. Als positiv möchten wir festhalten, dass sich die neuen Gemeinderäte gut einlebten und man sehen konnte, dass ihnen das Amt Freude macht, was uns natürlich auch freut. Weiterhin nahmen wir Kenntnis davon, dass im Rahmen der Richtlinien der Regierungstätigkeit die meisten der gesetzten Massnahmen bezüglich Zielsetzung auf Kurs sind, oder viele davon und andere teilweise auf Zielkurs sind, aber es nichts gibt, das nicht auf Zielkurs ist, was wir sehr schön finden. Vor diesem Hintergrund freue ich mich dann auf nächstes Jahr, Michael, wenn dann der Bericht etwas dynamischer und etwas flotter daherkommt, so wie das heute bei anderen Firmen auch mittlerweile üblich ist. Und Dein KI-Bild gefiel mir jetzt persönlich besonders gut. Noch einmal herzlichen Dank an alle, die an dem Bericht mitarbeiteten.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, Corinna Grossenbacher. Gibt es Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Pascal Dietrich für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Merci, Herr Präsident, merci auch dem Vizestadtpräsident Michael Schär. Er sagte ja, dass dieser Bericht Interesse wecken soll, und das macht er also schon, da kann ich ihn beruhigen. Unsere Fraktion nahm ihn mit grossem Interesse zur Kenntnis. Es ist sicher richtig, dass man sich immer überlegen kann, was man verbessern kann und uns fiel dabei auf, dass nun eben die ständigen Aufgaben nicht mehr jedes Jahr wiederholt werden, was sicher eine gute Methode ist. Wie es dann ist, wenn man ihn ganz digitalisieren würde, ist dann eine andere Frage und da bin ich persönlich ein bisschen skeptisch und es bleibt eine offene Frage, ob er dann in 50 Jahren auch noch vorhanden ist, was halt auf Papier besser zu archivieren ist. Komme ich nun aber zum Inhalt zurück, so bietet sich damit eigentlich immer die Gelegenheit, dem Personal zu danken, und das möchte ich hier im Namen unserer Fraktion auch machen.

Man sieht an diesem Bericht auch, wie viel im Glaspalast gearbeitet wurde, und es wurde engagiert gearbeitet. Man weiss, dass die Anforderungen nicht abnehmen, sei es seitens der Bevölkerung oder sei es auch seitens der kantonalen Amtsstellen, ganz im Gegenteil, deshalb danke vielmals. Aus ganz vielen Möglichkeiten möchte ich vielleicht nur ein Beispiel heranziehen und euch fragen, ob ihr wisst, wie viele Bewerbungen der Personaldienst der Stadt Langenthal im Jahr 2025 behandelte? Wenn man mich das jetzt gefragt hätte, hätte ich gesagt, dass dies sicher viele wären und wohl etwa 200 bis 300 waren. Auf Seite 30 des Berichts kann dies nachgelesen werden, dass es im Jahr 2025 1'700 Bewerbungen waren, im Vorjahr 2024 noch 1'200. Ich denke, das ist eine wahnsinnige Zahl, und das wurde alles bewältigt und hatte ja in vielen Fällen auch Erfolg, indem man die jeweiligen Stellen wieder besetzen konnte, aber leider nicht ganz in allen Fällen. Aber schon allein daran sieht man, was hier eigentlich bewältigt wird. Wie gesagt, herzlichen Dank.

Aber nicht nur den Leuten im Glaspalast wollen wir danken, sondern auch all denen, die für die Stadt irgendwo – ich sage jetzt einmal – auf den Aussenbahnen arbeiten. Ich denke dabei beispielsweise an den Zivilschutz, der ja auch in Blatten im Einsatz stand und dort nach dem Bergsturz, den ja alle mitbekamen, seinen Einsatz leistete. Ebenfalls zu erwähnen ist die Feuerwehr, die im Jahr 2025 240 Einsätze leistete, und dabei ist das Gewitter vom 19. August 2025, das rund 100 Einsätze auslöste, nur als ein Ereignis erfasst, ansonsten es 340 Einsätze wären. Das ist, soviel ich weiss, ein Rekord.

Was einem ein bisschen zu denken gibt, ist die Entwicklung der Sozialhilfequote, die zwar Jahr für Jahr sinkt, aber die Kosten Jahr für Jahr ansteigen und sich dabei eine Schere öffnet. Wir haben zwar weniger Fälle, aber offenbar sind die einzelnen Fälle kostspieliger, sodass zwar die Fallzahl sinkt, aber die Kosten trotzdem steigen. Ich habe zum Schluss noch zwei Punkte, wobei der eine ein bisschen mit Traktandum Nr. 6 in Zusammenhang steht. Dort geht es um den Gasausstieg, wozu wir ja jetzt im Vorfeld immer wieder hörten, dass man stets kommunizierte, dass der Gasausstieg nur unter dem Vorbehalt des Entscheids des zuständigen Organs, nämlich dieses Rates hier, vollzogen wird. Wie man nun aber auf Seite 37 des Jahresberichts unter dem Stichwort "Fachstelle Umwelt und Energie" zum Punkt Gasausstieg nachlesen kann, steht dort allerdings: "Die Stadt Langenthal hat zusammen mit der IB Langenthal AG den Gasausstieg ab 2040 kommuniziert und damit einen Grundpfeiler für die künftige Klimapolitik gesetzt." Kein Wort davon, dass der Entscheid eigentlich hier in diesem Saal getroffen wird, was so nicht im Jahresbericht 2025 steht. Das ist



etwas, das aus unserer Sicht so nicht passieren dürfte. Und was auch nicht passieren sollte, und worüber wir ebenso ein bisschen die Stirn runzelten, ist, dass Ruth Jörg als Mitglied unserer Fraktion bei der Auflistung der Behörden in der Kulturkommission plötzlich transferiert und als SVP-Vertreterin aufgeführt wird. Das wäre also eine Falschmeldung, stimmten wir doch keinem Transfer zu, sodass sie immer noch Mitglied unserer FDP/jll/L49-Fraktion ist. Das ist alles von meiner Seite. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Robert Haas für die SVP-Fraktion.

Stadtrat Robert Haas (SVP): Pascal Dietrich sagte ja schon sehr viel und ich möchte Vieles davon nicht wiederholen. Auch unsere Fraktion möchte dem Gemeinderat und auch der Verwaltung für den ausführlichen und verständlichen Jahresbericht danken. Wir haben das Gefühl, die neuen Gemeinderäte haben sich gut eingearbeitet, auch der Wechsel von Martina Moser zu Roland Loser scheint problemlos abgelaufen zu sein. Die Weiterentwicklung der Stadt bleibt auch 2026 mit dem Ausbau des Bahnhofs oder der elektronischen Geschäftsverwaltung ein Thema. Die Veränderungen in der Verwaltung mit einem neuen Stadtschreiber und einem neuen Finanzverwalter scheinen in Ordnung zu sein. Es gab auch sonst viele personelle Veränderungen in der Verwaltung. Wir hoffen, dass diese zur positiven Entwicklung der Stadt beitragen werden. Ich danke ihnen allen.

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Ich mache es wirklich auch kurz, denn es wurde eigentlich schon sehr viel von dem gesagt, was auch ich sagen wollte. Auch wir wollen es nicht unterlassen, allen, die am Jahresbericht beteiligt sind, herzlich Danke zu sagen. Er ist in diesem Sinn informativ und es ist immer mal wieder schön zu sehen, was alles im Detail läuft. Gleichzeitig freuen wir uns natürlich auch zu hören, dass hier bezüglich des Layouts noch zusätzlich etwas gehen wird, fragten wir uns doch als Erstes in der Fraktion, ob es nicht hiess, dass er irgendwie anders aussehen sollte. Von dem her freuen wir uns natürlich auf den nächsten Jahresbericht. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. "Last but not least" spricht nun Linus Rothacher für die SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Genau, merci vielmals. Ja, auch wir nahmen den Jahresbericht in unserer Fraktion zur Kenntnis und waren sehr erfreut darüber. Auch ich beginne damit, dem Gemeinderat und insbesondere auch der Verwaltung für die Erstellung des Jahresberichts, aber insbesondere auch für die über das Jahr hindurch geleistete Arbeit, zu danken. Ich glaube, das ist etwas, was wir in der Politik auch ein bisschen mehr machen dürften, gerade auch in Zeiten, in denen es ja manchmal politisch in ist, immer ein bisschen über die Verwaltung herzuziehen, sondern dass man wirklich auch festhält, dass dort gearbeitet und geschaut wird, dass es in unserer Stadt läuft. Und das gilt es auch entsprechend zu verdanken. Auch wir sind erfreut darüber, dass der Gemeinderat und die Verwaltung, inklusive dem Stadtschreiber, gut in die neue Legislatur starteten und ihre Arbeit aufnahmen und dass an zahlreichen Projekten weitergearbeitet werden konnte. Ich verzichte jetzt darauf, noch mehr ins Detail zu gehen, aber ein Punkt, der uns als Fraktion noch ins Auge stach, ist vielleicht ein bisschen negativer, geht es dabei doch um das Kindergartenprovisorium Elzmatte, das nun dort installiert werden muss. Dabei hoffen wir doch sehr, dass dies nicht etwas ist, das wir dann nachher in jedem Jahresbericht zur Kenntnis nehmen müssen. Aber schlussendlich bleibe ich dabei, dass ich mich bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für die geleistete Arbeit bedanken möchte. Besten Dank für eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Linus Rothacher. Nun sind die Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher an der Reihe. Ich sehe niemanden. Damit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Nein. Weil wir zu diesem Traktandum keinen Beschluss zu fassen haben und uns der Bericht nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, fahren wir in der Beratung fort und kommen zum nächsten Traktandum.



6. Ermöglichung Gasausstieg und Anpassung des Rechtsverhältnisses zwischen der IB Langenthal AG und der Kundschaft; Teilrevision des Reglements über die Versorgung der Stadt Langenthal mit Elektrizität, Gas, Wasser und Kommunikationssignalen (Änderung der Art. 1, 2, 3, 4, 8bis [neu], 10 und 12): Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Hier geht es um die Genehmigung der Ermöglichung des Gasausstiegs und die Anpassung des Rechtsverhältnisses zwischen der IB Langenthal AG und der Kundschaft; dann um die Teilrevision des Reglements über die Versorgung der Stadt Langenthal mit Elektrizität, Gas, Wasser und Kommunikationssignalen mit diversen Reglementänderungen. Dazu stelle ich die Eintretensfrage. Wir das Eintreten bestritten? Das Eintreten ist nicht bestritten und damit stillschweigend beschlossen.

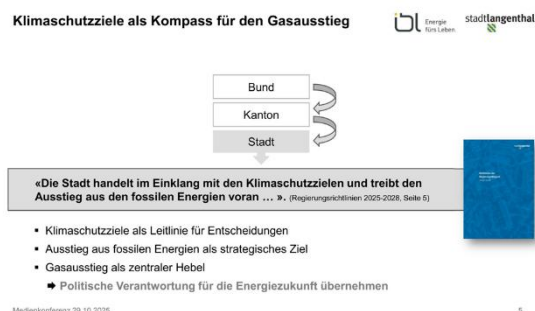
II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir starten zuerst mit der allgemeinen Beratung, das heisst mit den grundsätzlichen Ausführungen zum Geschäft. In einem zweiten Teil werden wir dann die Detailberatung zu den einzelnen Artikeln vornehmen. Das Wort hat Vizestadtratspräsident Michael Schär, Ressortvorsteher, Ver- und Entsorgung, Energie, Umweltschutz und Tiefbau.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Merci vielmals. Dafür brauche ich jetzt etwas mehr Zeit. Ich möchte heute mit einer Präsentation anfangen, die einige von euch bereits kennen. Es ist die Präsentation, die die IBL auch schon beim Infoanlass für den Stadtrat im Herbst letzten Jahres zeigte und nun aber für das heutige Traktandum noch mit weiteren Informationen ergänzt wurde. Gut, als Erstes möchte ich damit beginnen und klären, von wo wir eigentlich kommen.



Wir haben ja seitens des Bundes die Energiestrategie 2050 und wir haben seitens des Kantons die Klimagesetzgebung mit diversen Strategien. Und zuletzt haben wir auf Stadtebene den Energierichtplan wie auch die Regierungsrichtlinien, die beispielsweise gewisse Sachen beinhalten, dass die Stadt im Einklang mit dem Klimaschutz zu handeln und den Ausstieg aus den fossilen Energien voranzutreiben hat. Warum zeige ich diese Folie hier? Ich glaube, dass es hier um eine ganz wichtige Grundlage geht, die ich damit aufzeigen möchte, warum eigentlich das passiert, was heute passiert. Seit Anfang 2024, falls ich es richtig im Kopf habe, gibt es im Kanton Bern eine neue Energiengesetzgebung, die eben auch regelt, wie wir unsere Gebäude in diesem Kanton heizen dürfen. Darin ist das Heizen mit fossilen Energieträgern zwar nicht verboten, aber es enthält – ich sage es jetzt einmal so – fast ein faktisches Verbot. Wenn ihr heute mit Energie aus fossilen Quellen heizen wollt, dann müsst ihr mehr oder weniger euer Gebäude sanieren oder mit Biogas heizen.





Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2026

Zu was führt das? Das führt dazu, dass eben ganz viele Leute nicht mehr auf fossile Energien setzen und davon aussteigen. Das merkte dann auch die IBL, was wir dann auch später noch ein wenig an ihren Zahlen erkennen können. Nachdem sich der Verwaltungsrat fast ein Jahr lang damit beschäftigte und x Studien erstellen liess, leitete die IBL den entsprechenden Prozess ein, nahm mit dem Gemeinderat Kontakt auf, um zusammen mit der Stadt den Prozess für einen Gasausstieg per 2040 aufzunehmen und zu starten. Dazu bildete der Gemeinderat zusammen mit einer Vertretung der IBL und deren Verwaltungsrat eine Steuergruppe; die eine Gruppe setzte sich mit der Kommunikation auseinander und die andere Gruppe mit allen rechtlichen Fragen und der entsprechenden Gesetzgebung.

Und darum sind wir heute auch hier, weil wir dafür auch noch ein Versorgungsreglement anpassen müssen. Bei den rechtlichen Fragen wurden wir extern vom Büro Kellerhals-Carrard aus Bern unter Mitwirkung von Christoph Jäger als Mandatsträger und Tom Pleiner als Juristen unterstützt, die in Begleitung eines solchen Prozesses auch schon entsprechende Erfahrungen sammeln konnten.

Das ist ein kleiner Ausschnitt von diversen Zeitungsartikeln, so dass ersichtlich wird, dass Langenthal hier nicht allein unterwegs ist. Wir haben ganz viele Gasnetze, bei denen man sich in diesen Städten meist überlegt, wie es weitergeht und wie man mit diesen Strategien auf Bundes- und Kantonsebene umgeht. Und wie ihr hier seht, gibt es verschiedene Städte, die sich dazu entschieden, für den Gasausstieg ganz viel Geld in die Hand zu nehmen und dabei sogar Hausbesitzer auszahlen wollen. Dabei ist vor allem der Kanton Basel-Stadt zu erwähnen, der bis 2037 aussteigen will. Dort macht man es über Geld; wenn man Geld hat, kann man das so machen, was aber bei uns in Langenthal nicht der Fall ist und auch nicht das Ziel.

Ich erwähnte ja bereits den Energierichtplan, den wir ja zur Umsetzung als Ziel erhielten und wir seitens des Kantons auch einhalten müssen. Darin wird festgehalten, dass wir beim Wärmebedarf bis 2035 mindestens eine Reduktion an fossilen Brennstoffen von 20% anstreben und den Anteil an erneuerbarer Wärme bis ins Jahr 2035 auf mindestens 70% erhöhen müssen. Ebenso gilt es bis ins Jahr 2050 die CO₂-Emissionen auf Netto-Null zu senken. Dies waren die Vorgaben für das Erstellen des Energierichtplans, den

Gemeinsame Verantwortung für die Energiewende



Der Gemeinderat der Stadt Langenthal und die IB Langenthal AG planen den schrittweisen Gasausstieg ab 2040 und setzen damit auf eine nachhaltige Energiezukunft.

- Gemeinsame Verantwortung von Stadt und IBL
- Vorausschauende Planung für eine sichere Energiezukunft

Medienkonferenz 29.10.2025

6

Gasausstieg im Vergleich – was andere Städte tun



Gasausstieg: kein Langenthaler «Alleingang»

Das Gasnetz für Gebäudewärmungen und Kochgas wird bis 2037 schrittweise stillgelegt. Der Kanton Basel-Stadt hat das Ziel, bis 2037 die Klimaneutralität zu erreichen. Dies schaffen wir gemeinsam mit klimafreundlichen Alternativen zum Gas. Hier erfahren Sie, wie Sie bei Ihrer Liegenschaft vorgehen.

Warum wird das Gasnetz in Basel-Stadt stillgelegt?

Teilweise Gasnetz-Stillegung in Zürich und Gemeinden
In verschiedenen Gemeinden wird mäßig bis langfristig das Gasnetz teilweise stillgelegt. Hier erfahren Sie, was Sie als Eigentümer*in oder Verwaltung zu diesem Thema beachten müssen.

Rheinfelden auf dem Weg in eine nachhaltige Wärmezukunft: Auftakt zum schrittweisen Gasausstieg bis 2050

Medienkonferenz 29.10.2025

7

Strategische Leitplanken für den Ausstieg



Der Richtplan Energie gibt klare Leitplanken vor – mit dem Ziel, die Energiewende konsequent umzusetzen und den Ausstieg aus fossilen Energieträgern schrittweise zu realisieren.

Reduktion des Wärmebedarfs um **20 %** bis 2035

Erhöhung Anteil erneuerbarer Wärme auf mindestens **70 %** bis 2035

Senkung CO₂-Emissionen auf **Netto-Null** bis 2050

Medienkonferenz 29.10.2025

11



wir entsprechend definierten und der vom Kanton abgesegnet wurde. Dabei kennt ihr ja die Geschichte, dass dies in einer ersten Runde noch nicht ausreichend war, da dabei noch sehr viel Gas vorgesehen war, wonach es dann aber in der zweiten Runde funktionierte, sodass wir heute in meinen Augen wirklich ein gutes Dokument haben, an dem wir arbeiten.

Hier gehe ich vielleicht noch kurz auf ein paar Fakten oder Zahlen zum Gasnetz ein. Wir reden von ca. 2'500 bis 2'600 Anschlüssen, die wir im Moment noch haben. Der Wärmebedarf in Langenthal wird noch gut zu rund zwei Dritteln mit Gas abgedeckt. Wenn wir uns die Zielsetzung anschauen, dann haben wir noch riesige Aufgaben vor uns. Wir haben ca. 170 Kilometer Leitungen im Boden und davon macht das Biogas einen verschwindend kleinen Anteil aus. Die Wahl von Biogas ist freiwillig und kann auch nur teilweise erfolgen. Wenn man dann noch weiss, wer diesbezüglich der grösste Bezüger ist, dann ist es wirklich fast nichts mehr, was unsere Bevölkerung bezieht. Ein grösserer Erneuerungsbedarf im Gasnetz ergibt sich erst nach 2060 und Ersatzinvestitionen im Verteilnetz würden erst ab 2040 anfallen. Wir liefern aber auch noch Gas für sieben Nachbargemeinden, sodass sich der Wert des Gasnetzes in den Büchern der IBL auf ca. 12 Mio. Franken beziffern lässt.

Hier wird jetzt veranschaulicht, was ich bereits zuvor antönte. Seitdem die neue Energiegesetzgebung im Kanton Bern in Kraft trat, und bei gleichzeitigem Ausbruch des Ukraine-Kriegs, der das Gas extrem teuer machte, stellen wir ganz klar eine Abnahme der Anzahl versorgter Haushalte oder Anschlüsse fest. Ich spreche hier jetzt einmal von Anschlüssen, denn hinter einem Anschluss können natürlich mehrere Haushalte sein, wenn man an ein Mehrfamilienhaus denkt. Wir starteten bei irgendetwas über 3'000 Anschlüssen, was dann sehr rapid abnahm. Die hier gezeigte Statistik und das Diagramm stammen vom letzten Jahr und die aktuellsten Zahlen von 2025 besagen, dass mittlerweile weitere 90 Bezüger aus-

gestiegen sind und sich vom Gas verabschiedet haben.

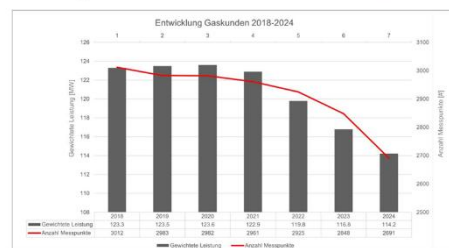
Das Gasnetz im Überblick



Medienkonferenz 29.10.2025

14

Sinkender Gasabsatz bestätigt strategische Neuausrichtung



Medienkonferenz 29.10.2025

Auch 2025 sind wieder 90 Anschlüsse "ausgestiegen".

15



Die IBL analysierte dann unter Beizug von externen Fachexperten die ganze Sache und liess dazu einen Bericht erstellen. Das ist ein riesiges Dokument, wonach sich mehrere Experten anschauten, wie es in Zukunft weitergehen könnte.

Man machte eine Umfeld- und Sensibilitätsanalyse und berechnete dabei drei Szenarien für die Zukunft des Gasnetzes, was rein einer finanziellen Betrachtung entsprach, wie das unter den vorher geschilderten Bedingungen weitergehen könnte, die wir heute bei uns im Kanton oder in der Schweiz antreffen.

Dabei kamen eben diese drei Szenarien heraus: Zuerst einmal eine vollständige Stilllegung des Gasabsatzes per Ende 2040 mit einmaligen Stilllegungskosten und minimalen Ersatzinvestitionen, so dass dann im 2040 wirklich einfach fertig gewesen wäre. Eine weitere Option wäre die teilweise Stilllegung ab 2040. Das ist diese Variante, für die man sich dann nachher auch im Verwaltungsrat entschied und so auch dem Gemeinderat beantragte und heute auch euch so vorgelegt wird, sodass man ab 2040 aus dem Wärmegas aussteigen könnte. Dabei ist der Hinweis noch wichtig, dass gemäss Reglement eine Versorgung mit Gas bis 2040 garantiert ist. Ab 2040 wird mit dem Abstellen der ersten Quartiere begonnen, bis dann die letzten Anschlüsse der Wärmegasversorgung per 2045 abgeschaltet werden. Das zeigt, dass dieser Prozess auch seine Zeit braucht und rund fünf Jahre dauert.

Dabei soll das Transportnetz weiterbetrieben werden, bei dem es dann punktuell auch Reinvestitionen brauchen wird, sodass wir eben das Prozessgas weiterhin erhalten können, zumal man davon ausgeht, dass es gewisse Prozesse in der Industrie gibt, bei denen man bis dann noch keine Alternativen hat. Die Frage ist natürlich auch, ob die Industrie auf andere Energieträger oder andere Gase wie zum Beispiel Propan wechseln wird, was auch mit einem Lastwagen angeliefert werden kann, zumal sie teilweise sehr kurzfristig unterwegs ist und auch sehr preissensitiv agiert. Wir prüften aber auch, ob man einfach alles auf erneuerbare Gasversorgung umstellen könnte. Dort kam man aufgrund der Berechnungen aber zum Schluss, dass die Versorgung dadurch zu teuer kommen würde, zumal jede Wärmepumpe und jeder Wärmeverbund günstiger kommen, als wenn man das mit erneuerbarem Gas macht. Weiter haben wir grosse Fragezeichen, ob überhaupt genügend erneuerbares Gas vorhanden sein würde, zumal Biomasse nicht in Frage kommt, weil es davon mit Sicherheit zu wenig gibt. Dann wäre auch die Frage, wie das weitergehen würde, wenn man zum Beispiel ein sozusagen synthetisches Gas aus Strom herstellen möchte. Betrachtet man dabei die physikalischen Gegebenheiten, so sind auch damit keine grösseren Sprünge möglich, da mit Blick auf den Wirkungsgrad immer ein sehr teures Gas herauskommen würde.

Analyse als Entscheidungsgrundlage



Für eine fundierte Entscheidungsgrundlage zur Zukunft des Gasnetzes wurden externe Fachexperten beigezogen. Die Analysen berücksichtigen technologische, wirtschaftliche und energiepolitische Entwicklungen und zeigen verschiedene Zukunftsszenarien auf.

- Beizug externer Fachexperten
- Umfeld- und Sensitivitätsanalysen
- ⇒ Drei Szenarien zur Zukunft des Gasnetzes

Medienkonferenz 29.10.2025



Szenarien im Vergleich



Die Analysen zeigen drei mögliche Entwicklungswege für das Gasnetz. Von einer vollständigen Stilllegung bis hin zu einer erneuerbaren Gasversorgung.



Vollständige Stilllegung
Gasabsatz endet 2040, einmalige Stilllegungskosten, minimale Ersatzinvestitionen.



Teilweise Stilllegung ab 2040
Wärmegas endet ab 2040, Prozessgas bleibt, Transportnetz weiter in Betrieb, punktuelle Reinvestitionen.



Erneuerbare Gasversorgung
Kein Ausstieg. Umstellung auf erneuerbares Gas, gezielte Investitionen in Netzinfrastruktur.

Medienkonferenz 29.10.2025

18



Wir schauten uns dann auch die Tragfähigkeit des Business Case der IBL an, wonach die Infrastruktur bei sinkender Nachfrage zu teuer wird und erkannten dabei bis 2040 fehlende Perspektiven für erneuerbares Gas, Biomethan oder auch Wasserstoff. Dazu möchte ich vielleicht noch am Rande erwähnen, dass man Wasserstoff bei uns in Langenthal, wie auch in den meisten Gasnetzen, höchstens in Anteilen beimischen könnte, da reiner Wasserstoff mit unseren Leitungen nicht transportiert werden kann, da sich unsere Leitungen dafür schlicht und einfach nicht eignen. Da Wasserstoff das kleinste uns bekannte Molekül ist, würde es durch die für Methan gedachten Abdichtungen nicht zurückgehalten werden können und einfach aus den Leitungen herausickern. Darum kann man diese Leitungen nicht für Wasserstoff einsetzen.

Daneben gibt es auch regulatorische Unsicherheiten, das heisst neue Vorgaben, die aber noch nicht in Kraft sind. Dabei geht man für die Zielerreichung bis 2050 davon aus, dass dies irgendwann alles erneuerbares Gas sein müsste, wozu es auch Bestrebungen auf Bundesebene gibt, die aber alle noch nicht in Kraft sind. Da wissen wir auch noch nicht, wie das weitergeht. Aber der Zeitpunkt rund um 2040 erlaubt bis dann einen geordneten Rückbau und entsprechende Abschreibungen und vermeidet sofortige Wertberichtigungen und somit finanzielle Risiken, worauf ich später noch zurückkomme. Es passt auch zu den politischen Zielen, die wir auf allen Ebenen in unserem System haben. Ich begründete bereits, warum das Prozessgas bestehen bleibt, da sich bislang in der Industrie für solch spezielle Anwendungen keine kurzfristigen Alternativen anbieten, um damit den Erhalt der Versorgungssicherheit für die betroffenen Unternehmen sicherzustellen. Deshalb braucht es hier die notwendige Flexibilität, um vielleicht mit erneuerbarem Gas nach 2040 weiterzufahren.

Was ist denn nun die Lösung seitens der IBL? Ich erkläre es hier in einer gekürzten Fassung, da ich nicht noch einmal den ganzen Vortrag halten möchte. Wir gehen wirklich davon aus, dass die Wärmeversorgung künftig dekarbonisiert wird, wovon auch die IBL ausgeht, sodass wir ganz viel mit den Wärmeverbünden machen können. Ich erinnere an den Verbund Hard, der seit 2022 erfolgreich in Betrieb ist, den Verbund Nord, der seit Anfang 2025 in Betrieb ist und sich aktuell noch im Ausbau befindet. Und dann gibt es noch den Verbund Mitte, der mittlerweile als Vorprojekt zur weiteren Erschliessung vorliegt und vom Verwaltungsrat unter gewissen Bedingungen auch freigegeben wurde, sodass wir auch mit diesem Wärmeverbund Richtung Umsetzung gehen. Man muss aber auch sagen, dass Wärmeverbünde eine Lösung für dicht bebaute Stadtteile sind und sich dabei vor allem für Mehrfamilienhäuser, Gewerbe und Industrie eignen. Auch die IBL geht davon aus, dass Einfamilienhäuser eine Alternative zum Gas suchen werden, und zwar in Form von Wärmeverbünden oder Pelletheizungen etc.

Die beste Option: fundiert & zukunftsfähig



	Wirtschaft & Rahmenbedingungen - Kein tragfähiger Business-Case: Infrastruktur wird bei sinkender Nachfrage zu teuer - Fehlende Perspektiven für erneuerbare Gase vor 2040 (Biomethan, Wasserstoff) - Regulatorische Unsicherheit: neue Vorgaben noch nicht in Kraft
	Warum 2040 - Zeitpunkt erlaubt geordneten Rückbau und Abschreibungen - Vermeidet sofortige Wertberichtigung und finanzielle Risiken - Passiert zu den energiepolitischen Zielen
	Warum Prozessgas bleibt - Spezielle Anwendungen in der Industrie haben keine kurzfristigen Alternativen - Erhalt der Versorgungssicherheit für betroffene Unternehmen - Flexibilität für erneuerbare Gase nach 2040

Medienkonferenz 29.10.2025

19

Wärmeverbünde als Teil der Lösung



Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist ein zentrales Ziel unserer Energiestrategie. Mit dem schrittweisen Aufbau von Wärmeverbünden leisten wir einen langfristigen Beitrag zur erneuerbaren Wärmeversorgung in Langenthal.

Was bereits läuft:

- Hard: Seit 2022 erfolgreich in Betrieb
- Nord: Anfang 2025 in Betrieb, aktuell im Ausbau
- Mitte: Aktuelles Vorprojekt zur weiteren Erschliessung

Wärmeverbünde sind eine Lösung für dichtere bebaute Stadtteile und dort für Mehrfamilienhäuser, Gewerbe und Industrie.

Die Wärmeverbünde sind Teil unserer Strategie, aber keine Standardlösung für alle Liegenschaften.

Medienkonferenz 29.10.2025





Warum entschied man nun so? In unseren Augen basiert dieser Entscheid klar auf der Reduktion finanzieller Risiken. Ein frühzeitiger und klarer Entscheid zur Zukunft unseres Gasnetzes hat mehrere Vorteile wie eben die Senkung finanzieller Risiken. Auf Basis der Erkenntnisse aus den durchgeführten Studien hätte die IBL bei einem Nichtentscheid eine sofortige Sonderabschreibung von 10 Mio. Franken vornehmen müssen. Dementsprechend wurden wir seitens unserer Revisoren über dieses sogenannte Im-

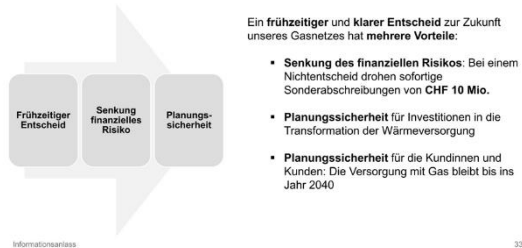
pairment¹ informiert, was auch der Grund war, warum wir das vorzeitig kommunizieren mussten. Da ihr bereits vor dem Entscheid des Stadtrates davon hörtet, verstehe ich es irgendwo, dass man seitens des Stadtrats nicht so glücklich darüber war, dass der Entscheid so früh kommuniziert wurde. Wie ich es bereits gegenüber der GPK erwähnte, muss ich auf der anderen Seite aber auch hier nochmals sagen, dass es momentan kein entsprechendes Gefäss im Stadtrat gibt, und ich auch nicht mit dem Gesamstadtrat reden kann, ohne dass es öffentlich ist, ohne dass wir Gäste haben und ohne dass die Medien da mithören. Dies begründet, warum wir diesen Weg wählten und zuerst kommunizierten, nachdem dieser Entscheid im Verwaltungsrat wie auch im Gemeinderat unter dem Vorbehalt eurer heutigen Zustimmung gefällt wurde.

Damit können wir aber auch Planungssicherheit für Investitionen in die Transformation bei der Wärmeversorgung bieten, zumal die Gasversorgung weiterhin bis 2040 garantiert ist und nicht vorher abgeschaltet wird. Und dazu kann ich vielleicht noch ergänzen, dass die IBL am liebsten schon 2035 oder 2038 aus der Gasversorgung hätte aussteigen wollen, weil dies den Zeitpunkt umschreibt, per wann die Gasversorgung defizitär sein wird und die Netzkosten und der Unterhalt mehr kostet, als man damit erwirtschaften kann. Damit wird die IBL auch bereits mit dem jetzt vorgesehenen Modell entsprechende Verluste schreiben.

Wie bereits schon früher bekannt wurde, wird es bei der IBL zukünftig zu sehr hohen Investitionen kommen, sodass man heute davon ausgeht, dass wir in den nächsten Jahren bis Ende 2030 über 80 Mio. Franken investieren müssen. Dies hat unter anderem eben mit den Wärmeverbünden zu tun, ist aber auch dem Smart Meter-Rollout geschuldet, was gesetzlich übergeordnet eine gute Sache ist und wir machen müssen. Wir müssen in die Stromnetze investieren und haben auch die Aufgabe, unser Telekom-Netz

auf Glasfaser umzustellen. Gleichzeitig müssen wir auch noch ins Wasser investieren, wie wir es auch schon in den letzten Jahren zum Beispiel in Obersteckholz machten. Das führt dazu, dass die IBL in eine Phase mit einer sehr hohen Fremdfinanzierung rutschen wird. Momentan sieht es danach aus, dass wir über 60 Mio. Franken an Fremdfinanzien brauchen werden. Diese Investitionen sind tragbar, aber es wird zukünftig unseren finanziellen Spielraum bei der IBL entsprechend einschränken. Was ich hier auch noch erwähnen möchte, ist, dass wir uns momentan seitens der Stadt, also der Finanzminister, das Finanzamt wie auch meine Ressource, mit der IBL zu dieser Finanzsituation in Gesprächen befinden.

Klare Entscheidungen senken finanzielles Risiko



Informationsanlass

33

Periode von sehr hohen Investitionen



Informationsanlass

34

¹ Impairment hier = Wertminderung



Und hier möchte ich auch schon ankünden, dass die IBL finanzielle Hilfe in der Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags brauchen wird. Wir sind dort zusammen mit der IBL mit verschiedenen Grossbanken im Gespräch, um dafür Lösungen zu finden, wofür die Banken einerseits auch eine gewisse Selbstfinanzierung verlangen, andererseits aber auch von ihrer Eignerin. Dabei ist mir wichtig zu betonen, dass wir dabei aber nicht, wie beim Haslibrunnen, eine Aktienkapitalerhöhung anstreben, sondern ein Darlehen, dessen Höhe ich noch nicht genau beziffern kann und das dann auch rückzahlbar ist. Somit ist in sämtlichen von uns berücksichtigten Varianten der Werterhalt, wie auch die marktgerechte Verzinsung und Amortisation eines solchen Darlehens eine Bedingung. Die IBL zeigt uns momentan eigentlich auch auf, dass das alles machbar ist. Wir gehen davon aus, dass dieses Geschäft, obwohl es eben werterhaltend und für solche Darlehen gemäss unseren Reglementen der Gemeinderat zuständig ist, wir dann auch nochmals dem Stadtrat vorlegen. Dabei geht es in unseren Augen doch um eine zu grosse Summe, als dass der Gemeinderat dies einfach allein entscheiden sollte. Wir werden dazu aber auch das Gespräch mit der GPK und dem Stadtratsbüro suchen.

Es geht heute um zwei Sachen; auf der einen Seite um den Gasausstieg, was den grössten Teil ausmacht, und auf der anderen Seite gilt es auch eine kleine Sache zum Rechtsverhältnis mit der Kundschaft der IBL anzupassen, um eine Lösung zu definieren, wie wir diesen Weg angehen wollen. Diese Anpassung ist schnell erledigt und betrifft Art. 3 Abs. 2, in dem richtig gestellt werden muss, was privatrechtlich und was öffentlich-rechtlich ist, da der momentane Wortlaut im Reglement nicht mehr der Realität entspricht und einer Anpassung bedarf. Und eben der grössere Teil betrifft den Gasausstieg oder eben den Teilgasausstieg.

Zwei inhaltliche Schwerpunkte

▪ Gasausstieg



Stadtrat

▪ Rechtsverhältnis IBL – Kundschaft

Bisher:
Für das Verhältnis zwischen der IBL und der Kundschaft gelten die Bestimmungen des Privatrechts (Art. 3 Abs. 2).

Neu:
Privatrechtlich: Grosskunden Elektrizität, Gas- und Wärmeversorgung, Kommunikationssignale
Öffentlich-rechtlich: Normalkunden Elektrizität, Wasserversorgung

Konsequenzen auf die Kompetenzen der IBL -> zB Verfügen

29. Juni 2026

12

Dazu führten wir, wie bereits erwähnt, ein Medien-Café, einen Informationsanlass für den Stadtrat wie auch für die Bevölkerung und alle Gaskunden durch, zu dem auch ein Info-Flyer verteilt wurde. Die erste Frage, die wir uns stellten und wir auch mit dem Verwaltungsrat diskutieren mussten, betraf einen etwas lustigen Artikel im jetzigen Versorgungsreglement, wonach man so lange versorgen muss, soweit die Versorgung ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist". Etwas davon, wenn man so will, ist bereits heute nicht mehr geben und so fragte man sich, ob das bereits reicht, um einfach auszusteigen? Wir von der Stadt fanden Nein, wahrscheinlich nicht, und deshalb schauten wir es uns eben mit unseren Experten an, die dabei ebenso zum selben Schluss kamen, weshalb wir nun ganz viele Ergänzungen vornahmen, mit denen wirklich auch definiert wird, wie das bis 2040 und dann in diesen anschliessenden fünf Zwischenjahren bis 2045 funktioniert und welches Regime ab 2045 gilt.

Gasausstieg Langenthal

- Kommuniziert im Herbst 2025
 - Medienkaffee
 - Informationsanlässe SR und Bevölkerung
 - Infoflyer
- Stilllegung Niederdruckgasnetz ab 2040
- Diverse Punkte ungeklärt:

▪ Darf die IBL die Gasversorgung einstellen?	
▪ Definition des Niederdruckgasnetzes	
▪ Neuerschliessungen bis 2040?	-> Nein
▪ Gasausstieg BIS?	-> 2045
▪ Rückbau?	-> Bei Tiefbauprojekten
▪ Entschädigungsanspruch?	-> Nein

Stadtrat



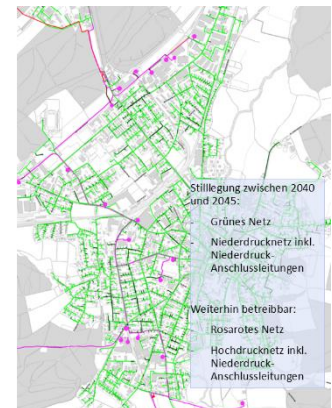


Wir reden ja immer auch von diesem Niederdrucknetz, sodass ich mir dachte, dass ich euch einmal eine Visualisierung mitbringe. Auf dieser Karte der Stadt Langenthal ist das sogenannte Niederdrucknetz in grüner Farbe eingezeichnet, das eben in erster Linie zur Wärmeversorgung gebraucht wird. Alles, was in pinker oder rosaroter Farbe gekennzeichnet ist, zeigt das Hochdrucknetz. Und dort haben nur ganz grosse Bezüger jeweils einen Bezugspunkt direkt am Hochdrucknetz, was an diesen rosaroten Punkten ersichtlich wird. Ihr seht auch, dass sich das quer durch die Stadt schlängelt, es dort aber eigentlich kaum Anschlüsse gibt. Aber das sind eigentlich diejenigen, die in Zukunft noch beziehen könnten, solange es nicht für die Wärme ist, denn dafür gilt dann wieder ein kantonales Gesetz.

Gasausstieg Langenthal

- Kommuniziert im Herbst 2025
 - Medienkaffee
 - Informationsanlässe SR und Bevölkerung
 - Infoflyer
- Stilllegung Niederdruckgasnetz ab 2040
- Diverse Punkte ungeklärt:
 - Darf die IBL die Gasversorgung einstellen?
 - Definition des Niederdruckgasnetzes
 - Neuerschliessungen bis 2040?
 - Gasausstieg BBS?
 - Rückbau?
 - Entschädigungsanspruch?

Gasausstieg



Eine weitere Frage ist, ob bis 2040 noch Neuerschliessungen möglich sind? Nein, das ist nicht mehr möglich. Mit dem Niederdrucknetz können keine Neuerschliessungen realisiert werden, weil das auch nicht mehr erlaubt wird. Kommunizierte man anlässlich der Präsentation allein das Jahr 2040, so sahen wir uns auch gezwungen ein Ende zu definieren, da immer nur davon gesprochen wurde, dass man ab 2040 mit dem Ausstieg beginnt. Wir fanden, dass man auch aus rechtlicher Optik ein Ende definieren muss, weshalb man sich dann mit der IBL darauf einigte, innerhalb von fünf Jahren diesen Prozess abzuschliessen und dann der letzte Anschluss im Niederdrucknetz per 2045 abgeschaltet sein muss.

Auch zum Rückbau machten wir uns Gedanken, den wir ganz pragmatisch angehen. Ihr wisst vielleicht, dass man beispielsweise nicht mehr benötigte Kanalisationsleitungen im Boden belässt und dabei teilweise einfach auffüllt. Wenn sie dann bei einem Tiefbauprojekt in den Weg kommen, nimmt man die einfach partiell dort heraus, wo sie gerade im Weg sind. Und genau gleich will man es eigentlich auch mit den Gasleitungen machen, indem man diese im Boden belässt und sie dann eben erst bei einem Tiefbauprojekt, sei es wegen Wasser, Strom, den Wärmeverbünden oder eben wegen der Kanalisation, stückweise entfernt. Finanziell reden wir hier nicht von grossen Summen, sodass das jeweils in der Verteilung zwischen der IBL und der Stadt untergehen kann. Wenn die IBL allerdings alleine am Bauen ist, müssen sie es auch alleine zahlen; wenn die Stadt an der Kanalisation arbeitet, werden die Kosten gemäss dem jeweiligen Verteiler, wie wir das auch bei Belagsarbeiten etc. machen, untereinander verteilt. Aber wie gesagt gehen wir dabei von sehr geringen Kosten aus. Die Leitungen bestehen entweder aus Kunststoffrohren oder dann noch aus Eisenrohren, bei denen man sich dann nur darum streiten kann, wer das Geld für das Eisen zugute hat, wenn wir diese herausnehmen. Somit verhält es sich nicht wie bei einer Beton-Kanalisationsleitung, sondern bringt je nachdem noch einen kleinen Ertrag.

Ein anderes wichtiges Thema betrifft noch den Entschädigungsanspruch. Dort nahm man wirklich diese 15 Jahre als Massstab, den man auf der einen Seite im Energierichtplan festgelegt hatte. Aber auch das überlegte man sich und liess es von Rechtsexperten abklären. Aus heutiger Sicht geht man davon aus, dass man den Leuten 15 Jahre Zeit gewähren muss, damit sie ihre Heizung amortisieren können. Wichtig zu erwähnen ist, dass, wenn wir heute Abend den Ausstieg beschliessen, dann ja nicht alle sofort eine neue Heizung haben, sondern es vielleicht 10% in Langenthal sind, die überhaupt eine Heizung haben, die nicht bereits über 15 Jahre alt ist, zumal unsere Erneuerungsrate in den letzten Jahren vor Inkrafttreten des kantonalen Gesetzes auch nicht wirklich hoch war.



Das hier ist noch der Antrag, und jetzt bedanke ich mich für eure Aufmerksamkeit. Besten Dank.

Beschluss



16. Beschlussentwurf

Gestützt auf diese Ausführung beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem

Beschlussentwurf:

1. Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 67 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags des Stadtbauamtes vom 14. April 2026, beantragt dem Stadtrat Zustimmung zu folgenden Beschlüssen:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom — — — unter Vorbehalt des fakultativen Referendums – beschliesst:

- a. Die Teilrevision des Reglements über die Versorgung der Stadt Langenthal mit Elektrizität, Gas, Wasser und Kommunikationssignalen durch die IB Langenthal AG vom 15. September 2014 (Änderung der Art. 1, 2, 3, 4, 8^{ter} [neu], 10 und 12) gemäss Änderungserlass im Entwurf vom 24. März 2026 wird genehmigt.
- b. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Gesamtzeit

29. Juni 2026

30

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank für die Berichterstattung und die Vorstellung des Antrags. Jetzt hat der Sprecher der GPK, Pascal Dietrich (L49), das Wort.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Die Geschäftsprüfungskommission setzte sich intensiv mit dem Thema Gasausstieg auseinander, diskutierte sowohl intern als auch mit der Vertretung aus dem Gemeinderat länger und wog die Sache ab. Und zwar nicht primär wegen des Themas an sich, was natürlich auch mitschwang und am Schluss eine politische Frage ist, wozu die GPK, auch wenn sie sich nicht ganz einig ist, ja auch zu einer politischen Frage Stellung nehmen könnte. Sie war sich aber nicht ganz einig, weshalb sich die GPK hier in diesem Sinn nicht politisch äussert. Aber zum Prozess und zum Ablauf, wie es Michael Schär bereits ansprach, machte es sich die GPK schon noch zur Aufgabe, dies kritisch zu beleuchten. Und wie wir es bereits hörten, überrascht es wahrscheinlich wenig, wenn ich sage, dass die GPK hier schon der Meinung war, dass das nicht optimal ablief.

Man hat es mitbekommen, dass ein Gasausstieg bereits kommuniziert wurde, auch wenn man in gewissen Nebensätzen noch sagte, dass dann das zuständige Organ am Schluss noch zu entscheiden hat. Aber die Medien nahmen das eigentlich nicht auf, was auch nicht ganz überrascht, aber daran hätte man vielleicht denken können. Die IBL verschickte dann auch eine Broschüre in alle Haushaltungen, und in der GPK fiel die Bemerkung, dass, wenn man heute auf die Strasse geht und in der Marktgasse 100 Leute befragt, wie das jetzt mit dem Gasausstieg in Langenthal aussieht, dann bestätigen euch 100 Leute, dass Langenthal per 2040 aus dem Gas aussteigt. Es sagt euch niemand, ja halt, der Stadtrat muss ja das zuerst noch beschliessen. Und das ist einfach nicht gut, wenn es so abläuft. Denn wer ist der Gesetzgeber in dieser Stadt? Das sind eben wir, das ist der Stadtrat. Klar, wir anerkennen auch, dass dies eine heikle Geschichte mit echter Sprengkraft ist. Sobald dies herauskam, ist das sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IBL, wie auch für die Kundinnen und Kunden eine einschneidende Sache und kann dann natürlich zu entsprechenden Gerüchten und so weiterführen.

Und darum begreifen wir schon, dass das heikel war, aber wir sind als GPK doch klar der Meinung, dass der Gemeinderat andere Mittel und Wege hätte suchen und eben auch finden müssen, damit man diesen Prozess anders hätte gestalten können; das heisst, eigentlich nicht von hinten nach vorne, wie es jetzt ablief, sondern so, wie es sein sollte, indem man zu demjenigen Organ geht, das entscheiden muss, und erst dann seinen Entscheid darauf abstützt, um anschliessend das weitere Vorgehen darauf aufzubauen. Das wäre also zum Beispiel eben zuerst einmal mit der Grundsatzfrage, im Sinne einer Art offenen Reglementrevision, in den Stadtrat zu kommen, um den Fächer zu öffnen und der IBL den entsprechenden Spielraum zu gewähren und nach einer Annahme auf diesem Weg weiterfahren zu können. Wie gesagt lief es eben umgekehrt. Die GPK ist also der Meinung, dass so, wie es jetzt ablief, es vom Prozess her nicht hätte laufen dürfen, da der Stadtrat dadurch eigentlich vor ein *Fait accompli* gestellt wurde, indem man hier jetzt Ja sagen kann, aber keine wirklich realistische Wahlmöglichkeit hat, was falsch ist.



Die GPK unterhielt sich dann auch über den definierten Zeitpunkt, was wie gesagt eine politische Frage ist. Und man fragte sich dann schon, ob es richtig ist, die Lebensdauer einer Gasheizung mit eigentlich "nur 15 Jahren" zu quantifizieren? Gleichzeitig fragte man sich, welche Konsequenzen es haben könnte, wenn man diese Frist nun auf 2045, respektive 2050 hinausschieben würde? Dazu verfasste Michael Schär noch ein Mail, von dem ich ausgehe, dass dies via Fraktionspräsidien allen hier im Saal zugestellt wurde. Dabei konnte man sehen, dass die IBL eigentlich damit rechnet, dass man pro Jahr, in dem man länger mit dem Gasausstieg zuwartet, einen Verlust von ungefähr 1 Mio. Franken machen würde.

Dabei handelt es sich natürlich um eine Prognose, was man ja heute noch nicht sicher sagen kann, aber den Berechnungen entspricht, die die IBL anstellte und sie davon ausgeht, dass das nachher ab dem Jahr 2040 eintreffen wird. Diese Information habt ihr alle bekommen. Im Weiteren fragte sich die GPK bezüglich des Reglements noch rein gesetzestechnisch, ob es eben richtig ist, dass man eigentlich per 2040 den öffentlichen Auftrag beendet. Dabei würde aber zumindest ein Teil der Quartiere – dann allerdings unter einem privatrechtlichen Titel – weiterhin mit Gas beliefert, da ja nur ein Quartier nach dem anderen und nicht alle auf einmal abgehängt werden. Dies führt zu einer Art Übergangszeit, in der es dann keinen öffentlichen Auftrag mehr gibt, dann aber auf privatrechtlicher Basis immer noch Gas geliefert wird. Gleichzeitig wissen wir, dass es auch noch ein Hochdrucknetz für die Auslieferung von Prozessgas für Unternehmungen gibt, was ja dann auch nach 2040 weiterläuft.

Und da fragte sich die GPK, ob das richtig ist, dass man nachher die Konzession nicht ausschreibt und die IBL weiterhin eine Monopolstellung einnimmt, zumal es nun mit der Reglementrevision so aufgegleist wurde. Stellt dies keine öffentliche Aufgabe mehr dar, sondern wird privatrechtlich geregelt, fragt es sich, ob das nicht ein Widerspruch ist, was verschiedentlich diskutiert wurde, man aber zum Schluss kam, dass dies ja alles von einer arrivierten Kanzlei begutachtet wurde. Dies bietet sicherlich eine gewisse Grundlage, aber es bleibt eine Unsicherheit, ob das bis zuletzt einer kritischen Beurteilung standhält, falls das dann jemand einmal in Frage stellen möchte. Aber ja, die GPK sagte sich dann, dass man wahrscheinlich damit leben muss. Es gibt nicht zu allen Fragen eine vollständige Sicherheit, sodass sie deshalb auch einstimmig beschloss, dass die formelle Richtigkeit der Vorlage nicht tangiert ist. Ich erläuterte dies einfach deshalb, um euch aufzuzeigen, dass man sich dazu Fragen stellte, ob das dann am Schluss auch tatsächlich funktioniert. Das waren die Überlegungen der GPK. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das Wort haben nun die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Für die FDP/jll/L49-Fraktion spricht Rosario Volante (FDP).

Stadtrat Rosario Volante (FDP): Die FDP/jll/L49-Fraktion diskutierte die Vorlage intensiv. Im Zentrum unserer Beratung stand vor allem die hier bereits mehrfach erwähnte wirtschaftliche Frage, inwiefern das Gasnetz über das Jahr 2040 hinaus weiterbetrieben werden kann. Wir prüften auch, ob ein späterer Ausstieg, zum Beispiel erst per 2045 mit einer Zeitspanne bis 2050, eine sinnvolle Lösung wäre. Nach intensiver Diskussion kam aber eine Mehrheit von uns zum Schluss, dass solch eine Verlängerung unter den vorliegenden wirtschaftlichen Grundlagen nicht überzeugt. Auch wenn hier die Prognosen natürlich nie hundertprozentig sicher sind, zeigt die Entwicklung schon heute in die gleiche Richtung. Wie gesagt nimmt die Zahl der Gasanschlüsse seit Jahren kontinuierlich ab, während die Kosten für den Betrieb, den Unterhalt und die Sicherheit des Gasnetzes weiterlaufen. Unter diesen Voraussetzungen erscheint uns die wirtschaftliche Sicht nicht verantwortbar, die zusätzlichen Kosten noch über mehrere Jahre weiter zu tragen. Ein wichtiges Anliegen unserer Fraktion ist die Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmungen, die auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen sind. Wir erwarten deshalb, dass im Rahmen von neuen Konzessionsverträgen und den vertraglichen Regelungen mit den betroffenen Unternehmungen Lösungen gefunden werden, die eine langfristige Planung ermöglichen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, dass eine allfällige spätere Stilllegung des Hochdrucknetzes eine Planung ermöglicht und rechtzeitig angekündigt wird, damit die Unternehmungen ihre Investitionen und Produktionsprozesse entsprechend planen können. Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen wird die FDP/jll/L49-Fraktion der Teilrevision mehrheitlich zustimmen.



Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Rosario Volante. Gibt es weitere Fraktions-sprecherinnen und Fraktionssprecher? Jan Herzig für die SVP-Fraktion.

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Werter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, auch wir von der SVP-Fraktion diskutierten das ganze Reglement rauf und runter. Wir stehen dem Ganzen aber ein bisschen kritischer gegenüber. Wir werden auch einen Antrag einbringen, den ihr alle zugestellt erhieltet und zu dem wir dann aber noch später in der Detailberatung kommen werden. Wir würden die Stilllegung aber eigentlich gerne auf 2045 hinausschieben und alles weitere kommt dann bei der Reglementanpassung. Danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun spricht Fabian Frankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.

Stadtrat Fabian Frankhauser (GLP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, werter Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende, auf die Mitteilung der IBL reagierte unsere Fraktion bekanntlich mit einer Stellungnahme, was uns auch ein bisschen Kritik einbrachte, sollten wir jetzt doch keine Forderungen stellen, sondern froh sein, dass etwas gemacht wird. Jetzt, ein bisschen mehr als ein halbes Jahr später, zeigt sich halt doch, dass wir – wie so oft – recht hatten, weil jetzt schon immer mehr Leute vom Gas auf einen anderen Energieträger umstellen. Das Netz bleibt aber gleich gross und somit auch gleich teuer. Immer weniger Kunden müssen das gleichbleibende Netz bezahlen, was die Netzkosten für die Kunden verteuert und zusätzliche Kunden zum Aussteigen bewegt. Solange das Gasnetz von den Gaskunden finanziert werden kann, hat das für uns noch keinen finanziellen Nachteil. Irgendwann wird es aber so wenige Kunden geben, dass wir an den Punkt kommen, dass die IBL und somit die Allgemeinheit aufgrund der Deckelung des Netzkostenbeitrags entsprechende Anteile an die Aufrechterhaltung dieses Netzes leisten muss. Selbstverständlich können wir solch eine Querfinanzierung aus liberaler und ökologischer Sicht nicht unterstützen. Bei einem Strukturerhalt für ein paar wenige Hausbesitzer sind wir einfach nicht dabei und kommen auch noch zum Schluss, dass wir zu spät dran sind. Wir hätten den Gasausstieg sehr gerne früher vollzogen, nicht weil wir jemandem eine Heizung wegnehmen wollen, es aber nun mal so ist, dass ab 2025 das Gasnetz defizitär ist, sodass es ja wirklich nicht sein kann, dass die Allgemeinheit Heizungen von Privatpersonen finanziert. Das ist nichts anderes als eine versteckte Subvention und Subventionen müssen zwar nicht in jedem Fall schlecht sein, aber sie sollten zumindest ein erstrebenswertes Ziel haben und im Idealfall auch noch messbar sein. Das Einzige, was man hier messen kann, ist, wie viel CO₂ wir dann noch zusätzlich herausblasen und wie viel uns das auch noch kostet.

Wir haben nun einmal mit einem rechtsbürgerlichen Gemeinderat und einem Verwaltungsrat der IBL, der sich sicher nicht vorwerfen lassen muss, dass er linkslastig ist, diejenigen politischen Verhältnisse, wie wir sie haben. Sie entschieden sich nun halt für 2040 und das Argument mit diesen 15 Jahren für den Heizungsersatz sehen wir zwar, wird aus unserer Sicht aber zu hoch gewichtet, weil uns das Netz ja schliesslich auch vorher Geld kostet. Und ich möchte noch daran erinnern, dass es vor allem auch die Bürgerlichen waren, die damals die IBL in eine AG umwandeln wollten. Und hinter dem stehe ich selbstverständlich auch, was wirklich die richtige Rechtsform für diesen Betrieb ist, aber das hat auch die Konsequenz, dass wir hier jetzt auch wirtschaftliche Entscheide fällen müssen. Und da zeigt sich, dass dies nicht immer die schlechtesten Argumente sind, weil wir das finanzielle und ökologische Risiko "Gas" aus wirtschaftlicher Sicht nämlich schon früher, als die Politik das jetzt plant, abgestossen hätten. Schlussendlich ist es halt so, dass die rechtsbürgerlichen Mehrheitsverhältnisse jetzt noch fünf Jahre Gas-Spass herausholten, zahlen dürfen wir es dann aber alle.

Wir sind aber auch froh, hat man die Realität erkannt und jetzt Nägel mit Köpfen gemacht. Das Vorgehen wurde zwar verschiedentlich kritisiert und je nach dem Hut, den ich anziehe, sehe ich das ein bisschen differenzierter. Selbstverständlich will der Parlamentarier in mir möglichst bald und viel mitreden können. Demgegenüber hat der Gaswasserwärme-Ingenieur in mir aber schon ein gewisses Verständnis für das Vorgehen der IBL; nicht nur, weil der politische Prozess den Ausstieg noch um ein weiteres Jahr hinausschob, was uns noch einmal eine Million kostete. Es ist einfach auch so, dass eine Entscheidung, die offenbar emotionalen Charakter hat – so wie man hört, sind ja auch sehr viele sehr emotional mit dem Gas verbunden –



eben auch in einer gewissen Stringenz kommuniziert werden muss. Das schafft nämlich auch Planungssicherheit und ich bin auch einer von denen, der es kritisch sah, dass es jetzt ein Reglement braucht, an dem ganz viele Juristen arbeiten, was sicher auch einen Fünfliber kostete. Aber ja, mir fällt jetzt kein Zacken aus der Krone, denn ich glaube, dass dies mit dem Reglement gut herauskam und man hier gut arbeitete. Und wir glauben auch, dass das funktioniert.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir dem, was jetzt vorliegt, zähneknirschend zustimmen, auch wenn es zu spät ist, und auch wenn es sogar bedeutet, dass wir indirekt Gas-Subventionen bewilligen. Ganz nach dem Motto "Lieber der Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach" werden wir hier zustimmen. Ich hoffe, ihr könnt das auch machen, weil wir nur so für die Hauseigentümer, für die Stadt und auch für die IBL die Planungssicherheit garantieren. Zu den allfälligen Anträgen werde ich mich dann noch zu gegebener Zeit äussern, aber ihr könnt euch ja wohl schon einmal vorstellen, in welche Richtung das geht.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Es folgt Päivi Lehmann für die SP/GL-Fraktion.

Stadträtin Päivi Lehmann (SP): Auch wir besprachen die Vorlage in der SP/GL-Fraktion und für uns ist klar, ein zeitnaher Gasausstieg und das Vorantreiben von erneuerbarer Energie ist unabdingbar für unser Klima und unsere Zukunft. Wir begrüßen auch, dass bei diesem geplanten Gasausstieg die Möglichkeit besteht, Teile des Netzes schon vor 2040 in denjenigen Bereichen abzuhängen, wo es nur noch wenige Bezügerinnen und Bezüger gibt. Dabei möchten wir aber auch betonen, dass es wichtig ist, dass man früh mit diesen Betroffenen ins Gespräch geht, um auch hier Lösungen zu suchen, die für die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer tragbar sind. Wir werden als SP/GL-Fraktion dieser Vorlage, so wie sie hier vorliegt, zustimmen. Danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit sprachen alle Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Das Wort haben nun allfällige Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher. Zuerst ist Pascal Dietrich an der Reihe, dann folgen Robert Haas, Daniel Huber und zuletzt Corinna Grossenbacher.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Danke Herr Präsident, und ja, ich spreche hier als Einzelsprecher. Zuvor sprach ich ja als GPK-Sprecher. Diesen Hut lege ich jetzt ab und nehme denjenigen als Einzelsprecher hervor. Eigentlich wollte ich heute mein Votum mit ein paar Äusserungen aus der Bevölkerung, von Bürgerinnen und Bürgern, beginnen, dann fand ich aber, dass es hier in diesem Saal schon heiss genug ist und dass wir es nicht noch zusätzlich anheizen wollen, weil da zum Teil ziemlich deftige Ausdrücke fielen. Ihr redet sicher auch oft mit den Leuten, aber möglicherweise reden wir nicht immer mit den gleichen. Das ist ja auch gut so, aber ich hatte wirklich mit verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern Kontakt, die das, eben zurückhaltend ausgedrückt, gar nicht gut finden, was man hier machen will. Wir hier im Saal als Stadträtinnen und Stadträte sind ja eigentlich die Vertreterinnen und Vertreter dieser Bevölkerung und wir entscheiden jetzt hier am 29. Juni 2026 über diesen Gasausstieg. Und da muss ich trotzdem auch noch einmal daran anknüpfen, was ich schon als GPK-Sprecher sagte, dass man sich in dem Sinn einig war, dass dies natürlich schon nicht das ist, was wir uns als Gesetzgeber hier im Saal vorstellen können.

Es gibt eine jahrelange Vorgeschichte, in der die Sache im IBL-Verwaltungsrat und im Gemeinderat behandelt wurde und ganz am Schluss kommen dann auch noch wir an die Reihe, was einfach wirklich die falsche Reihenfolge ist. Das ist wirklich die falsche Reihenfolge, denn zuerst hätte hier vom Stadtrat ein Grundsatzentscheid getroffen werden sollen. Und wenn ich natürlich höre, dass man bei der IBL das Reglement so auslegte, dass, solange es ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist, man direkt selber entscheiden kann, dann läuft es mir schon kalt den Rücken hinunter, zumal das Reglement ja nicht so alt ist und 2014 hier in diesem Saal beschlossen wurde. Schaut man in den Materialien nach, dann sieht man eigentlich relativ schnell, dass es dabei natürlich nicht irgendwie um die Möglichkeit eines Gasausstiegs ging, sondern vielmehr darum, dass die IBL nicht verpflichtet werden sollte, irgendeine abgelegene Liegenschaft noch mit Gas zu erschliessen. Um das ging es bei diesem Passus und nicht darum, dass die IBL selber einen Gasausstieg beschliessen könnte. Nein, sicher nicht, sondern das musste von Anfang an klar sein, dass am Schluss der Stadtrat als Gesetzgeber über die Reglemente beschliesst und den entsprechenden Entscheid trifft, was so auch im Versorgungsreglement festgehalten ist. Und wenn natürlich von Seiten des Gemeinderates auf



die Regierungsrichtlinien und auf den Energierichtplan verwiesen wird, dann ist das gut und recht, aber auch das sind Papiere, zu denen der Stadtrat natürlich nichts zu sagen hat und hier in diesem Saal nie abgesegnet wurden. In meinen Augen ist dies von daher auch keine Legitimation, die sich hier anführen lässt. Nur am Rand müsste ich vielleicht auch Fabian Fankhauser sagen, dass, wenn man auf die Papiere des Gemeinderates mit den Regierungsrichtlinien und dem Energierichtplan schaut, so glaube ich nicht, dass wir einen rechtsbürgerlichen Gemeinderat haben, würde er doch wohl andere Sachen entscheiden als das, was dort drinsteht.

Ich sagte vorhin, dass der Prozess von mir aus gesehen nicht richtig ablief. Die Frage ist jetzt natürlich auch, ob der Gasausstieg per 2040 richtig ist? Das ist in meinen Augen halt auch nicht so. Dass wir diesen Ausstieg effektiv machen müssen, so glaube ich heute, ist tatsächlich der Fall. Es stellt sich einfach die Frage, wann das zu geschehen hat. Wir haben eine kantonale Strategie, die eigentlich das Jahr 2050 nennt, und mir leuchtet nicht ein, warum Langenthal jetzt hier viel mehr pressieren muss. Dies leuchtet mir deshalb nicht ein, weil wir einfach auch gegenüber den Eigentümern und Eigentümerinnen von Liegenschaften mit Gasheizungen eine Verpflichtung haben. Wenn jetzt überall von einer Lebensdauer von 15 Jahren gesprochen und geschrieben wird, muss ich euch einfach sagen, dass dem nicht so ist, denn das ist euphemistisch, also schönfärberisch. Eine Gasheizung hält länger als 15 Jahre. Der Hauseigentümerverband spricht von 20 Jahren, und ich sprach mit drei verschiedenen Heizungsfachleuten, die mir alle sagten, dass eine Heizung in aller Regel 25 Jahre hält. Einer meinte sogar, dass er jetzt gerade eine 32-jährige Heizung hatte, die noch gut im Schuss ist.

Also, diese 15 Jahre sind einfach nicht haltbar, und man muss dann schon sehen, dass eine Gasheizung in Langenthal bis vor wenigen Jahren als das Mittel der Wahl angepriesen wurde und man die Leute zum Heizen mit Gas animierte. Und jetzt kommt man und sagt, im Jahr 2040 ist fertig. Das ist in meinen Augen nicht richtig und da behandelt man die Leute nicht korrekt. Und darum bin ich auch der Meinung, dass wir jetzt hier in diesem Saal im Interesse der betroffenen Leute korrigierend eingreifen sollten, sodass ich, ähnlich wie die SVP – wir können dann die genaue Formulierung noch anschauen – den Antrag stelle, dass man den Ausstieg um fünf Jahre hinausschiebt. Es kann nicht sein, dass, wenn jemand in den Jahren 2018 bis 2021 zu einer Gasheizung wechselte – und ich weiss von Leuten, die noch im Jahr 2022 eine neue Gasheizung einbauen liessen – diese nach 18 Jahren im Jahr 2040 abgehängt wird. Das ist einfach nicht richtig, sonst müsste man die Leute dann entschädigen, was für mich dann klar ist.

Und noch ein letztes Wort vielleicht zum Mail, das wir erhielten. Ich unterstelle der IBL nicht, dass die Berechnungen nicht richtig gemacht wurden, sodass ich schon glaube, dass das in ihren Plänen so aussieht, sie sonst auch nicht damit gekommen wären. Aber es ist in dem Sinn natürlich einfach ein Parteigutachten und es ist nicht objektiviert. Das ist eine Prognose und diese Prognose kann stimmen, oder es kann auch anders herauskommen. Wir wissen ja, dass Prognosen sehr schwierig sind, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Und ob wir dann im Jahr 2040 noch 5% des Gasabsatzes von heute haben oder vielleicht auch 10% oder vielleicht auch 15%, das wissen wir heute einfach schlicht nicht, sodass sich auch diese Zahlen entsprechend verändern können. Und wenn wir das Säulendiagramm anschauen, das uns Michael Schär zeigte, dann muss man vielleicht schon noch darauf hinweisen, dass wir dort nur die oberste Spitze sahen, zumal die Säulen ja viel länger wären. Nun sah es so aus, als hätte es sich schon bald halbiert, aber die Säulen wären ja viel länger. Man sieht zwar einen Rückgang, aber allzu massiv fiel dieser noch nicht aus, und ich bin nicht so sicher, wie das dann im Jahr 2040 aussieht. Deshalb appelliere hier an euch, dass wir diesen Ausstieg zwar sehr wahrscheinlich machen müssen, aber noch nicht im Jahr 2040. Das wäre nicht korrekt gegenüber den Eigentümerinnen und Eigentümern, die in den letzten Jahren noch eine Gasheizung installierten. Sonst müsste man dort andere Wege finden und diese Leute entschädigen.

Stadtrat Robert Haas (SVP): Werter Stadtratspräsident, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte Gäste, Kolleginnen und Kollegen, ich selber habe einfach ein bisschen ein Problem mit der gesamten Energie. Wenn wir heute beschliessen, wir wollen 2040 aussteigen, kann uns ja gar niemand garantieren, ob wir nach 2040 überhaupt genug Strom in der Schweiz haben und von wo wir diesen nehmen. So wie die Situation im Moment jetzt ist, brauchen wir gemäss Bundesrat wahrscheinlich den doppelten Strom, wenn wir



alle fossilen Energieträger abstellen. Dann haben wir im Moment vielleicht 55% bis 60% Wasserkraft. Wir haben im Moment vielleicht 30% Atomkraft und wir haben 10% bis 12% grünen Strom. Wenn wir jetzt den doppelten Strom brauchen, dann verbleiben noch 30% Wasserkraft. Dabei wird es wohl schwierig werden, dies auf 35% zu erhöhen, sodass sich zum Ausgleich der Bedarf an grünem Strom um das Zwölf- bis Dreizehnfache erhöhen müsste. Und wenn wir am meisten Strom brauchen, haben wir davon wahrscheinlich am wenigsten. Deshalb habe ich eigentlich mit dieser ganzen Energiestrategie Mühe. Ich kann dem auch nicht zustimmen, dass wir einfach sagen, dass wir im 2040 aussteigen, denn das geht für mich eigentlich in Richtung Planwirtschaft und das funktionierte ja weltweit noch gar nie. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat Daniel Huber (SVP): Merci für das Wort. Hier geht es auch darum, ob der Stadtrat die Gasausstiegsstrategie der IBL gutheisst, das heisst die Verantwortung und die Risiken für eine Strategie übernimmt, bei der er bei der Ausarbeitung, Variantenprüfung, Variantenentscheiden nicht oder nur minimal involviert war. Was will diese Strategie? Diese Strategie sieht vor, dass ein grosser Teil des Gases durch Holz ersetzt wird. Mit Holz heizten schon die Höhlenbewohner und stellt heute für Wärmeverbünde die bevorzugte Heiztechnik dar, so wie es in den Städten passiert. Ich glaube, dass die Erde rund ist und sich um die Sonne dreht, dass die Sonne sich um das galaktische Zentrum dreht, dass sich die Milchstrasse und die Andromeda-Galaxie aufeinander zubewegen und beides vom grossen Attraktor angezogen wird. Was ich aber nicht glaube, ist, dass eine Kombination aus einer Höhlenbewohner- und Sowjet-Technologie die Energie- und Klimaprobleme der Menschheit im 21. Jahrhundert lösen wird. Aber ja, Wärmeverbünde können einen gewissen Beitrag zur Energieunabhängigkeit liefern. Ich denke aber, dass das Potenzial, das Langenthal anstrebt, über dem Durchschnittspotenzial liegt, das in der Schweiz möglich ist. Das bedeutet praktisch, dass man in Bezug auf das vorhandene Holzpotenzial recht offensiv unterwegs ist. Vor diesem Hintergrund ist die ganze Strategie sicherlich auch mit Risiken behaftet, mit Pricing-Risiken, mit Akzeptanz-Risiken, mit Anschlussrisiken und damit mit Kosten- und Ertragsrisiken. Ich persönlich betrachte die Energiewende eher als einen evolutiven Prozess über mehr als eine Generation, als eine Revolution innerhalb einer Generation.

Man muss auch berücksichtigen, dass der Mensch ein widersprüchliches Wesen ist. So unterstützen die meisten Menschen ideell die Energiewende, sind jedoch gleichzeitig in der Mehrheit nicht bereit, wesentlich mehr für die Energie zu zahlen. Das mussten schon die Grünen und Robert Habeck in Deutschland erfahren, und ich warne darum davor, bei der Energiewende vorzupreschen und der Musterschüler sein zu wollen. Hier besteht ein grosses Risiko, sodass einem das früher oder später aufgrund der hohen Kosten auf die Füsse fällt. Der Entscheid zum Gasausstieg bis 2040 ist aus meiner Sicht sehr weitreichend. Es geht nicht um Fr. 100'000.00 oder Fr. 200'000.00, sondern um 80 bis 100 Mio. Franken für entsprechende Investitionen. Aus meiner Sicht ist das alles mit grossen Risiken verbunden. Dabei habe ich das Gefühl, dass mir für solch einen weitreichenden Entscheid, bei dem es um Dutzende von Millionen geht, zu wenig Informationen vorliegen, damit ich wirklich sagen kann, ob das richtig und ob das die beste Variante ist. Und ich finde auch, dass sich der Stadtrat nicht die Verantwortung und die Risiken für etwas aufdrängen lassen soll, bei dem er im Entscheidungsprozess nicht involviert war. Denn wenn wir hier jetzt Ja sagen und es dann Probleme gibt, dann wird man nachher immer auf die Stadt zugehen und um Unterstützung bitten. Und man wird sagen, dass wir das ja alle auch wollten. Deshalb wäre ich in dieser Sache vorsichtig und zurückhaltend. Es kann sein, dass die Richtung stimmt, aber Umfang und Tempo scheint mir zu hoch zu sein. Aber wie gesagt kann ich es nicht abschliessend beurteilen, weil die Informationen, die mir vorliegen, für solch einen weitreichenden Entscheid nicht ausreichen. Und wenn mir in einer Unternehmung für solch einen Strategieentscheid zu wenig Informationen vorliegen würden, dann könnte ich nicht entscheiden, und darum bin ich sehr zurückhaltend.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Nun hat noch Corinna Grossenbacher (SVP) das Wort. Solange sie sich auf dem Weg zum Mikrofon befindet, frage ich an, ob es noch eine weitere Staffel an Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern gibt? Gut ansonsten könnt ihr es euch ja nochmals überlegen.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich überlegte mir lange, was ich sagen soll oder ob ich überhaupt etwas sage, aber Fabian, du stacheltest mich mal wieder so richtig an, sodass



ich hier was sagen muss. Wir hörten es, dass das Gasnetz einen Wert von 12 Mio. Franken hat und gut erhalten ist. Merke, vor fünf Jahren wurde hier noch richtig dafür propagiert: "Mach Gas, das ist sauber, sauberste Energie, super". Auch wir fielen darauf rein, sorry. Ich weiss aber von Leuten, die ich gut kenne, die sogar noch 2022 auf den gleichen Spruch reinfielen. Geil, echt super, toll. Das ist ohne Ende alles Panikmache und die guten wissenschaftlichen Berichte scheinen völlig ignoriert zu werden. Gas ist ein sauberer fossiler Brennstoff. Aber solange man nicht genügend eines anderen Brennstoffs hat, kann ich einen Ausstieg nicht gutheissen. Dass wir diesen Ausstieg machen müssen, wurde vom Kanton vorgegeben, aber mein Spruch in der Fraktion lautet, dass wir uns mit diesen neuen Gesetzen Deutschland gut annähern. Wer sagt euch denn, dass künftig nicht auch Pellets verboten wird?

Wir sind auf dem besten Weg dazu, schaut in mein altes Heimatland und seht, was da abgeht. Es ist traurig, wir werden gedeckelt und gedeckelt und frage mich, wo da die Freiheit ist und wo der Stadtrat überhaupt noch mitreden kann. Das erscheint euch da drüben bei der Linken völlig selbstverständlich zu sein und da wird von rechtsbürgerlich Regierenden gesprochen. Ich finde das traurig, zumal es nämlich nicht nur schwarz oder weiss gibt. Hier jetzt von Subventionen zu reden, lieber Fabian, ist der völlig falsche Begriff, wenn jetzt mal ein anderer Teil der Bevölkerung vielleicht noch einmal zwei, drei oder vier Jahre länger etwas zugut hat. Erwinnere dich doch einmal, wie die ganzen Solaranlagen subventioniert wurden. Ich finde diese Diskussion peinlich und ja, ich gebe Pascal Dietrich recht, ich gehe jeden Samstag auf den Markt, da es mir dienstags zeitlich nicht reicht, und auch ich wurde von etlichen Personen angesprochen, wie das denn sein kann.

Nach 15 Jahren soll eine Gasheizung ersetzt werden müssen? Eine Entschädigung ist ja nicht geplant. Bei uns in der Fraktion gibt es teilweise Leute, bei denen läuft die Gasheizung bereits seit 25 Jahren und da gab es noch nichts zu beanstanden. Lieber Fabian, du sprichst von Planungssicherheit für diejenigen Leute, die sich erst 2022 eine Gasheizung einbauen liessen, nachdem Gas als sauberste Energie angepriesen wurde. Wo ist hier die Planungssicherheit bei diesem tollen Gesetz, das wir hier in Langenthal haben? Da hörte ich von dir keine Antwort darauf. Auf meine Frage, die ich anlässlich der GPK stellte, wie denn dannzumal die Abschaltung funktionieren soll, wurde mir gesagt, dass dies abhängig davon ist, wie viele Leute dann noch Gas beziehen. Das ist toll, da wird jemandem vielleicht das Gas abgestellt, der noch 2022 eine neue Heizung kriegte, weil in dem Quartier schon alle anderen irgendwo am Wärmeverbund angehängt sind oder bereits eine Solargeschichte auf dem Dach haben. Da frage ich mich, ob das auch Planungssicherheit ist, was für mich eigentlich dazu gehört. Geht es hier eigentlich um ein Monopol, das man der IBL für die Zukunft zusichern will? Wo gibt es denn so was? Du hast zwar die Möglichkeit, dich bei einem Wärmeverbund anzuschliessen, aber fragt einmal die Leute, die bereits wieder ausstiegen, warum sie ausgestiegen sind. Also ich finde, man macht es sich sehr, sehr einfach, wenn jetzt Langenthal einfach das Gefühl hat, dass man noch vor dem Kanton dicht machen muss. Merci, ich bin wirklich stinksauer.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Corinna. Gibt es weitere Sprecherinnen und Sprecher?

Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Ja, liebe Corinna, es freut mich natürlich, dass ich hier meinen Teil zu einer lebendigen Debatte beitragen durfte, aber jetzt muss ich trotzdem noch ein paar Dinge klarstellen. Also, wer sich 2022 während dem Ukraine-Krieg zu einer Gasheizung überreden liess, hatte wirklich einen schlechten Berater oder achtete sich nicht, was die Preise machen. Und ich baute selber schon die eine oder andere Gasheizung und tatsächlich schreibe ich diese jeweils auf 15 Jahre ab. Natürlich hält eine solche Heizung auch einmal länger, aber du kannst eigentlich nicht davon ausgehen, dass sie immer länger hält.

Und was machen denn die Leute, wenn sie jetzt das Gefühl haben, dass sie noch länger Gas beziehen können und nachher steigt die Gasheizung aus, weil sie meinten, dass sie 25 Jahre hält, sie aber nach 15 Jahren aussteigt? Dann müssen sie auch wechseln. Es ist nun einmal einfach so und dass du sagst, dass es im Sinne der Freiheit eine Aufgabe der Stadt ist, die Leute mit Gas zu beliefern, ist schon ein sehr weit gefasster Begriff von Freiheit, denn normalerweise seid ihr ja für weniger Staatsaufgaben. Ich bin tatsächlich sehr



überrascht, dass ihr euch hier mit so viel Engagement für eine zusätzliche Aufgabe der Stadt, respektive der IBL einsetzt, das kenne ich von euch eigentlich gar nicht und ich freue mich, wenn es dann an einem anderen Ort auch mal so ist; nämlich dort, wo es wirklich nötig ist. Und noch etwas: Stellt euch vor, ihr wollt diese Frist um 5 Jahre verlängern, dann kostet das 1 Mio. Franken pro Jahr. Stellt euch vor, wir würden 1 Mio. Franken Subventionen für erneuerbare Energien von unserer Seite fordern, dann würde also der Baum brennen, dann wärt ihr alle stinksauer, und das ist nichts anderes, als was ihr hier jetzt fordert. Aber wir können ja beim Antrag noch einmal darüber reden. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Dann ist das nicht der Fall, sodass wir die allgemeine Beratung schliessen und dem Gemeinderat ein Schlusswort zur allgemeinen Beratung geben. Ich möchte hier schon ankündigen, dass wir anschliessend noch vor der Detailberatung eine Pause machen.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Gut, ich möchte einfach kurz zu ein paar Sachen Stellung nehmen, wobei ich zum Antrag noch nichts sage, sondern erst dann, wenn er gestellt wird. Dies als Parteigutachten zu betiteln, finde ich ein recht hartes Wort. Genau deswegen wollte der Verwaltungsrat jemand externes damit beauftragen, weil er ein neutrales Gutachten wollte. Wir privatisierten ja die IBL und "privatisiert" bedeutet auch – und darüber kann man sich streiten oder nicht –, dass nach OR der Verwaltungsrat für alles den Kopf hinhalten muss, sodass er sicherlich nicht irgendwelche Parteigutachten erstellen lässt. Und was er auch nicht macht und auch entsprechend bewies: Er macht keine Politik. Es stimmt, dass Gas propagiert wurde und ja, das ist richtig. Gas wurde sehr lange propagiert. Ich persönlich fand das nicht sehr gut, was ich schon einmal erwähnte. In der ersten Version des Energierichtplans, den ich ausgearbeitete, war Gas der Hauptenergieträger. Wie man damit das Ziel hätte erreichen wollen, bis 2050 CO₂-neutral zu sein, verstand dann auch der Kanton nicht ganz und darum wurde der Plan dann auch zurückgewiesen und musste neu erarbeitet werden. Dani, zur Holzenergie ist zu sagen, dass wir schon manchmal darüber debattierten und du immer wieder mit denselben Sachen kommst. Und manchmal muss ich sagen, zumal ihr im Moment und nicht von Prognosen leben wollt, dass wir in der Schweiz 10 Mio. Kubikmeter haben, die nachwachsen. Und davon habe ich jetzt als Holzbauingenieur und Holzbauer wirklich eine Ahnung. 10 Mio. Kubikmeter Holz wachsen pro Jahr in der Schweiz nach, wovon wir 5 Mio. verbrauchen und das restliche Holz draussen in den Wäldern verfault. Das Holz wird nicht genutzt und es gibt gleichviel CO₂ ab, wenn es verfault, wie wenn es verbrannt wird. Also dort sind wir noch weit weg von einem Engpass. Und übrigens, beim Wärmeverbund Mitte möchte man einen grossen Anteil der Wärme, mit Wärmepumpen erzielen. Klar, da kann man jetzt gleich wieder mit der Stromdiskussion kommen, auf die ich jetzt gescheiter nicht eingehe, sonst wird es wirklich extrem lang.

Aber auch die IBL ist bei den Wärmeverbunden dabei und wir haben damit einen Energieerzeuger oder einen Wärmeerzeuger, den man jederzeit austauschen kann. Bei Wärmeverbünden geht es um Warmwasserleitungen im Boden, und wie sie das Wasser wärmen, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. In der ersten Phase werden dort auch Holzschnitzel eingesetzt, im Verbund Nord verbrennen wir einen Haufen Restholz und versuchen auch Frischholz zuzuführen. In der Mitte gibt es wie gesagt bereits eine Mischung. Wenn diese Kessel einmal verbraucht sind, dann prüft man sicher wieder, was der richtige und modernste Energieträger ist, und was für die am Verbund angeschlossenen Bürgerinnen und Bürger am kostengünstigsten zu stehen kommt.

Zur Lebensdauer kann ich nicht viel sagen, aber auf etwas erlaube ich dennoch hinzuweisen, auch wenn es Spekulation ist. Wenn ihr das Gefühl habt, dass eine Gasheizung nach ihrer Montage noch 25 bis 30 Jahre lebt, dann habt ihr nicht realisiert, wie sich die Technik veränderte, indem die Unternehmen alles auf eine kürzere Lebensdauer hin optimieren, mit all dieser Technik und den Computern, die heute auch in einer Gasheizung enthalten sind. Dabei mache ich die Vorhersage, dass eine moderne Gasheizung nicht mehr so lange hält. Bei älteren Modellen, die noch mit Relais und kaum sonstiger Technik ausgestattet waren, ist gut möglich, dass solch eine Heizung auch 40 Jahre hält, da bin ich bei euch. Aber von solchen sind kaum mehr welche im Einsatz und sonst kommen auch die jetzt langsam an ihr Lebensende.



Dann wurde noch gesagt, dass der Verwaltungsrat kaum Grundlagen für einen strategischen Entscheid hat. Das stimmt schon nicht ganz. Wie gesagt setzte sich der Verwaltungsrat mehrmals damit auseinander und liess mehrere Grundlagen erarbeiten und nahm sich dabei auch Zeit für diesen Prozess, zumal wir hier von unserer Cash Cow reden. Damit erwirtschaftet die IBL momentan den grössten Teil der Gewinne, was einfach so ist. Für den Verwaltungsrat ist es sehr schwierig, für eines der wichtigsten Geschäftsfelder, mit dem man überhaupt Geld verdienen kann, irgendeinen aus der Luft gegriffenen Entscheid zu fassen. Darum muss ich mich hier als städtischer Vertreter im Verwaltungsrat ganz klar gegen solche Aussagen verwehren, denn das stimmt einfach nicht.

Die Grundlagen wurden alle gut und in Zusammenarbeit mit externen Fachleuten erarbeitet. Dabei spielte man x Szenarien durch, und am Schluss müssen wir uns halt einfach auf Prognosen abstützen, wie das alle Unternehmen machen, denn genau so funktioniert die Unternehmensführung, indem man Annahmen trifft, eine Strategie entwirft und damit voraus geht. Und ein Unternehmer ist halt manchmal derjenige, der dann nachher auch auf die Schnauze fällt. Bei diesem Geschäft beschleicht mich solch ein Gefühl zwar nicht, aber das gehört halt einfach auch dazu und dafür hat man eben nachher nicht nur eine Person als Verwaltungsrat, sondern eben sieben, um so etwas abzufedern zu können.

Dann möchte ich noch diejenigen beruhigen, die vor einer vorzeitigen Abschaltung vor 2040 Angst haben, bei dem ich aber nicht ganz verstand, was Corinna meinte. Falls ein Quartier vor 2040 abgeschaltet werden sollte, was man im Reglement auch so vorsieht, dann sind das einvernehmliche Lösungen; das heisst, es gibt keine Abschaltung, wenn jemand noch bis 2040 Gas beziehen will, sondern dann bleibt das so bestehen. Die IBL wird demjenigen aber vielleicht je nach Investition ein Angebot für eine Abgeltung machen, weil dies für sie je nachdem günstiger kommt, anstatt das ganze Quartier weiterhin zu versorgen. Das wäre dann aber ein sogenannter Härtefall, weil es für die IBL dabei günstiger kommt, jemandem einen Anteil an eine vielleicht nicht gerade ganz neue Heizung zu zahlen, als ein ganzes Quartier zu versorgen, bei dem man vielleicht die Leitungen ersetzen muss oder so. Also bis im 2040 ist garantiert, dass jeder Bezüger noch bedient wird, ab 2045 kann es gemäss deiner Beschreibung passieren, dass dann im Verlauf der folgenden fünf Jahre für alle fertig ist. Dies ist zumindest das Ziel.

Dann gab es noch eine Aussage bezüglich den Wärmeverbünden, die ich nicht ganz verstand. Dort ist bis jetzt noch niemand ausgestiegen. Vielleicht ist damit aber gemeint, dass die IBL von den Leuten zuerst sogenannte Absichtserklärungen unterschreiben lässt, was vor allem in derjenigen Phase passiert, in der noch nicht klar ist, ob man in einen Wärmeverbund investieren will oder nicht. Im Vorprojekt unterschreibt man zuerst eine Absichtserklärung. Wenn das Vorprojekt abgeschlossen ist, wird ein definitives Angebot mit den endgültigen Kosten etc. erstellt, sodass dort die Leute noch einmal entscheiden können, ob sie sich anhängen wollen oder nicht. Dabei gibt es natürlich dann solche, denen es zu teuer ist und sich nicht anschliessen lassen. Aber bislang gibt es wirklich niemanden, der nach erfolgter Unterschrift noch ausgestiegen wäre. Das ist übrigens auch nicht einfach, denn man verpflichtet sich für 25 Jahre. Wenn ihr dort aussteigen wollt, dann gibt es eine Klausel in den Verträgen, dass, wenn die IBL die Energie jemand anderem weitergeben kann, eine Einigung für einen Ausstieg möglich ist. Wenn sich das aber nicht ergibt – weil die IBL ja auch in die Kessel und in die Leistungen investierte, dann muss man die Grundgebühr eben entweder 25 Jahre lang weiterbezahlen, oder eben alles auf einmal. Dazu muss man wissen, dass sich die Kosten bei Wärmeverbünden aus einem Grundbetrag und aus einem tieferen Energiebetrag zusammensetzt. Zum Rest komme ich dann nachher. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Damit ist die allgemeine Beratung geschlossen.

Daniel Huber (SVP) wünscht per Zwischenruf das Wort.

Daniel Huber, dann stellst du jetzt einen Ordnungsantrag, dass die allgemeine Beratung, die ich vor fünf Minuten schloss, wieder eröffnet wird. Darüber können wir abstimmen. Also, du kannst einen Ordnungsantrag stellen, wenn du willst. Gut, dann stellst du den Ordnungsantrag auf Wiedereröffnung der allgemeinen Beratung.



Wer dem Ordnungsantrag von Daniel Huber auf Wiedereröffnung der allgemeinen Beratung zustimmen will, zeigt das mit der Karte. Wer den Antrag ablehnt, zeigt das mit der Karte. Wer sich enthält, zeigt es mit der Karte.

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Daniel Huber (SVP) zur Wiederaufnahme der allgemeinen Beratung

15 Ja für Antrag Huber

17 Nein gegen Antrag Huber: abgelehnt

3 Enthaltungen

Wenn ich es richtig überblicke, sind unterdessen 35 Stadträtinnen und Stadträte anwesend. Also wir haben das Resultat. Damit wird die allgemeine Beratung nicht nochmals aufgenommen. Da es jetzt schwierig ist, zur Dauer der Detailberatung eine Prognose zu stellen, entschied das Büro, etwas Neues zu versuchen, indem wir nun die Pause während eines Traktandums einlegen, weil jetzt ungefähr Pausenzeit ist. Die Pause dauert bis 20.35 Uhr und draussen gibt es Sandwiches.

(Pause)

Darf ich euch bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir setzen die Beratung von Traktandum Nr. 6 fort und kommen dabei zur Detailberatung. Die Grundlage der Detailberatung ist der Änderungserlass, den ihr als Beilage 2 in den Stadtratsakten vorfindet. Ich schlage vor, dass wir ihn artikelweise beraten. Ich gehe nicht davon aus, dass es dazu Einwände gibt. Somit ist dieses Vorgehen beschlossen.

Art. 1

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Ich spreche für die SVP-Fraktion, und wir stellen eben den zuvor angekündigten Antrag, der auch den Fraktionspräsidien zugestellt wurde, dass wir die Frist vom 30. Juni 2040 auf den 30. Juni 2045 und vom 30. Juni 2045 auf den 30. Juni 2050 verlängern möchten. Das betrifft mehrere Artikel, insbesondere aber zuerst Art. 1 Abs. 1, so wie es hier vorne eingeblendet ist, ich aber nicht mehr separat vorlese. Es betrifft wie gesagt mehrere Artikel, bei denen wir die Frist jeweils um fünf Jahre nach hinten verschieben möchten. Zur Begründung wiederhole ich, was auch schon manche Vorredner und Pascal Dietrich mit seinem fast gleich lautenden Antrag bereits sagten, dass wir in erster Linie einfach nicht einsehen, warum die Stadt Langenthal hier als Vorreiter gegenüber dem Kanton oder auch teilweise gegenüber grösseren Städten fungieren muss. Andere Städte machen es auch so wie wir, sodass wir einfach keinen Grund sehen, wieso wir so früh damit aufhören müssen. Ich komme halt auch noch einmal auf die Lebensdauer dieser Gasheizungen zurück, die eigentlich mit 15 Jahren beschrieben wird. Wie bereits erwähnt, gibt es auch bei uns in der Fraktion eine Reihe Mitglieder, die eine über 25 Jahre alte Gasheizung haben, natürlich auch ältere und auch ein bisschen neuere, die bis jetzt noch keine Störung oder ähnliches aufwiesen, und auch schon mit Elektronik bestückt sind.

Ich kann es auch aus Sicht meines Berufs sagen, dass wir bei meinem ersten Arbeitgeber viele Sanierungen durchführten und wirklich alte, alte Gasheizungen herausnahmen, die grundsätzlich eigentlich immer noch funktionierten, aber einfach aufgrund der Raumplanung herausgenommen wurden. Wie wir es zuvor und auch von ausserhalb hörten, durfte man bis 2022 Gasheizungen einbauen, was dann auch noch so gemacht wurde und dabei das Reglement erst nachher ab 2023 in Kraft trat. Diese Leute müssen nun nach bereits 18 Jahren ihre Gasheizung herausnehmen, und ob das ökologisch sinnvoll ist, sei dahingestellt. Für mich ist das nicht ökologisch, wenn man eine funktionierende Heizung schon so früh herausreissen und durch eine neue Heizung ersetzen muss. Hinzu kommt eben, dass das Gasnetz noch einwandfrei im Schuss ist und man, wie in der Vorlage ersichtlich, frühestens im Jahr 2060 umfassende Sanierung machen muss, auch wenn natürlich kleinere Sachen bereits ab 2040 anfallen. Aber ja, es gibt noch viele weitere Gründe, die auch Pascal Dietrich zuvor bei der allgemeinen Diskussion bereits erläuterte und ich jetzt nicht nochmals wiederholen will. Zudem wird es unsererseits noch Einzelsprecher geben, die zu unserem Antrag reden. Vielen Dank.



Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit haben wir einen ersten Antrag zu Art. 1. Ich beschreibe einfach einmal kurz, worüber wir diesbezüglich abstimmen. Am Schluss von Art. 1 Ab. 1 soll das Datum vom 30. Juni 2040, wie es im Antrag des Gemeinderates steht, auf 30. Juni 2045 geändert werden. Ist das richtig? Der Antragsteller bestätigt es. Wenn man bei dieser Abstimmung dem Antrag folgen würde, hätte dies im Sinne eines kohärenten Reglements automatisch zur Folge, dass die entsprechenden Daten in den darauffolgenden, hier aufgelisteten Artikeln auch angepasst werden müssten. Das heisst, wir würden dann die Änderungen bei diesen Artikeln automatisch vornehmen und nicht mehr über jeden einzelnen Artikel abstimmen, ansonsten wir ein inkongruentes Reglement hätten. Ist das Vorgehen jetzt zu diesem Antrag klar? Damit wir die Beratung und das Abstimmen koordinieren können, möchte ich zuerst fragen, ob es weitere Anträge gibt, die Art. 1 betreffen? Pascal Dietrich (L49) wünscht das Wort.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ihr hörtet ja vorher, wie ich diese Sache sehe. Ich hatte eigentlich die Absicht und gab diese Anträge auch so ein, dass man die Teilrevision des Versorgungsreglements in zwei Lesungen beraten würde. Im Hinblick auf die 2. Lesung sollte der Gemeinderat damit beauftragt werden, sämtliche Bestimmungen so anzupassen, dass der Ausstieg von Langenthal aus der Gasversorgung per 2045, anstatt 2040 vorgenommen wird. Das wären meine ersten zwei Anträge gewesen, wozu ich dann auch noch einen dritten gehabt hätte. Jetzt ist natürlich klar, was man auch anhand der Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher gut heraushörte, dass man dafür keine Mehrheit findet und man deshalb auch keine 2. Lesung machen muss und das Ganze entsprechend vereinfachen kann. Materiell ist mein Antrag deckungsgleich mit demjenigen der SVP. Ich würde deshalb vorgeschlagen und beliebt machen, dass ich mich dem anschliesse und es im Prinzip um den Antrag der SVP-Fraktion und mir als Einzelmass geht, sodass wir so darüber abstimmen können. Falls dieser abgelehnt werden sollte, ist eigentlich auch klar, dass es keine 2. Lesung braucht, ausser es käme dann noch mein dritter Antrag durch, aber damit komme ich dann noch.

Aber ich möchte euch natürlich schon noch einmal dazu aufrufen, diesen nicht abzulehnen, was klar ist. Überlegt euch das noch einmal gut, versucht in euch hineinzugehen und diese Sache noch einmal zu reflektieren. Es ist nicht richtig, wenn wir die Leute, die hier zwischen 2018 und 2021 noch eine Gasheizung einbauen liessen, entsprechend zum Ausstieg zwingen. Ich gebe Fabian Fankhauser schon recht, dass, wenn jemand im November 2022 noch eine Gasheizung einbauen liess, war das vielleicht nicht der schlaueste Entscheid, das mag sein.

Aber wenn jemand im Dezember 2021 oder auch noch im Januar 2022 eine einbauen liess, dann wusste er eben von all dem, was dann folgte, noch nichts. Wie gesagt wurden Gasheizungen von der IBL noch vor Kurzem entsprechend propagiert, und es wäre nicht richtig, diese Leute jetzt so zu bestrafen. Deshalb sollte man das Ganze um fünf Jahre hinausschieben. Helft hier doch bitte mit. Wenn man das aber nicht will, dann müssen wir eben etwas anderes machen und die Leute entschädigen, die in dieser Zeit noch eine Gasheizung einbauen liessen. Das wäre nichts als fair, was ich in der Pause auch seitens der Linken so hörte. Aber dann müsste man im Prinzip das Geschäft zurückweisen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gut, ich halte fest, dass wir materiell zwei gleichlautende Anträge vorliegen haben, über die wir in einer einzigen Abstimmung beschliessen lassen. Dieser Antrag betrifft Art. 1 und die folgenden Artikel und es geht dabei um die Anpassung der Daten, wie ich es vorher mündlich beschrieb. Also haben wir im Moment einen Antrag zu Art. 1 von zwei Antragsstellenden, über den wir abstimmen werden. Gibt es dazu noch weitere Anträge, bevor wir mit der entsprechenden Beratung starten? Nein, es gibt keine weiteren Anträge. So starten wir mit dem gewohnten Beratungsablauf. Zuerst kommen die Fraktionen und dann die Einzelsprecher und zuletzt der Gemeinderat an die Reihe. Gibt es Fraktionssprecher, die das Wort wünschen? Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.

Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Wie ich es bereits androhte, melde ich mich nun nochmals zum vorliegenden Antrag. Ich staune schon auch ein bisschen. Das letzte Mal ging es um die Elektroautos und jetzt geht es um den Gasausstieg. Bei der SVP scheint das Geld wirklich sehr locker zu sitzen, wenn es darum geht, dass man noch ein bisschen etwas Fossiles verbrennen darf. Ich weiss nicht, ob es daran liegt, dass



ihr einfach gerne fossile Brennstoffe verbrennt oder irgendeine Klientel besonders gerne subventioniert, weil dies wirtschaftlich völlig nicht zu begründen ist. Wir können das ansonsten gerne mal bei einem Bier klären, Jan. Ohne ein solches fehlt mir hier nämlich das Verständnis, sodass man sich manchmal - frei nach der Sanija Ameti – eure Anträge auch ein bisschen schön trinken muss. Fakt ist aber wirklich, dass uns jedes Jahr, in dem wir das Netz aufrechterhalten, jährlich 1 Mio. Franken kostet. Bei einer Verlängerung der Frist wird einfach eine Subvention für einzelne Leute gefordert, die die Allgemeinheit zahlen soll. Das ist aus meiner Sicht wirklich einfach unsozial. Und weiter frage ich mich dann auch, wie man sich so vehement gegen lokale Wertschöpfung einsetzen kann und lieber Gas aus Russland, Katar, dem Iran oder den USA hat. Wer die weltpolitische Lage seit dem Jahr 2022 jedoch nur ein wenig verfolgte, sollte wissen, dass man sich sicher nicht mehr von diesen Staaten abhängig machen sollte. Es ist nämlich auch sicherheits- und versorgungspolitisch ein Schuss ins eigene Bein. Also der Antrag ist wirklich abzulehnen, denn es geht dabei um eine finanzielle Belastung für die Allgemeinheit, ist ökologisch unsinnig, stellt ein wirtschaftliches Risiko dar und ist bei der heutigen Weltlage auch zutiefst unpatriotisch.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Das Wort hat Päivi Lehmann für die SP/GL-Fraktion.

Stadträtin Päivi Lehmann (SP): Wir diskutierten diesen Antrag in unserer Fraktionssitzung nicht konkret, aber nach kurzer Rücksprache mit meiner Fraktion werden wir ihn mehrheitlich ablehnen. Wir sehen es nicht als zielführend an, wenn man jetzt den Gasausstieg noch weiter hinauszögern will. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Gut, es beginnt Rosario Volante (FDP), dann folgt Michael Schenk (SVP) und zuletzt Pascal Dietrich (L49).

Stadtrat Rosario Volante (FDP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich richte mich jetzt an Jan Herzig. Ich schrieb der SVP-Fraktion eine persönliche Stellungnahme und nahm mir dafür relativ viel Zeit. Ich lese es hier nicht herunter, aber es gibt fett markierte Passagen darin, die ich gerne noch einmal vorlesen möchte. "Gerade deshalb erscheint es mir wichtig, diese Diskussion von den wirtschaftlichen Überlegungen zum Gasausstieg zu trennen. In meinem Fall betrifft dies insbesondere meine kritische Haltung gegenüber der IBL und deren Entwicklung in den letzten Jahren. Ebenso sollte die Frage des Gasausstiegs nicht mit energiepolitischen oder ideologischen Grundsatzüberzeugungen vermischt werden. Die zentrale Frage lautet aus meiner Sicht vielmehr, ob ein Weiterbetrieb des Gasnetzes über das Jahr 2040 hinaus wirtschaftlich sinnvoll ist". Dann folgt ganz viel Text und ich zitiere noch einmal einen Teil aus meinem Schreiben: "Diese Kosten verschwinden nicht, sie müssen am Ende von jemandem getragen werden (...) Die politische Grundsatzdiskussion wurde auf anderer Ebene bereits geführt. Im vorliegenden Geschäft stellt sich primär die Frage nach den wirtschaftlichen Konsequenzen". Und zuletzt: "Gerade, weil ich in der Kommission ursprünglich sehr ähnlich argumentiert habe wie der vorliegende Antrag und mich deshalb enthalten habe, bitte ich Dich, die Gründe für meinen Meinungswechsel nochmals kritisch zu prüfen. Meine Einschätzung hat sich nicht aufgrund politischer Überzeugungen oder einer veränderten Haltung gegenüber der IBL verändert, sondern ausschliesslich aufgrund der wirtschaftlichen Zahlen und Prognosen, die mir erst später vorlagen". Dies hörten wir heute ja auch. "Vielleicht lohnt es sich deshalb, den Antrag unter diesem Gesichtspunkt nochmals zu überdenken". Auch wenn der Antrag nun so gestellt wurde und ihr euch das nicht mehr überlegen könnt, geht es mir darum, dass dies einfach nochmals gesagt wurde. Merci.

Stadtrat Michael Schenk (SVP): Werter Präsident, werte Anwesende, ich möchte hier einfach noch ein paar Gedanken erläutern, die mich dazu bewogen, diesen Antrag zu unterstützen. Ich las und hörte auch, dass wir ein intaktes Netz haben, das bis 2060 in einem guten Zustand ist und wenig Unterhalt braucht. Wenn ich ein Unternehmen habe und so etwas einfach stilllegen muss, dann widerstrebt mir das irgendwie, was für mich ebenso ausschlaggebend war. Wenn nun dieses Netz in den kommenden zehn Jahren Investitionen ausgelöst hätte, wäre ich sofort bei euch. Die anderen Punkte hörtet ihr ja bereits, dass diejenigen, die jetzt erst kürzlich einen solche Heizung anschafften, diese nach 15 Jahren bereits wieder herausreißen müssen.



Es ist auch ökologisch nicht immer sinnvoll, wenn man etwas, das funktioniert, herausreisst und durch irgendeine Elektroheizung oder x irgendetwas ersetzt. Ich machte mir auch noch Gedanken dazu, per wann ein Ausstieg nach 15 Jahren stattfinden muss. Berechnet man diese 15 Jahre ab Kommunikation der IBL oder per Datum des Stadtratsbeschlusses? Für mich ist das schon auch noch ein bisschen eine offene Frage und finde ich ganz wichtig. Mir ist klar, ein Unternehmen muss Ziele haben und wir müssen unser Ziel haben, um das umzusetzen. Der Gasausstieg ist kantonal geregelt, der kommt und da sind wir auch nicht dagegen. Aber wie gesagt finde ich es auch nicht ganz schlau, wenn jetzt Langenthal erneut einen eigenen Weg gehen will. Diese 1 Mio. Franken brannte sich in den Köpfen ein, was aber eine Annahme ist.

Vor 10 Jahren nahm man auch etwas anderes an und bewarb Gas als ideale Heizung, so wie wir es bereits zuvor hörten. Deshalb ist für mich auch die Frage, ob dieser Millionenbetrag wirklich so zutrifft? Eine Million tönt nach viel, aber vielleicht ist es ja dann nicht eine Million, vielleicht ist es wieder ganz anders, wenn sich die geopolitische Lage plötzlich wieder ändert und die Welt vielleicht wieder ganz anders aussieht. Und den Strom produzieren wir nicht in Langenthal, sondern in der Schweiz oder irgendwo im Ausland. So kann man auch nicht behaupten, dass Strom unbedingt umweltfreundlicher ist. Es ist wohl allen klar, dass diese Frage auch noch nicht gelöst ist. Wenn es nun um die Zeit geht, wie das jetzt umgesetzt werden soll und ich dabei auf andere Geschäfte zurückblicke, dann war man immer viel zu schnell. Klar, man muss Ziele schnell definieren, aber die Umsetzung dieser ganzen Geschichte ist dann eben etwas anderes. Wenn ich dabei an die Bewilligungsverfahren und die uns dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen denke, dann mache ich da Fragezeichen. Das sind eigentlich so meine Gedanken und ihr könnt damit anfangen, was ihr wollt. Merci.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Erlaubt mir kurz eine Replik an die Adresse von Fabian Fankhauser. Du äussertest dich sehr pointiert und auch sehr engagiert. Das gefällt mir, das finde ich immer gut und so muss es sein. Aber ich möchte hier trotzdem noch sagen, dass dies einfach deine Meinung ist, die du hast, und ich auch akzeptiere. Die darf man so haben, aber ich habe eine andere. Du kannst genauso wenig in die Zukunft schauen wie ich auch; das heisst, wir können schon in die Zukunft schauen, aber wir wissen schlicht nicht, ob wir recht haben. Und ich lasse dir deine Meinung, aber ich habe wie gesagt eine andere. Und es ist nicht so, dass diese völlig aus dem Tierbuch wäre, was ich hier schon noch betonen möchte. Wenn das tatsächlich so herauskommen würde, dass wir im Jahr 2036 nur noch zwei Handvoll private Gasbezüglerinnen und Gasbezügler in Langenthal haben, dann würde ja auch nichts dagegensprechen, dass, wenn sich dies so zeigen und der entsprechende Beweis vorliegen würde, man hier in diesem Saal auch nochmals eine Änderung an diesem Reglement vornehmen könnte. Dem würde nichts entgegenstehen. Aber das wissen wir eben erst dann. Für meinen Teil bin ich ziemlich sicher, dass das eben nicht so herauskommt, sondern dass es im Jahr 2040 immer noch deutlich mehr als die prognostizierten 5% gibt, und dann kommen eben Schadensersatzforderungen auf die IBL zu, unabhängig vom Wortlaut im Reglement. Und die IBL ist im Eigentum der Stadt. Deshalb appelliere ich nochmals an euch, gebt euch einen Ruck, verlängert die Frist um fünf Jahre und dann ist das Risiko minimiert. Danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Dann schliesse ich die Beratung zu Art. 1 und übergebe dem Gemeinderat das Wort.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ich komme halt wieder mit der Prognose. Wie gesagt liessen wir eine Studie erstellen. Die IBL wäre aus rein wirtschaftlichen Überlegungen am liebsten schon viel früher ausgestiegen, aber man entscheidet dann, dass es mindestens 15 Jahre sein müssen. Ich verstehe ja euren Antrag. Auf den ersten Blick ist einem dieser doch sympathisch. Aber das Problem ist halt einfach, dass wir eine Prognose haben, die man für wahr oder nicht wahr halten kann, die man in Zweifel ziehen kann oder auch nicht. Demgegenüber muss aber der Verwaltungsrat auf dieser Basis seine Entscheidungen treffen. Und jetzt wissen wir, dass zum Beispiel eine Verlängerung bis ins Jahr 2050 10 Mio. Franken, oder eben wie beantragt bis ins Jahr 2045 grob 5 Mio. Franken pro Jahr kostet. Davon gehen wir nun einmal aus.

Wenn wir nun diese 5 Mio. Franken brauchen, dann muss ja irgendjemand diese 5 Mio. Franken auch bezahlen. Dabei hat aber die Stadt und auch die IBL, wie auch sonst jedes Unternehmen keine Gelddruckma-



schine im Keller. Also müssen diese 5 Mio. Franken einfach von irgendwo herkommen. Das ist relativ einfach. Jetzt können wir die Geschäftsfelder der IBL durchgehen. Können wir diese 5 Mio. Franken mit Strom erwirtschaften? Nein, das können wir nicht. Strom ist hochreglementiert, darauf darf man kaum einen Gewinn machen und dort können wir das nicht reinholen. Gehen wir ein Geschäftsfeld weiter und schauen uns das Wasser an. Wasser ist noch mehr reglementiert, muss dabei einfach kostendeckend sein und damit darf man keinen Gewinn erwirtschaften. Also hilft uns auch das nicht weiter. Fahren wir mit dem Geschäftsfeld der Dienstleistungen weiter. Dies umfasst ein sehr, sehr kleines Geschäftsfeld bei der IBL und es ist somit unmöglich, diese 5 Mio. Franken damit zu erwirtschaften und hereinzuholen. Ein ganz junges Geschäftsfeld sind die Wärmeverbünde, die das aber auch nicht stemmen können, weil es die Wärmeverbünde so viel teurer machen würde, dass sich wohl die meisten unserer Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen nicht mehr einem der Wärmeverbünde anschliessen würden, wenn wir ihnen diese zusätzlichen 5 Mio. Franken auferlegen würden. Dann kommen wir mit dem Gas zum letzten Geschäftsfeld. Können damit zusätzliche 5 Mio. Franken generiert werden? Ja, theoretisch wohl schon. Bringt es etwas, wenn wir im Jahr 2040 schauen, wie wir irgendwie noch 5 Mio. Franken generieren? Nein, wahrscheinlich nicht, denn die Vorhersage, bei der es ebenso um eine Prognose geht, sagt, dass wir 2040 noch 12 Gigawattstunden Gas abgeben. Das sagt euch jetzt vielleicht nicht viel, aber das sind dann noch 10% von dem, was wir 2022 bei der IBL verkauften. 10 Prozent. Das heisst dann umgerechnet, dass dannzumal wohl nur noch rund 5% der Haushalte angeschlossen sind. Umgerechnet geht man davon aus, dass es dann wohl noch rund 130 Anschlüsse sind. Ich kann jetzt nicht sagen, dass dies die Anzahl der Haushalte umschreibt, denn ein Anschluss kann auch aus einem Mehrfamilienhaus mit mehreren Haushalten bestehen, sodass dies nicht fair wäre, wenn ich dies mit 130 Haushalte beschreiben würde, denn es könnten auch noch mehr sein. Aber diese 130 Anschlüsse können ja sicher nicht die 5 Mio. Franken nachzahlen. Deshalb muss sich dies der Verwaltungsrat entsprechend überlegen, falls dies der Stadtrat so entscheidet.

Wir wissen aber schon heute, dass wir mit Prognosen arbeiten müssen, und ich glaube nicht, dass wir eine viel bessere Prognose bekommen. Daneben müssen wir ja die IBL auch weiterhin wirtschaftlich betreiben können, zumal die Stadt da auch gewisse Erwartungen hat und es auch richtig ist, dass es bei der IBL finanziell aufgeht. Und dass es die Stadt bezahlt, das glaube ich persönlich nicht. Ich glaube nicht, dass wir hier wirklich einmal Subventionen im klassischen Sinn beschliessen. Also müssen die 5 Mio. Franken irgendwo reinkommen und das bedeutet, dass die IBL wohl möglichst schnell Rückstellungen bilden muss, um diese 5 Mio. Franken decken zu können. Das heisst, dass dieser Antrag auch bedeuten kann, dass der Gaspreis halt einfach um das hochgeht, weil wir irgendwie die 5 Mio. Franken reinholen müssen. Das möchte ich einfach auch in aller Transparenz sagen, weil die 5 Mio. Franken irgendwie reinkommen müssen. Das wird kosten, vielleicht ist es weniger, vielleicht ist es mehr, was ich heute auch nicht sagen kann. Aber wir müssen von etwas ausgehen, und dass es nicht die letzten Bezüger sein werden, die das bezahlen müssen, ist uns allen auch klar. Für diejenigen, die das nicht wissen, möchte ich gerne noch ergänzen, dass es in der Stadt Langenthal 10'000 Haushalte gibt. Ob es denn fair ist, wenn zuletzt 130 davon etwas subventioniert werden, wage ich auch zu bezweifeln. Es wurden ja auch noch die Härtefälle angesprochen. Natürlich wird es Härtefälle geben, und dabei wird sich die IBL mit den Betroffenen einigen müssen, ohne dass ich jetzt sagen kann, wie das dann aussehen könnte.

Ich erklärte bereits, was passiert, wenn man ein Quartier früher abhängt, was eben je nachdem wirtschaftlicher ist und man dann diesen Leuten etwas zahlt, um das entsprechende Quartier früher abhängen zu können etc. Es wird Härtefälle geben und es wird auch Lösungen für diese Härtefälle geben, aber dazu kann ich eben auch noch keine Prognosen machen. Pascal Dietrich sagte ja in etwa, dass man noch zuwarten und beispielsweise später aussteigen könnte. Das Problem dabei ist, dass wir bei der IBL mit Prognosen arbeiten müssen, sodass Rückstellungen sogleich gebildet werden müssten, ob wir dann nachher ein paar Jahre früher aussteigen oder nicht, sodass dies aus wirtschaftlicher Sicht kaum irgendetwas ändert. Und was man vielleicht auch noch sagen kann, ist, dass, falls sich in diesen 15 Jahren irgendetwas ändern würde – ich weiss es ja auch nicht was – und wir dieses Gasnetz wirklich noch weiterhin benötigen, das Netz mit den Leitungen so ja weiterhin besteht und etwas ist, das wir bei der IBL vielleicht als Leerrohre brauchen können. Vielleicht finden wir ja wirklich noch ein "Wundergas" für einen weiteren Einsatz, was ich aber nicht



glaube. Dann stehen wir ja immer noch hier und können es auch noch anpassen. Aber ich möchte euch wirklich nochmals sagen, dass es aus heutiger Sicht Sinn macht, wozu ich diejenigen, die sich dagegen wehren, daran erinnern muss, dass wir ein Energiegesetz haben. Auch wenn sich die geopolitische Lage ändert, so wurde das Energiegesetz vom Volk des Kantons Bern so beschlossen. Es gab eine Volksabstimmung, was man dann zuerst wieder ändern müsste. Es gibt faktisch ein Verbot von fossilen Heizungen. Ich nenne es extra "faktisch", weil das so nicht drinsteht, aber die Anforderungen so hoch sind, weil jeder bei einem Ersatz der Heizung wirtschaftlich denkt und sich nicht mehr für eine Gasheizung entscheidet. Dabei kann es geopolitisch noch so Verwerfungen in andere Richtung geben, aber ich glaube nicht, dass sich das ändern wird. Darum hält der Gemeinderat an seiner Haltung fest und lehnt diesen Antrag ab.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke für die Ausführungen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir führen eine Abstimmung über Art. 1, bei der wir dem Wortlaut, wie ihn der Gemeinderat vorschlägt, dem Wortlaut, wie ihn die SVP-Fraktion und Pascal Dietrich vorschlagen, gegenüberstellen. Ist das klar?

In einem ersten Schritt frage ich ab, wer dem Antrag des Gemeinderates folgen will, im zweiten Schritt frage ich, wer dem Antrag der SVP und von Pascal Dietrich folgen will. Und dann gibt es noch diejenigen, die sich enthalten. Ist es klar, über was wir abstimmen? Gut. Wer in dieser Frage zu Art. 1. dem Antrag des Gemeinderates folgen will, zeigt das jetzt mit der Stimmkarte. Danke. Wer in dieser Frage zu Art. 1 dem Antrag der SVP-Fraktion sowie von Pascal Dietrich folgen will, zeigt das jetzt mit der Stimmkarte an. Wer sich in dieser Abstimmung enthalten will, zeigt das jetzt an.

Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion und Patrick Dietrich (L49) zur Anpassung der Frist in Art. 1 ff

25 Ja für Antrag Gemeinderat

10 Ja für Antrag SVP/Dietrich: Antrag abgelehnt

0 Enthaltungen

Antrag SVP-Fraktion zu Traktandum Nr. 6

Die Frist ist vom 30. Juni 2040 auf den 30. Juni 2045 beziehungsweise vom 30. Juni 2045 auf den 30. Juni 2050 zu verlängern.

Dies betrifft folgende Artikel:

Art 1 Abs 1

Art 2 Abs 1b

Art 2 Abs 2

Art 8 Abs 2

Art 8 Abs 3

Art 8 Abs 5

Stadtrat Bern 2026, Version 1.0

Damit bleibt in Art. 1 der Wortlaut so, wie er vom Gemeinderat beantragt wurde und somit beschlossen ist. Wir setzen die artikelweise Beratung fort.

Art. 2

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): In Art. 2 Abs. 2 wird ja festgelegt, dass man die Kundinnen und Kunden der IBL, die am Hochdrucknetz angeschlossen sind, auch nach Juni 2040 mit Gas versorgen kann. Dabei geht es um das sogenannte Prozessgas. Und in Abs. 4 wird dann festgelegt, dass die Konzession nicht öffentlich ausgeschrieben wird. Für mich ist das nicht ganz kongruent, sondern von mir aus gesehen gibt es zwei Varianten. Die erste Variante wäre, dass die Konzession nicht ausgeschrieben wird, sodass die IBL weiterhin auf dem Hochdrucknetz mit dem Prozessgas das Monopol hat. Dann aber sollte es eigentlich nicht eine selber gewählte, freiwillige privatrechtliche Angelegenheit sein. Sondern wenn dem so ist, dann soll die IBL das weiterhin als öffentliche Aufgabe machen. In der zweiten Variante wäre es so, dass dies dem freien Markt überlassen wird und die IBL das machen kann oder auch nicht, und dabei dann auch die Preise selber festgesetzt werden. Aber dann sollte sie das nicht mehr als Monopolistin machen, sondern dann sollte die Konzession ausgeschrieben werden. Mir ist die erste Variante an sich lieber, sodass ich beantrage, dass man die Bestimmungen so ausformuliert, dass es weiterhin als öffentliche Aufgabe ausgestaltet ist; dies auch mit der Überlegung, dass davon ja primär Firmen betroffen sind und es nicht mehr irgendwie um Einfamilienhäuser geht. Da sind Firmen betroffen, die eben dieses Prozessgas brauchen. Diese Firmen



haben auch eine Planungssicherheit nötig. Ich bin der Meinung, dass wir es ihnen schuldig sind, dass sie entweder damit rechnen können oder eben nicht. Und wenn das Hochdrucknetz mit diesem Prozessgas weiterhin betrieben werden soll, dann soll man das so ausgestalten, dass die Firmen auch damit rechnen können und eine Sicherheit haben. Und dann soll man das als öffentliche Aufgabe ausgestalten.

Ich schlage jetzt vor, dass wir nun einmal über den Grundsatz in diesem Artikel abstimmen. Falls dieser Antrag von mir angenommen werden sollte, und obschon ich Optimist bin, ist das ja nicht wahnsinnig wahrscheinlich, dann würde ich anschliessend den Antrag für eine 2. Lesung stellen, damit man das sauber ausformulieren kann. Ansonsten wäre dies im Rahmen nur einer Sitzung gerade ein bisschen über das Knie gebrochen, weshalb ich ja ursprünglich auch plante und beantragte, die Beratung in zwei Lesungen durchzuführen. Falls der Antrag aber nicht durchkommen sollte, dann erübrigt es sich und dann muss man das ja nachher nicht machen. Also, wie gesagt, geht es mir darum, dass wir hier eigentlich eine Lösung haben, die in sich stimmig und die kongruent ist. Die hier jetzt vorliegende ist für mich widersprüchlich. Und es geht auch darum, dass die Firmen eine Planungssicherheit bekommen, dass sie dann wirklich auch noch nach 2040 mit Prozessgas beliefert werden. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Pascal, bleibst du bitte am Rednerpult. Du hattest ja zu Beginn einen Plan und jetzt müssen wir diesen Plan in der Realität umsetzen, sodass wir jetzt über etwas abstimmen müssen. Dabei muss mir einfach klar sein, ob Du nun eine Variante ausgearbeitet haben willst, indem wir dem Stadtrat eine Variantenabstimmung vorlegen. Oder willst du, dass in der neu vorgelegten Vorlage das drinsteht, was du jetzt vorgetragen hast?

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Die hier vorliegende Variante haben wir ja bereits, sodass man diese nicht mehr ausarbeiten muss. Sondern jetzt muss man einfach noch die andere Variante ausarbeiten.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ja, aber was willst du jetzt? Entweder beschliessen wir heute, dass das kommt, was du willst, wir aber noch nicht formulierten. Oder, wenn es darum geht, eine Variante auszuarbeiten, dann geht es darum, dass wir das nächste Mal in diesem Artikel zwischen A und B wählen können. Das möchtest Du?

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Genau, richtig. Und darum sage ich ja auch, dass dies dann nachher nur nötig ist, falls der Antrag durchkommt und man dann eine 2. Lesung macht, sonst ist es nicht nötig.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Hinsichtlich einer 2. Lesung ist zu beachten, dass wir eine neue Geschäftsordnung haben, die vorsieht, dass, wenn man dem Gemeinderat den Auftrag für eine Anpassung erteilt, dies zu einer Rückweisung führt, was am Ende des Tages auf das Gleiche herauskommt.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Dann betiteln wir es eben als Rückweisung, da habe ich keine abweichende Meinung.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Der Antrag von Pascal Dietrich lautet, dass der Stadtrat dem Gemeinderat eine Variantenerarbeitung in Auftrag gibt, der hier diesem Inhalt "Es ist eine Variante auszuarbeiten", unter Weglassen des Antrags auf eine 2. Lesung entspricht. Ist das richtig Pascal? Auch hier ist es matchentscheidend, damit allen klar ist, worüber wir abstimmen. Bei dieser Frage gibt es jetzt einfach ein Ja oder ein Nein oder eine Enthaltung. Ja, Fabian. Wir führen ja nachher noch die Debatte. Stellst Du jetzt einen Antrag? Ich bin wieder am Sortieren. Nein, jetzt geht es um das Sortieren der Anträge. Die erste Frage ist, ob dieser Antrag allen klar ist? Als Zweites frage ich, ob es weitere Anträge zu Art. 2 gibt?

Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Wir konnten den Antrag noch nicht besprechen. Ich würde deshalb um einen kurzen Sitzungsunterbruch von zwei, drei Minuten bitten.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gut, wenn jetzt noch jemand einen Antrag stellt und wir nachher wieder einen Sitzungsunterbruch haben, ist das nicht effizient. Darum erlaube mir noch die Frage, obwohl du das Recht hast, darüber abstimmen zu lassen, ob es noch weitere Anträge gibt, die Art. 2 betreffen? Das ist nicht der Fall. Dann beschliesse ich als Sitzungsleitung einen Sitzungsunterbruch, der bis 21.23 Uhr dauert. Dann fangen wir mit den Beratungen dieses Antrags an.



(Kurzer Sitzungsunterbruch)

Gestattet mir, dass ich meiner tiefen Freude Ausdruck verschaffe. Ich finde es toll, wenn wir Debatten führen, in denen während der Sitzung die Meinungen gebildet werden und wir dafür eben auch einen möglichen Sitzungsunterbruch benötigen. Wenn dafür ein Bedürfnis entsteht, dann machen wir von mir aus gesehen unsere Arbeit richtig. Darüber freue ich mich sehr, trotz nassem Rücken.

Gut, wir kommen zur Beratung des Antrags von Pascal Dietrich. Werden da Wortmeldungen gewünscht? Gibt es Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Es spricht Fanny Zürn (GL). Ich gehe davon aus, dass du als Einzelsprecherin redest.

Stadträtin Fanny Zürn (GL): Wieso handelt es sich hier nun um einen Rückweisungsantrag und nicht um die Möglichkeit für eine 2. Lesung?

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Weil wir in unserer neuen Geschäftsordnung einen neuen Art. 32a einführen, der besagt, dass "der Stadtrat ein Geschäft zur Verbesserung an das dafür zuständige Organ- im vorliegenden Fall ist das der Gemeinderat – zurückweisen kann. Beschliesst er Rückweisung, gibt er an, in welchem Sinne das Geschäft anzupassen ist." Hier geben wir einen klaren Auftrag, wie das Geschäft anzupassen ist. Mit einer 2. Lesung würden wir einfach sagen, dass wir für einen Entscheid noch nicht reif sind, da wir zuerst noch diese und jene Frage beantwortet haben wollen etc. Dabei würde das Gleiche passieren, indem das Geschäft dann irgendeinmal wieder in den Stadtrat kommen würde, nachdem es der Gemeinderat als für einen Entscheid als reif beurteilt. Aber inhaltlich entspricht es jetzt dem, was wir neu in Art. 32a hineinschrieben.

Stadträtin Fanny Zürn (GL): Gut, merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das gilt dann auch für weitere Anträge, wenn es um eine Rückweisung oder eine 2. Lesung geht, wofür dann diese Auslegung wahrscheinlich eine Rolle spielt. Gut, das war eine Frage. Ich frage jetzt aber nochmals, ob es Wortmeldungen von Stadträtinnen und Stadträten gibt? Wenn das nicht der Fall ist, so wird die Beratung mit Ausnahme der Stellungnahme des Gemeinderates geschlossen.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): In den Augen des Gemeinderates wie auch der externen Juristen, die wir beauftragten, klärten wir diese Frage. In der Synopse zu Art. 2 Abs. 4 oder auch im B&A sieht man, dass wir dies klären und wofür Art. 2 Abs. 7 vom Binnenmarktgesetz massgebend ist, dass abweichende Vorschriften vorbehalten sind und deshalb unsere externen Juristen eigentlich davon ausgehen, dass das so alles ordnungsgemäss und machbar ist, die Konzession eben nicht auszuschreiben. Vorher zu Beginn der Beratung wurde hier einmal gefordert, dass man beim Stadtrat einen Blankoscheck hätte abholen sollen, sodass die IBL oder der Gemeinderat von sich aus hätte entscheiden können, wann man aussteigt. Hier gibt es jetzt solch einen Artikel, dass wir das eben nicht machen müssen.

Und zu den Unternehmen ist zu sagen, dass dort noch viel schneller entschieden wird. Dabei wird höchstens auf fünf Jahre hinaus entschieden und dementsprechend wird ein Entscheid für einen Ausstieg auch viel schneller erfolgen. Und um die Unternehmen müsst ihr euch nicht sorgen, da die IBL wohl nicht gegen ihre grössten Kunden entscheiden wird, zumal Unternehmen meistens auch Stromkunden und so gross sind, dass es ihnen offensteht, den Strom auf dem offenen Markt zu beziehen, sodass man es sich mit solchen Unternehmen sicher nicht verderben will. Daneben werden die meisten Gewinne mit den Wärmeverbünden erzielt, sodass man es auch dort nicht mit ihnen verderben will. Deshalb braucht es in unseren Augen in diesem Reglement keine Schutzklausel, weil es nicht sein kann, dass wir die Unternehmen frühzeitig ausschmeissen und wir das sicherlich nicht machen. Vielmehr werden wir mit ihnen natürlich immer im Dialog bleiben, so wie wir es auch jetzt sind. Wir stehen immer im Dialog mit den Unternehmen; sei es mit einzelnen von ihnen, da der Strombezug jeweils jahrweise nachverhandelt wird, sei es via Wirtschaftsverband WVO¹, der uns auch immer wieder zu Rate zieht. Also dort sind wir sehr eng dabei, weil die Unternehmen

¹ WVO = Wirtschaftsverband Oberraargau



auch in Anspruch nehmen, dass sie auch bezüglich zukünftiger Energieträger von der IBL beraten werden. Darum ist der Antrag in meinen Augen nicht nötig, sondern der Antrag des Gemeinderates zu unterstützen, was ich hier noch vorschriftsgemäss sagen muss.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit kommen wir zur Abstimmung. Dabei lautet die Abstimmungsfrage wie folgt: Wer dem Antrag von Pascal Dietrich zustimmen will, bestätigt das mit der Stimmkarte, wer dagegen ist, stimmt in der zweiten Runde mit der Stimmkarte, und wer sich enthalten will, zeigt dies in der dritten Runde an. Wer dem Antrag von Pascal Dietrich die Stimme geben will, zeigt das mit der Stimmkarte. Wer den Antrag von Pascal Dietrich ablehnt, zeigt das mit der Stimmkarte. Wer sich in dieser Frage enthält, hält jetzt die Stimmkarte in die Höhe.

Abstimmung über den Antrag von Pascal Dietrich (L49) zur Ausarbeitung einer Variante

10 Ja für Antrag Dietrich

24 Nein gegen Antrag Dietrich: abgelehnt

1 Enthaltung

Antrag Pascal Dietrich (L49) zu Traktandum Nr. 6

3. Im Hinblick auf die zweite Lesung ist eine Variante auszuarbeiten, in der die Bestimmungen zur weiteren Versorgung von Unternehmungen mit Prozessgas über das Hochdrucknetz (weiterhin) als öffentliche Aufgabe ausgestaltet werden.

Stadtratsprotokoll 2026, Seite 10, 11, 12

Ich frage jetzt noch einmal, gibt es weitere Anträge zu Art. 2? Damit ist Art. 2 wie beantragt beschlossen.

Art. 3 bis Art. 12

Ohne Wortmeldung und beschlossen wie beantragt.

Somit wurden an diesem Änderungserlass keine Änderungen beschlossen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 25 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen:

1. Die Teilrevision des Reglements über die Versorgung der Stadt Langenthal mit Elektrizität, Gas, Wasser und Kommunikationssignalen durch die IB Langenthal AG vom 15. September 2014 (Änderung der Art. 1, 2, 3, 4, 8^{bis} [neu], 10 und 12) gemäss Änderungserlass im Entwurf vom 24. März 2026 wird genehmigt.

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



7. **Stadtverwaltung; Personelles; Erhöhung des Stellenetats (Überführung von Stellenprozenten von bestehenden privatrechtlichen Stundenlohnanstellungsverhältnissen ins öffentliche Anstellungsrecht); Genehmigung**

- **Motion Scheibli Nathalie (SP), Zaugg Franziska (FDP), Meier Andreas (GLP), Michael Schenk (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. April 2024: Gerechte Anstellungsbedingungen für alle Stadtangestellte (an der Stadtratsitzung vom 19. August 2024 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt); Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Somit gehen wir zu Traktandum Nr. 7 über. Ist das Eintreten bei diesem Traktandum bestritten? Das Eintreten ist unbestritten und wird damit stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir fangen mit der Beratung an und kommen damit zur Berichterstattung durch den Gemeinderat. Jetzt hat der Vizestadtpäsident Michael Schär (FDP) das Wort.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ja, heute habe ich ein Abo hier vorne zu stehen. Ich versuche es aber schnell zu machen. In der Stadtverwaltung existieren parallel öffentlich-rechtliche Anstellungen sowie privatrechtliche Stundenlohn-Anstellungsverhältnisse. Die privatrechtlichen Anstellungen weisen deutlich schlechtere Leistungsansprüche auf, zum Beispiel einen geringeren Kündigungsschutz, fehlende Teilnahme an Lohnentwicklungssystemen und so weiter. Dies führt zu einer als nicht mehr tragbar empfundenen Zweiklassengesellschaft. Die aktuelle Praxis der monatlichen Auszahlungen des Ferienlohns bei Stundenlohnanstellungen widerspricht zudem Art. 329d Abs. 2 OR, da dies eigentlich nur bei sehr unregelmässigen und kurzzeitigen Einsätzen zulässig ist. Mit der Motion "Gerechte Anstellungsbedingungen für alle Stadtangestellten" wurde verlangt, dass man die Stundenlohnangestellten so weit als möglich ins öffentliche Anstellungsrecht überträgt, das heisst eben auf Monatslohnbasis. Als Kriterium für diese Überführung gilt die Regelmässigkeit und die Dauer der Arbeitsverhältnisse. Von 110 geprüften privatrechtlichen Anstellungsverhältnissen mit Stand per 31. Dezember 2025 erfüllen 58 dieses Kriterium für eine Überführung. Der Stellenetat soll darum per 1. Januar 2027 um 2'100 Stellenprozente auf 16'250 Stellenprozente erhöht werden, damit man eben diese Überführungen machen kann. Diese Massnahmen führen zu keiner Ressourcenvermehrung, sondern lediglich zu einer Verschiebung von Personalressourcen zwischen den Anstellungskategorien. Es gibt keine Lohnerhöhungen oder massgebliche Mehrkosten. Vielmehr erhoffen wir uns im Gegenzug durch den Wegfall der komplexen Stundenlohnabrechnungen administrative Minderaufwendungen. Dieser wird den Mehraufwand für die Betreuung der öffentlich-rechtlichen Angestellten wieder ausgleichen. Gleichzeitig soll die Motion auch sogleich abgeschrieben werden.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Hält der Gemeinderat am beantragten Wortlaut fest oder nimmt er eine Korrektur vor? Ich frage deshalb, weil du vorher von 16'250 Stellenprozenten redetest.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Der Gemeinderat beschloss dazu nichts, aber die GPK stellte richtigermassen fest, dass wir uns bei der Titelbotschaft ein bisschen verrechneten. Wir wollen uns unseren Stellenetat natürlich nicht um 3'000 Stellen kürzen lassen, darum gelten die Stellenprozente, wie ich sie vorhin umschrieb.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Es geht somit um eine Berichtigung.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ich glaube, dass dies der Gemeinderat unterstützt. Wie gesagt, er beschloss dazu nichts, aber ich glaube, dass wir hier gleicher Meinung sind.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Also, wir stellen fest, dass das Total im Beschlussantrag unter römisch Ziff. I, arabisch 1. in der zweiten Zeile 16'250 Stellenprozente heissen muss. Gut, dann kommen wir zur Berichterstattung der GPK.



Stadtrat Michael Schenk (SVP): Werter Präsident, werte Anwesende, die GPK schaute sich das an und stellte zwei, drei Fragen, die auch beantwortet wurden. Dann stiess man eben auf diesen Rechnungsfehler. Jetzt ist mir allerdings nicht ganz klar, ob ich unseren Antrag noch stellen soll oder ob er sich erübrigt?

Antrag Geschäftsprüfungskommission zu Traktandum Nr. 7

Beschlussentwurf:

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 20. Mai 2026, beschliesst:
 1. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung (Stellenetat) wird per 1. Januar 2027 von 14'150 um 2'100 Stellenprozente erhöht und neu auf ~~16'250~~ 16'250 Stellenprozente festgelegt. Die 2'100 neuen Stellenprozente stehen ausschliesslich für die neuen öffentlich-rechtlichen Anstellungen der überführten bisherigen privatrechtlichen Stundenlohnstellen gemäss dem Bericht und Antrag vom 27. März 2026 zur Verfügung.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtsitzung 28. Juni 2026, Traktandum Nr. 7

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das hat sich in der Zwischenzeit erledigt.

Stadtrat Michael Schenk (SVP): Somit sahen alle diese Differenz, sodass die GPK diesem Geschäft zustimmen kann und dazu keinen Antrag stellt. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gut, so kommen wir zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Es spricht Nathalie Scheibli für die SP/GL-Fraktion.

Stadträtin Nathalie Scheibli (SP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat und vom Stadtrat, werte Gäste, Michael Schär sagte eigentlich alles, was es zu sagen gibt und was man lesen konnte. Ich sage einfach, "was lange währt, wird endlich gut". Ich könnte jetzt hier noch ganz viele Musterchen aus der Vergangenheit herunterbeten, aber ich verzichte darauf. Ich bedanke einfach, dass jetzt ab dem neuen Kalenderjahr endlich, endlich für ganz viele von unseren wichtigen Stundenlohnangestellten gerechte Anstellungsbedingungen gelten werden; sei es in den Schulen oder sei es in der Badi und an ganz vielen Orten, wo man zwar die Personen gar nicht so sieht, aber sehr wohl von ihrem Wirken profitiert. Ich bin froh und ich danke auch Dani Steiner, der in seinem Ruhestand das Geschäft jetzt wirklich noch vorantrieb. Es war ein langer Weg, aber jetzt habe ich doch Hoffnung, dass ich es noch als Schulleitung der Kindergärten erlebe, dass auch unser Reinigungspersonal endlich anständige Anstellungsbedingungen bekommt. Ich freue mich auch für die Hauswarte, die zum Teil auch hier hinten im Publikum sitzen, dass sie damit auch vom Erstellen monatlicher Stundenabrechnungen entlastet werden. Ich bitte euch diesem Geschäft zuzustimmen. Nach Rücksprache mit meiner Mit-Motionärin Franziska Zaugg-Streuli und den zwei Mit-Motionären Michael Schenk und Andreas Meier sind wir der Meinung, dass man diese Motion jetzt abschreiben kann. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Murielle Schärer (GLP) und anschliessend folgt Deborah Nyffenegger (FDP).

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Geschätzte Anwesende, auch wir sind froh, dass diese Zweiklassengesellschaft jetzt endlich beendet wird, zumal nämlich alle Mitarbeitenden genau gleich wichtig sind; egal, für was sie entsprechend tätig sind, und deshalb auch die gleichen Anstellungsbedingungen verdienen. Und wenn der Aufwand durch den Wegfall von Stundenabrechnungen sogar noch minimiert werden kann, dann ist das doch ein guter und positiver Nebeneffekt. Unsere Fraktion wird deshalb dem Antrag zustimmen.

Stadträtin Deborah Nyffenegger (FDP): Mit der vorliegenden Vorlage wird eine sinnvolle und nachvollziehbare Anpassung der Anstellungsbedingungen vorgenommen. Die Überführung der betroffenen Stundenlohnangestellten schafft klare und zeitgemässe Verhältnisse, stärkt die Gleichbehandlung und trägt zu fairen Arbeitsbedingungen bei. Die vorgeschlagene Lösung wurde gut begründet und ist auch organisatorisch wie finanziell vertretbar. Sie ist auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden und stärkt sogar die Stadt Langenthal als attraktive Arbeitgeberin. Aus diesen Gründen wird unsere Fraktion dem Beschluss unter Berichtigung der Zahlen einstimmig zustimmen.



Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun meldet sich noch Michael Schenk für die SVP-Fraktion zu Wort.

Stadtrat Michael Schenk (SVP): Ich glaube, ich kann fast nichts mehr Neues sagen, wurde doch bereits alles gesagt. Aber ich finde es auch eine schöne Wertschätzung gegenüber den Stundenlöhnern, dass sie jetzt auch offiziell bei der Stadt angestellt sind. Ich denke, das ist für sie auch so ein bisschen ein Motivationsfaktor. Somit schliesse ich mich den Vorrednern an und auch die SVP wird dem einstimmig zustimmen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Somit meldeten sich alle Fraktionen zu Wort. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort? Nein, auch nicht. In dem Fall kommen wir zur Abstimmung.

Gibt es jetzt noch Anpassungen des vom Gemeinderat richtig gestellten Antrags unter Ziffer I? Nein, gibt es nicht. Dann wenden wir wieder Art. 65 Abs. 2 an und erklären die Beschlussziffer I als angenommen. Gibt es zu Beschlussziffer II Gegenanträge zum Antrag des Gemeinderates? Das ist nicht der Fall. Dann stellen wir auch hier fest, dass dieser Antrag so, wie beantragt, angenommen wurde.

Antrag Geschäftsprüfungskommission zu Traktandum Nr. 7

Beschlussentwurf: **NEU**

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 20. Mai 2026, beschliesst:
 1. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung (Stellenetat) wird per 1. Januar 2027 von 14'150 um 2'100 Stellenprozente erhöht und neu auf 16'250 Stellenprozente festgelegt. Die 2'100 neuen Stellenprozente stehen ausschliesslich für die neuen öffentlich-rechtlichen Anstellungen der überführten bisherigen privatrechtlichen Stundenlohnstellen gemäss dem Bericht und Antrag vom 27. März 2026 zur Verfügung.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtsitzung 28. Juni 2026, Traktandum Nr. 7

III Beschluss:

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 20. Mai 2026, beschliesst:
 1. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung (Stellenetat) wird per 1. Januar 2027 von 14'150 um 2'100 Stellenprozente erhöht und neu auf 16'250 Stellenprozente festgelegt. Die 2'100 neuen Stellenprozente stehen ausschliesslich für die neuen öffentlich-rechtlichen Anstellungen der überführten bisherigen privatrechtlichen Stundenlohnstellen gemäss dem Bericht und Antrag vom 27. März 2026 zur Verfügung.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
- II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019, sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 20. Mai 2026, beschliesst:
 1. Die Motion Scheibli Nathalie (SP), Zaugg Franziska (FDP), Meier Andreas (GLP), Michael Schenk (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. April 2024: "Gerechte Anstellungsbedingungen für alle Stadtangestellten" (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 19. August 2024) wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



8. Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau (ToKJO); Erhöhung Jahresbeitrag und Anpassung an das kantonale Lohnsummenwachstum; Zustimmung; Zusätzlicher Beitrag für die Führung des Jugendtreffs; Zustimmung; Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind bei Traktandum Nr. 8. Hier geht es um die Zustimmung zur Erhöhung des Jahresbeitrags für den Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau (ToKJO), um die Zustimmung zur Anpassung an das kantonale Lohnsummenwachstum sowie um die Zustimmung für einen zusätzlichen Beitrag für die Führung des Jugendtreffs inklusive Kreditbewilligung. Wird bei diesem Geschäft das Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein und so gehen wir zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun hat Gemeinderätin Stefanie Barben-Kohler, Ressortvorsteherin Bildung und Jugend, das Wort.

Gemeinderätin Stefanie Barben-Kohler (FDP): Sehr geehrter Stadtratspräsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, werte Gäste, mit dem vorliegenden Geschäft beantragt der Gemeinderat die Genehmigung der neuen Leistungsvereinbarung mit dem Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau (ToKJO) für die Jahre 2027 bis 2030 sowie die Genehmigung der entsprechenden Anschlussverträge mit den beteiligten Gemeinden. Die offene Kinder- und Jugendarbeit erfüllt eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Sie bietet Kindern und Jugendlichen niederschwellige Freizeitberatungs- und Unterstützungsangebote und leistet damit einen wertvollen Beitrag zur sozialen Integration, zur Prävention und zur Förderung der Selbstständigkeit von jungen Menschen. In der neu abgeschlossenen Leistungsvereinbarung wurden nur wenige Anpassungen vorgenommen und der Leistungsumfang bleibt sich gleich.

Der Beitrag pro Kind liegt weiterhin bei Fr. 33.15, wobei der Wert mit den jährlichen Anpassungen an das kantonale Lohnsummenwachstum von 1% indexiert wird. Dieser Betrag wurde 2023 festgelegt, sodass der Ausgangswert per 2027, wenn die vorliegende Leistungsvereinbarung in Kraft tritt, bei Fr. 34.50 pro Kind zu liegen kommt. Aufgrund der gestiegenen Herausforderungen in den Jugendtreffs mit 30 oder mehr Besuchenden sollen diese in Zukunft immer von Zweifachpersonen begleitet werden. Für die Betreuung der Jugendlichen in den Treffs werden darum neu in Langenthal Fr. 4.00 anstatt Fr. 2.00 pro Kind berechnet. Für Langenthal bedeutet das mit der derzeit bekannten Anzahl Jugendlicher in unserer Stadt, dass der jährliche Gemeindebeitrag im 2027 mit rund Fr. 118'000.00 berechnet wird. Mit den in der Leistungsvereinbarung festgelegten rechnerischen Anpassungen betreffend Lohnsummenwachstum wird der Anteil der Stadt Langenthal bis 2030 auf rund Fr. 121'000.00 ansteigen; gleichzeitig übernimmt der Kanton weiterhin 80% der anrechenbaren Kosten.

Die Leistungsvereinbarung wurde zusammen mit den Anschlussgemeinden und TOKJO erarbeitet. Der Vorstand von TOKJO sowie die beteiligten Gemeinden unterstützen die vorliegende Lösung. Ohne Zustimmung von allen Beteiligten wäre eine regionale Zusammenarbeit in dieser Form nicht mehr möglich. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die offene Kinder- und Jugendarbeit auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag für das Zusammenleben und für die Entwicklung von unseren jungen Menschen leisten wird. Der Gemeinderat beantragt euch darum, der Leistungsvereinbarung 2027 bis 2030, den Anschlussverträgen sowie dem erforderlichen Verpflichtungskredit zuzustimmen. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Die GPK, soweit mir bekannt ist, nimmt keine Berichterstattung vor. Gibt es Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Für die SVP-Fraktion spricht Gabriela Lingg-Zaugg.

Stadträtin Gabriela Lingg-Zaugg (SVP): ToKJO ist bereits seit Jahren eine bewährte Organisation in Langenthal, die in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sehr tolle Arbeit leistet. Sie verfolgen immer das Ziel, Jugendlichen und jungen Erwachsenen so in Entwicklungs- und Heranwachsensbedingungen möglichst gute



Unterstützung zu bieten und sind immer ein guter Gesprächspartner, der ihnen zur Seite steht. Die Leistungsangebote und die Tarife sind nur mässig zu beeinflussen, sie sind auch kantonal vorgegeben und total nachvollziehbar im Beschlussentwurf dargelegt. Was uns in der Fraktion einfach nachdenklich stimmt und auch ein bisschen betroffen macht, ist einfach die Tatsache, dass es mittlerweile doppelt so viele Betreuungspersonen braucht in einem solchen Jugendtreff, da die in Art. 13 genannte zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Infrastruktur und Personen sowie Überschreitungen von Grenzen offenbar ein grosses Thema ist. Dies macht uns – einfach so als Anmerkung – ein bisschen nachdenklich. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an ToKJO für ihre tägliche Arbeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Für die FDP/jll/L49-Fraktion spricht Javier Marquez (jll).

Stadtrat Javier Marquez (jll): Geschätzte Gemeinderätin, geschätzte Gemeinderäte, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, wir von der FDP/jll/L49-Fraktion werden dieser Erhöhung des Jahresbeitrags und der Anpassung an das kantonale Lohnsummenwachstum einstimmig zustimmen. Es ist positiv zu werten, dass am bestehenden Vertrag kaum Änderungen vorgenommen werden mussten. An dieser Stelle möchten auch wir ToKJO Merci sagen für ihre tolle Arbeit, die sie leisten. Deshalb, liebe Stadträtinnen und Stadträte, würden wir uns freuen, wenn ihr diesem Geschäft auch zustimmen könnt.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun hat Carmen Cescato für die SP/GL-Fraktion das Wort.

Stadträtin Carmen Cescato (parteilos): Auch wir redeten in der Fraktion über dieses Geschäft und auch wir werden dem Verpflichtungskredit über Fr. 118'000.00 zustimmen. Für uns ist auch die Erhöhung auf einen Betrag von Fr. 4.00 nachvollziehbar. Wer selber Kinder hat, weiss, was zum Teil in Langenthal abgeht. Ich finde es gut, wenn die Jugendtreffs professionell betreut werden und sie auch die Möglichkeit haben, noch Hilfspersonal beizuziehen. Uns fehlte in der Beilage vom ABiKuS¹ noch ein bisschen eine ausführlichere Beschreibung zum Vorgehen betreffend Gewaltprävention. Für uns wäre das ein wichtiger Punkt, dass man dies anhand von Beispielen besser dokumentiert. Wir bedanken uns bei Schokito² aus früherer Zeit und jetzt bei ToKJO und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun spricht Janina Müller-Heiniger für die GLP/EVP-Fraktion.

Stadträtin Janina Müller-Heiniger (EVP): Auch wir danken ToKJO für die geleistete Arbeit und anerkennen, dass diese sehr wichtig ist. Die Gründe für die Anpassung der Beiträge finden wir nachvollziehbar und die Erhöhung der Beiträge ist aus unserer Sicht gerechtfertigt. Wir werden dem Geschäft zustimmen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Damit hörten wir alle Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Gibt es Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Das scheint nicht gewünscht zu sein. Damit erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wünscht die Gemeinderätin nochmals das Wort? Nein, auch nicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Dabei können wir Art. 65 Abs. 2 nicht anwenden, weil der Beschluss dem fakultativen Referendum unterliegt. Wir stimmen ab. Wer dem Beschlussentwurf des Gemeinderates, Ziffer 1 bis Ziffer 5 zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Danke. Wer dies ablehnt, zeigt es jetzt mit der Karte. Gibt es Enthaltungen?

¹ ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport

² Schokito = Schulsozialarbeits-Modell der beiden Kooperationspartner Schoio AG und ToKJO



III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Dem Jahresbeitrag von Fr. 34.50 pro Kind und Jugendlichen an den Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberraargau (ToKJO) ab dem Jahr 2027 wird zugestimmt. Der Betrag wird weiterhin jährlich dem kantonalen Lohnsummenwachstum angepasst.
2. Dem zusätzlichen Jahresbeitrag für die Führung des Jugendtreffs von Fr. 4.00 pro Kind und Jugendlichen an den Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberraargau (ToKJO) ab dem Jahr 2027 wird zugestimmt.
3. Der erforderliche Verpflichtungskredit für eine wiederkehrende Ausgabe in den Jahren 2027-2030 in der Höhe von Fr. 118'000.00 ab dem Jahr 2027 wird zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto 6080.3636.32 "Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit ToKJO" bewilligt.
4. Im Budget der Erfolgsrechnung 2027 sind Fr. 118'000.00 einzustellen. In den Folgejahren ist der aufgrund der aktuellen Zahlen berechnete Betrag im Budget der Erfolgsrechnung einzustellen.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



9. Motion der SP-GL-Fraktion vom 25. März 2024: Politische Kommunikation verbessern!: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind bei Traktandum Nr. 9 mit der Berichterstattung und dem Antrag auf Abschreibung betreffend die Motion der SP/GL-Fraktion "Politische Kommunikation verbessern!" vom 25. März 2024. Das Eintreten ist zwingend und wir fahren mit der Beratung fort.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Am Rednerpult steht bereits Vizestadtpräsident Michael Schär (FDP).

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Gut, hier geht es um mein letztes Geschäft heute Abend. Ich danke Stefanie Barben für die Pause, die ich haben durfte. Wir beschäftigen uns nun mit der Motion "Politische Kommunikation verbessern".

Ich habe euch hier eine kleine Präsentation, die das Geschäft noch einmal kurz zusammenfasst. Das wäre die Agenda dazu, aber ich fahre sogleich weiter.

Agenda

- Ausgangslage
- Vorgehen und Methodik
- Ergebnisse der Bedarfsklärung
- Vorschlag Massnahmen
- Personelle und finanzielle Auswirkungen
- Fazit und Ausblick
- Antrag an den Stadtrat



Motion "Politische Kommunikation verbessern!"

2

Wir erhielten am 25. März 2024 von der SP/GL-Fraktion diese Motion zur Verbesserung der politischen Kommunikation, so wie sie allen bekannt ist und auch überwiesen wurde.

Ausgangslage

Anlässlich der Stadtratssitzung vom 25. März 2024 wurde die Motion der SP/GL-Fraktion "Politische Kommunikation verbessern!" mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, ...

- ein regelmässig physisch erscheinendes, städtisches Kommunikationsorgan analog anderer Stadtmagazine (Burgdorf, Zug, etc.) mit der Bevölkerung aufzubauen und einzuführen, a) sei es als Anhang an ein bestehendes Organ (Anzeiger, Wurzel, etc.) oder als eigene Publikation. b) Der Stadtrat, der Gemeinderat, die Stadtverwaltung soll darin über eigene Themen und Projekte berichten können.
- nebst "LinkedIn" weitere offizielle Kommunikationskanäle der "Stadt Langenthal" auf den Social Media zu bespielen.

Motion "Politische Kommunikation verbessern!"

3

Ausgangslage

Begründung:

Die Stadt hat kein Kommunikationsorgan mit der Bevölkerung. "Web first" als Grundsatz scheint modern und nett, erreicht die (Stimm-)Bevölkerung aber (noch) nicht. Die Botschaften des Stadtrates werden nicht oder nur sehr schlecht gelesen. Daher scheint es begründet, sich in der politischen Kommunikation verstärkt zu engagieren. Es reicht (heute) nicht mehr, die Kommunikation den Stadtratsmitgliedern, Fraktionen oder den Ortsparteien zu überlassen. Der Gemeinderat und mit ihm sämtliche Behörden müssen sich stärker vernehmlassen können."

An der Stadtratssitzung vom 24. Juni 2024 wurde die Motion "Politische Kommunikation verbessern!" als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt.

Motion "Politische Kommunikation verbessern!"

4



Was passierte seither und was machten wir seit der Überweisung anlässlich der Stadtratssitzung vom 25. Juni?

Wir nahmen dies direkt in die neue Legislatur auf und integrierten es auch in die Richtlinien der Regierungstätigkeiten hinsichtlich des strategischen Leitsatzes: "Die Stadt ist ein verlässlicher Dienstleister, nutzt die Chance der Digitalisierung, fördert den Dialog und positioniert sich als attraktive Arbeitgeberin". Dort gibt es eine Massnahme, wonach "die Stadt bis am 31. Dezember 2026 neue Kommunikationskanäle für den Dialog mit ihren Zielgruppen etabliert". Das hätten wir, wenn ihr heute zustimmt, damit auch erledigt.

Zum Vorgehen ist vielleicht zu sagen, dass der Gemeinderat beschloss, die Thematik der Behördenkommunikation ganzheitlich zu bearbeiten, damit gewährleistet ist, dass die Umsetzung den rechtlichen Vorgaben des Kantons entspricht und so die Umsetzung der in den Regierungsrichtlinien definierten Massnahmen angegangen werden kann, um so einen Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele aus den Regierungsrichtlinien beizusteuern.

Konkret teilten wir den Auftrag im Gemeinderat in folgende drei Teilabschnitte: Wir machten eine Bedarfsabklärung mit einer geschlossenen Mitwirkung, bei der ihr als Mitglieder des Stadtrats, der Gemeinderat und die Verwaltungsleitung teilnehmen konnten und man nachher einen Umsetzungsvorschlag mit Massnahmen zur Verbesserung erarbeitete. Und nun komme ich eben mit der Bereitstellung für das Ganze zu euch und vielleicht auch gerade zu den Ergebnissen der Bedarfsabklärung, die wir im November 2025 machten.

Ausgangslage

Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025-2028

Strategischer Leitsatz:

"Die Stadt ist eine verlässliche Dienstleiterin, nutzt die Chancen der Digitalisierung, fördert den Dialog und positioniert sich als attraktive Arbeitgeberin."

Massnahme:

"Die Stadt etabliert bis 31. Dezember 2026 neue Kommunikationskanäle für den Dialog mit ihren Zielgruppen."

Motion "Politische Kommunikation verbessern"



5

Vorgehen & Methodik

Der Gemeinderat beschloss, die **Thematik der Behördenkommunikation ganzheitlich** zu bearbeiten:

- Gewährleistung, dass die Umsetzung den kantonalen rechtlichen Vorgaben entspricht
- Umsetzung der in den Regierungsrichtlinien definierte Massnahme
- Beitrag zur Erreichung des strategischen Ziels der Regierungsrichtlinien



Motion "Politische Kommunikation verbessern"

6

Vorgehen & Methodik

Konkret wurden gemäss Auftrag des Gemeinderats die folgenden drei Teilschritte gestartet:

1. **Bedarfsklärung:** Durchführung einer geschlossenen Mitwirkung bei den Mitgliedern des Stadtrats, des Gemeinderats und der Verwaltungsleitung
2. **Umsetzungsvorschlag:** Erarbeitung eines Umsetzungsvorschlags mit Massnahmen zur Verbesserung der politischen Kommunikation
3. **Bereitstellung** der rechtlichen, strategischen und operativen Grundlagen und operative Umsetzung der Massnahmen



Motion "Politische Kommunikation verbessern"

7



Es nahmen 55% der eingeladenen Personen an dieser geschlossenen E-Mitwirkung teil und gaben ihre Meinung ab. Dabei empfinden 80% der Teilnehmer die Informationen als schlecht bis verbesserungswürdig und es herrscht mehrheitlich Konsens, über welche Themen die Bevölkerung zu informieren ist, sodass sowohl die Stadt, als auch der Gemeinderat zukünftig vermehrt über die Beschlüsse informieren sollen. Dabei soll der Gemeinderat vor kommunalen Abstimmungen aktiver kommunizieren, die Stadt ihre Social-Media-Präsenz ausbauen und entsprechende Informationen im Anzeiger und im E-Mail publizieren. Die Mehrheit der Teilnehmer ist bereit, zusätzliche Ressourcen für Kommunikationsmassnahmen zu genehmigen.

Aufgrund der Mitwirkung arbeiteten wir daraufhin folgende Massnahmen aus, indem wir die Publikation der Gemeinderatsbeschlüsse angehen wollen, sodass diese nach den Gemeinderatssitzungen zeitnah auf der Webseite aufgeschaltet werden. Von dieser Publikation ausgenommen sind vertrauliche Beschlüsse. Wir wollen die Präsenz auf den sozialen Medien erhöhen und wir wollen im Stadtmagazin MYLA und im Anzeiger mehr Informationen publizieren. Die externe Kommunikation soll auch in einfacher Sprache ausgearbeitet werden, was nicht mit leichter Sprache zu verwechseln ist.

Wir wollen die aktive Kommunikation vor kommunalen Abstimmungen verbessern, sodass der Gemeinderat künftig vor einer kommunalen Abstimmung aktiver kommuniziert. Nebst der Botschaft an die Stimmberechtigten und dem Erlass, für den der Stadtrat zuständig ist, ist vorgesehen, dass der Gemeinderat die folgenden Kommunikationsmassnahmen umsetzt: Bei allen kommunalen Abstimmungen soll es Mediencafés, Medienmitteilungen sowie Publikationen im Anzeiger und im MYLA geben.

Die Bespielung der übrigen bestehenden Kommunikationskanäle, also auch Social Media, gehört dort natürlich auch dazu. Optional könnte man auch Videobotschaften erstellen oder eben öffentliche Infoveranstaltungen durchführen. Das hängt natürlich auch immer davon ab, was wir gerade zur Volksabstimmung bringen und es gibt ja auch gewisse Volksabstimmungen, bei denen wir das, wie beispielsweise beim Budget, mit einem Medien-Café bereits so machen.

Ergebnisse Bedarfsklärung

Im November 2025 wurde eine **geschlossene Mitwirkung** beim SR, GR und bei der VL durchgeführt.

- 55 Prozent der eingeladenen Personen haben an der geschlossenen E-Mitwirkung teilgenommen.
- 80 Prozent der TN empfinden die Information als schlecht bis verbesserungsfähig.
- Es herrscht mehrheitlich Konsens, über welche Themen die Bevölkerung informiert sein sollte.
- Sowohl Stadt- als auch Gemeinderat sollen zukünftig vermehrt über ihre Beschlüsse informieren.
- Der Gemeinderat soll vor kommunalen Abstimmungen aktiver kommunizieren.
- Die Stadt soll ihre Social-Media Präsenz ausbauen.
- Die Stadt soll im Anzeiger Oberaargau und MYLA publizieren.
- Die Mehrheit der TN ist bereit, zusätzliche Ressourcen für Kommunikationsmassnahmen zu genehmigen.

Motion "Politische Kommunikation verbessern"

8

Massnahmen (1/2)

Gestützt auf die Ergebnisse aus dieser Bedarfsklärung werden fünf Massnahmen zur Verbesserung der politischen Kommunikation vorgeschlagen:

- **Publikation Gemeinderatsbeschlüsse:** Der Gemeinderat publiziert zeitnah nach jeder Gemeinderatsitzung seine Beschlüsse auf der Webseite langenthal.ch. Von dieser Publikation ausgenommen sind vertrauliche Beschlüsse.
- **Erhöhung Social-Media Präsenz:** Die Stadt erhöht ihre Social Media Präsenz und ist künftig auf LinkedIn, Facebook und Instagram präsent.
- **Publikation MYLA und Anzeiger Oberaargau:** Die Stadt publiziert regelmässig in MYLA und im nicht amtlichen Teil des Anzeigers Oberaargau.
- **Externe Kommunikation in Einfacher Sprache:** Die Stadt kommuniziert in Einfacher Sprache (nicht zu verwechseln mit Leichter Sprache).

Motion "Politische Kommunikation verbessern"

9

Massnahmen (2/2)

- **Aktivere Kommunikation vor kommunalen Abstimmungen:** Der Gemeinderat kommuniziert künftig vor kommunalen Abstimmungen aktiver. Nebst der Botschaft an die Stimmberechtigten – für deren Erlass der Stadtrat zuständig ist – ist vorgesehen, dass der Gemeinderat die folgenden Kommunikationsmassnahmen umsetzt:

Bei allen kommunalen Abstimmungen:

Mediencafé, Medienmitteilung, Publikation in Anzeiger und MYLA, Bespielung der übrigen bestehenden Kommunikationskanäle der Stadt

Optional bei kommunalen Abstimmungen:

Videobotschaft, öffentliche Informationsveranstaltung(en)



Motion "Politische Kommunikation verbessern"

10



Die Umsetzung dieser fünf Massnahmen löst voraussichtlich einen einmaligen Personalaufwand von 120 Arbeitsstunden sowie einen jährlich wiederkehrenden Personalaufwand von 630 Arbeitsstunden aus. Dieser Aufwand soll mit den bestehenden Ressourcen in der Stadtverwaltung bewältigt werden können, was uns auch das Amt so beantragte und zusicherte. Wie aus den Unterlagen ersichtlich, beantragten uns die zentralen Dienste, einen Verpflichtungskredit von Fr. 48'000.00, der ab dem Budget 2027 notwendig wäre und somit in der Kompetenz des Stadtrats liegt.

Der Gemeinderat änderte dies dann aber und beschloss folgende Änderung, indem die aktive Kommunikation vor kommunalen Abstimmungen als Massnahme zu belassen ist und eine aktivere Kommunikation vor Abstimmungen im Rahmen des jeweiligen Projektbudgets zu beantragen ist. Dazu möchte ich kurz ausholen, weil dies dann nachher noch zu Diskussionen führen könnte. Die Idee dahinter stammt quasi ein bisschen aus dem Stadtbauamt, weil wir das dort bereits so handhaben. Wenn wir dort an der

Bearbeitung von grösseren Projekten wie zum Beispiel Verkehrslösungen sind, dann holen wir jeweils bei Vorprojektkrediten etc. auch einen Kredit für die Kommunikation ab, was dann eine kommunikative Unterstützung bis zu einer Begleitung durch Kommunikationsbüros beinhalten kann.

Wir fanden es einfach falsch, wenn wir als Gemeinderat oder als Stadtrat jetzt einen fixen Betrag ins Budget einstellen, da wir erstens nicht wissen, wie viele kommunale Abstimmungen wir jährlich haben, und zweitens auch nicht, wie viel Geld die einzelne Abstimmung brauchen wird und so weiter. Darum sagten wir uns, dass wir am besten gar nichts vorsehen, zumal wir eh den Grundsatz haben, dass wir nur Sachen machen, die klar sind und man diese erst umsetzt und Geld dafür ausgibt, wenn ein Entscheid dazu vorliegt. Dies führt dann eben auch zu einer höheren Budgetgenauigkeit. Wir hörten ja heute anlässlich der Beratung der Jahresrechnung zu Recht auch wieder, dass wir meistens besser abschliessen als budgetiert. Und das hat eigentlich damit zu tun, dass die Budgetposten nicht ausgereizt werden. Und deshalb beschloss der Gemeinderat eben, dass bei Abstimmungen nicht weniger kommuniziert werden soll, sondern dass das dafür notwendige Geld erst beim jeweiligen Geschäft beantragt werden soll, zumal es auch Geschäfte gibt, die vielleicht keinen solchen Projektkredit brauchen.

Im B&A ist ja die Kommunikation immer auch ein Thema, sodass man es dort abhandelt und sagt, wie man dabei entsprechend kommunizieren will, was man wo publizieren will und so weiter. Und dann muss halt dabei noch ein Antrag gestellt werden, dass man Geld braucht und dafür das Geld auch abholt. Und das darf bei solchen Sachen, so glaube ich, auch einmal ein Nachkredit sein. Wir reden hier nicht von riesigen Beträgen, denn, wenn wir weiss nicht was machen würden, dann würden wir auch irgendwann wieder mit dem Gesetz in Konflikt geraten, zumal man sich als Regierung bei Volksabstimmungen mit einer gewissen Zurückhaltung äussern sollte, und wenn, dann ganz sicher neutral. Das führte dann eben dazu, dass sich der Gemeinderat mehrheitlich dafür aussprach, den Verpflichtungskredit auf Fr. 22'000.00 zu kürzen. Das

Personelle und finanzielle Auswirkungen

Die Umsetzung dieser fünf Massnahmen löst voraussichtlich

- einen **einmaligen Personalaufwand** von **120 Arbeitsstunden** aus.
- einen **jährlich wiederkehrenden Personalaufwand** von **630 Arbeitsstunden** aus.

Dieser Aufwand soll mit den bestehenden Ressourcen der Stadtverwaltung bewältigt werden.

Antrag zentrale Dienste:

Zur Finanzierung der wiederkehrenden Kosten ist die

Genehmigung eines **Verpflichtungskredit** in der Höhe von **Fr. 48'000.00**

ab dem Budget der Erfolgsrechnung 2027 notwendig. → **Kompetenz Stadtrat**



Motiv: "Politische Kommunikation verbessern"

11

Anpassungen des Gemeinderats

Der Gemeinderat beschloss folgende **Änderungen**:

- Die aktivere Kommunikation vor kommunalen Abstimmungen ist als Massnahme zu belassen.
- Die aktivere Kommunikation vor Abstimmungen ist im Rahmen des jeweiligen Projektbudgets zu beantragen.

Zur Finanzierung der wiederkehrenden Kosten hat der Gemeinderat einen **Verpflichtungskredit** in der Höhe von **Fr. 22'000.00** ab dem Budget der Erfolgsrechnung 2027 genehmigt.

→ **Kompetenz Gemeinderat**



Motiv: "Politische Kommunikation verbessern"

12



führt aber zur Unschönheit, dass er jetzt in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, wenn wir heute über die Abschreibung der Motion reden, und nicht über die einzelnen Massnahmen oder eben über das Geld.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Motion "Die politische Kommunikation verbessern" ein regelmässig erscheinendes städtisches Kommunikationsorgan sowie eine Verstärkung der Präsenz auf den Social-Media-Kanälen forderte. Mit den erläuterten Massnahmen werden in unseren Augen beide Forderungen der Motion erfüllt und mit den erläuterten Massnahmen wird zur Umsetzung der Regierungsrichtlinien 2025 - 2028 beigetragen.

Fazit

Die Motion "Politische Kommunikation verbessern!" fordert:

- ein regelmässig erscheinendes, städtisches Kommunikationsorgan
- eine Verstärkung der Präsenz in den Sozialen Medien



Mit den erläuterten Massnahmen werden beide Forderungen der Motion erfüllt.
Mit den erläuterten Massnahmen wird zur Umsetzung der RR 2025–2028 beigetragen.

Motion "Politische Kommunikation verbessern!"

stadtlangenthal

Und das hier wäre noch einmal der Antrag, den ihr auch in den Akten findet. Merci vielmals.

Antrag an den Stadtrat (Beschlussentwurf):

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrats vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 20. Mai 2026, beschliesst:

1. Die Motion der SP/GL-Fraktion vom 25. März 2024: "Politische Kommunikation verbessern!" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrats abgeschrieben.
2. Das Sekretariat des Stadtrats wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Motion "Politische Kommunikation verbessern!"

12

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Vizestadtpäsident Michael Schär. Eine Berichterstattung der GPK ist keine angemeldet. Das Wort hat somit der Sprecher und die Sprecherin der Motion. Diese melden sich aber nicht zu Wort. Gut, dann sind wir bei den Fraktionssprechern. Das Wort hat Dan Weber von der SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Dan Weber (SP): Lieber Herr Stadtratspräsident, lieber Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher, ihr bekamt mit, dass wir euch im Vorfeld unser detailliertes Begründungsdokument zu unserem Rückweisungsantrag zukommen liessen, damit ihr euch ein umfassendes Bild unserer Überlegungen machen konntet. Informationen sind das Lebenselixier unserer Demokratie. Wenn wir heute über die Weiterentwicklung unserer politischen Kommunikation entscheiden, legen wir fest, wie wir den Dialog mit den Menschen in Langenthal pflegen wollen und wie wir sicherstellen, dass niemand von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen wird.

Wir möchten dem Gemeinderat, und besonders auch den Fachpersonen der Verwaltung, für die fundierte Ausarbeitung dieses Konzeptes herzlich danken. Die Mitarbeitenden zeigten mit grosser Fachkompetenz auf, dass es pro Jahr rund ca. 630 Arbeitsstunden und ein stetiges Budget von Fr. 48'000.00 brauchen würde, um unsere Stadt kommunikativ zeitgemäss aufzustellen. Weil wir die fundierte Fachplanung ernst nehmen, befassten wir uns auch mit der finanziellen Struktur dieser Vorlage. Wir wissen, dass der Gemeinderat formal einen Beitrag von Fr. 26'000.00 im stetigen Budget strich, die für eine aktivere Kommunikation vor Abstimmungen, also beispielsweise für Videobotschaften oder Informationsanlässe, vorgesehen waren. Übrigbleiben Fr. 22'000.00, über die wir sicherlich sehr froh sind, dass sie in diesem stetigen Budget ste-



hen, weil sie für die städtischen Printmedien vorgesehen sind. Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber es geht nicht nur darum, Kosten zu streichen. Wir müssen uns grundsätzlich fragen, ob der verbleibende Aufwand wirklich noch im Verhältnis zum Nutzen steht? Genau hier setzen unsere Überlegungen an, weshalb wir eine Überarbeitung als sehr wichtig erachten. Arbeitsstunden ohne Produktionsbudget können zum Stillstand führen.

Wir begrüßen das Vorhaben, dass die sozialen Netzwerke oder auch die Vorgabe für eine einfache Sprache nominell im Massnahmenkatalog verblieben sind. Wir nahmen auch zur Kenntnis, dass die jährlich 130 Arbeitsstunden für die beiden Massnahmen weiterhin vorgesehen blieben. Wir alle wissen aus unserem eigenen Berufsalltag, dass auch die fähigsten Mitarbeitenden keine Resultate liefern können, wenn man ihnen nicht das nötige Werkzeug als Hilfsmittel zur Verfügung stellt. Ohne die Mittel beispielsweise für die Produktion von Beiträgen, die gerade durch den gestrichenen Beitrag von Fr. 26'000.00 hätten abgedeckt werden können, bleiben die Arbeitsstunden eventuell eine Art leere Hülle. Zwar bietet das Modell der situativen Beantragung eine gewisse Flexibilität, demgegenüber sind wir aber überzeugt, dass professionelle Kommunikation und echte Inklusion keine punktuellen Projekte sind, sondern kontinuierliche Daueraufgaben darstellen. Sie brauchen ein verlässliches finanzielles Fundament, sodass unsere Fachämter vorausschauend planen können, statt bei jedem Vorhaben wieder vor neue administrative Unsicherheiten gestellt zu werden. Wir plädieren deshalb für Vertrauen in die Verwaltung, statt bürokratischer Hürden.

Das vorgeschlagene Modell sieht vor, dass Mittel für die aktive Kommunikation in Zukunft von Fall zu Fall beantragt werden müssen. Wir befürchten, dass dieser zusätzliche administrative Aufwand eine gewisse Handlungsfähigkeit unserer Verwaltung unnötig einschränkt. Wir wollen unsere Fachpersonen stärken, sodass sie vorausschauend informieren und handeln können, statt sie in die Rolle von eventuellen Bitt-, beziehungsweise Antragstellenden zu drängen, die für jedes Vorhaben wieder neu um eine Bewilligung ersuchen müssen. Vertrauen in die Kompetenz unserer Fachämter ist aus unserer Sicht effizienter als zusätzliche bürokratische Hürden.

Wir haben Respekt vor dem klaren Votum der Mitwirkung. Die Mitwirkung war ein gutes Beispiel für die hier gelebte Demokratie. Mehr als 50 Personen beteiligten sich daran; davon stammen über 20 dieser Rückmeldungen direkt von uns hier in diesem Raum. Das Resultat ist klar; 79% der Teilnehmenden sprachen sich ausdrücklich für zusätzliche Ressourcen aus, damit die Qualität der Information und Kommunikation gesichert bleibt. Und das vor allem auch, weil sie die aktuelle, städtische politische Kommunikation als verbesserungsfähig beurteilten. Eine Halbierung des Budgets widerspricht dem klaren fachlichen und politischen Signal aus unserer eigenen Mitte.

Wir wollen Brücken bauen, sei es zu den jungen Generationen über ihre gewohnten Kanäle, oder zu Menschen, die sich mit komplizierten Texten vielleicht schwertun oder Leseschwierigkeiten haben. Dafür braucht es ein verlässliches finanzielles Fundament und nicht nur punktuelle Einzellösungen. Zum Schluss möchte ich noch kurz etwas zur Verfahrensweise sagen. Sollte unser Rückweisungsantrag heute keine Mehrheit finden, wird die SP/GL-Fraktion einer Abschreibung der Motion zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen. Die wesentlichen Massnahmen sollen erst ab dem Jahr 2027 greifen. Wir möchten zuerst sehen, ob das Modell der Einzelfallprüfung in der Praxis tatsächlich funktioniert, und ob die versprochenen 630 Arbeitsstunden ohne das nötige Sachbudget effektiv Wirkung entfalten können. Wir wollen das wichtige Thema nicht voreilig zu den Akten legen, sondern die Entwicklung im Sinne einer wirksamen Kommunikation weiter aktiv beobachten. Im Namen der SP/GL-Fraktion stellen wir daher den Rückweisungsantrag, wie ihr ihn vorne eingeblendet seht. Wir danken euch für das Vertrauen in unsere Verwaltung und für die Unterstützung unseres Rückweisungsantrags für ein transparentes und inklusives Langenthal.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich danke dem Sprecher der SP/GL-Fraktion. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Für die SVP-Fraktion spricht Christine Aebischer.

Stadträtin Christine Aebischer (SVP): Die SVP dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung dieser Motion. Für die SVP-Fraktion ist die geplante Umsetzung sinnvoll und der vom Gemeinderat unterbreitete Vorschlag



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2026

ist für uns passend. Mit den jährlichen wiederkehrenden Kosten von Fr. 22'000.00 sind wir einverstanden. Darum wird die SVP-Fraktion dem Vorschlag des Gemeinderates zustimmen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.

Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Wir nahmen mit grosser Genugtuung, aber auch mit einem kleinen Schmunzeln das Geschäft zur Kenntnis. Warum ist das so? Dazu muss ich vielleicht ein bisschen ausholen. Anfangs Jahr stellten wir einen Antrag, dass wir jeweils Gemeinderatsentscheide einsehen dürfen, bei denen es keinen Grund gibt, dass diese nicht veröffentlicht werden; sprich überall dort, wo nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen vorliegen. Wir fanden dann relativ schnell heraus, dass man das Öffentlichkeitsprinzip in der Stadt offenbar anders ausgelegt, als wir das machten, sodass wir dann eine abschlägige Verfügung dafür bekamen. Die Ablehnung wurde hauptsächlich mit dem grossen Aufwand begründet, wozu die Beschwerde im Moment noch beim Gemeinderat hängig ist. Deshalb empfinden wir hier eine grosse Genugtuung, weil jetzt offenbar die Gemeinderatsbeschlüsse doch veröffentlicht werden sollen, so, wie wir das von Anfang an wollten. Für uns ist das ein zentraler Punkt in dieser Vorlage. Die Politik ist nämlich nur dann glaubwürdig, wenn die Menschen auch nachvollziehen können, was entschieden wird.

Transparenz ist essenziell. Demgegenüber schmunzelten wir, weil der Bericht mit dem Vorschlag zur Veröffentlichung dieser Gemeinderatsbeschlüsse vom 27. März 2026 stammt, wir unsere Verfügung aber am 13. April erhielten, somit über zwei Wochen später. Wir gewannen dann in der Fraktion den Eindruck, dass in diesem Fall nicht nur die politische Kommunikation einer Verbesserung bedarf. Wie gesagt, Transparenz ist für uns völlig essenziell und zusammen mit der Kommunikation, stellt sie die Grundpfeiler unserer Demokratie dar. Gerade wenn man sich die heutige Weltlage anschaut – und ich komme halt schon wieder damit – dann wird hier vielleicht gerade ein bisschen am falschen Ort gespart. Wir begrüssen natürlich sehr, dass die Finanzkommission ihre Rolle ernst nimmt, aber eventuell schossen sie hier aus unserer Sicht ein bisschen über das Ziel hinaus. Schlussendlich sind wir es unseren Wählenden schuldig, dass wir sie anständig informieren, insbesondere auch, dass wir die Jungen informieren, um gerade sie für die Demokratie interessieren zu können. Aus unserer Sicht geht das Geschäft absolut in die richtige Richtung, aber halt noch ein bisschen zu wenig weit. Wir werden aus diesem Grund dem Rückweisungsantrag der SP folgen. Und wir werden auch, falls der Rückweisungsantrag scheitern wird, einer Abschreibung nicht zustimmen, weil auch wir zuerst sehen wollen, wie insbesondere die Gemeinderatsbeschlüsse veröffentlicht werden. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit fehlt noch eine Fraktion, falls sie etwas sagen möchte. Das ist aber nicht der Fall. So kommen wir zu Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher. Auch hier gibt es keine Wortmeldung. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort? Ja, er wünscht es.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ich spüre, dass man dem Gemeinderat nicht wirklich traut. Ich weiss nicht, was ihr gewinnt, wenn die Fr. 48'000.00 eingestellt bleiben, denn, ob wir sie dann ausgegeben werden oder nicht, steht dann ja nachher trotzdem wieder auf einem anderen Blatt. Ich glaube, es ist viel wichtiger, dass wir bereit sind, es überhaupt auszugeben und wie wir das Geld budgetieren, ist – und ich sage jetzt nicht gerade irrelevant, aber wir wählen halt jetzt einen anderen Weg. Das kann auch dazu führen, dass in einem Jahr mit vielen Abstimmungen mehr als diese Fr. 26'000.00 für Abstimmungen benötigt werden. Und in einem Jahr, in dem wir eben dann weniger Abstimmungen haben, brauchen wir den vollen Betrag halt eben nicht.

Darum macht das in meinen Augen auch Sinn. Bei mir im Amt, im Tiefbau, machen wir das immer so. Für alle grossen Projekte wie beim ESP Bahnhof wurden mit allem zusammen auch Budgets für die Kommunikation eingeholt, was man dort auch braucht. Und jetzt will man das System einfach auf die ganze Verwaltung ausdehnen, aber nicht einfach irgendeinen Alibi-Budgetposten festlegen, der dann vielleicht in einem Jahr zu klein ist und man wieder schauen muss, wie wir das jetzt hinbekommen, oder man dann trotzdem



wieder einen Nachkredit beantragen muss. Dies war der Grund, weshalb wir es herausnahmen. Es geht hinten und vorne nicht darum, irgendwie der Verwaltung oder der Kommunikationsstelle nicht das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren Job machen können. Sie sagten selber, dass sie mit der vorgeschlagenen Stundenanzahl im jetzigen Umfang alles machen können. Für die restliche Kommunikation, wenn es nicht um die Abstimmungen geht, sind dann diese Fr. 22'00.00 vorgesehen. Und wenn das dann doch nicht reicht, beantragt man eben nochmals separat Geld.

Deshalb lehnen wir natürlich auch den Rückweisungsantrag ab. Und da bitte ich jetzt schon auch, ein bisschen Vertrauen in uns zu haben. Bei jeder Abstimmung werdet ihr ja sehen, ob wir das umgesetzt haben oder nicht, und sonst weist ihr einfach das Geschäft zurück. Jede Volksabstimmung muss diesen Rat passieren und ihr verabschiedet ein solches Geschäft zuhanden des Volkes. Wenn dort nicht vorgesehen ist, dass wir irgendeinen Franken ausgeben wollen und wir dort keinen Plan haben, wie wir jetzt die ganze Kommunikation machen wollen, dann könnt ihr uns dann zusammenstauchen und auch das Geschäft zurückweisen. Es ist unmöglich, dass ein Geschäft ohne eure Einwilligung dem Volk vorgelegt wird, ohne dass ihr seht, wie die Kommunikation sein wird. Und da wird jeder von meinen Kollegen und meine Kollegin sich hüten, das Thema nicht abzuhandeln, bevor es hier in den Stadtrat kommt, denn sonst wissen wir ja schon, was ihr uns vorwerft und dass es Haue gibt. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Mit dieser eher pessimistischen Erwartung ist die Beratung geschlossen. Das Wort hätte nun noch eine Vertreterin oder ein Vertreter der Motionäre. Das wird aber nicht gewünscht.

Gut, wir haben als Erstes einen Antrag der SP/GL-Fraktion, über den wir abstimmen. Falls dieser Antrag gutgeheissen wird, entfällt die Abstimmung über den Beschlussantrag. Wir stimmen ab. Wer dem Antrag der SP/GL-Fraktion zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer den Antrag der SP/GL-Fraktion ablehnt, zeigt es mit der Karte. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion

17 Ja für den Rückweisungsantrag

18 **Nein gegen den Rückweisungsantrag: abgelehnt**

0 Enthaltungen

Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 9

Der Stadtrat weist das Geschäft 9 gemäss Art. 32a GO an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurück.

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Vorlage dahingehend anzupassen, dass:

1. auf das Modell der einzelfallweisen Beantragung von Mitteln für die aktive Abstimmungskommunikation verzichtet wird;

2. das ursprünglich von den Fachstellen berechnete, jährlich wiederkehrende Budget von insgesamt CHF 48'000.00 wieder eingestellt wird.

Stadtsitzung 29. Juni 2026, Traktandum Nr. 9

Dementsprechend kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag, wie ihn der Gemeinderat im Beschlussentwurf stellt. Wer im Beschlussentwurf Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer den Beschlussentwurf, wie ihn der Gemeinderat beantragt, ablehnt, zeigt es jetzt mit der Karte. Gibt es Enthaltungen? Der Stadtrat votierte mit 17 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung und überlässt mir den Stichentscheid. Ich folge dem Antrag des Gemeinderates, weil ich in den Gemeinderat Vertrauen habe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 17 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten:

- 1. Die Motion der SP/GL-Fraktion vom 25. März 2024: "Politische Kommunikation verbessern!" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrats abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrats wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



10. **Motion Gerhard Käser (SP), Jan Herzig (SVP), Roland Loser (SP), Patrick Jaeggi (SVP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025: Verhandlungsaufnahme mit Kanton Bern bezüglich Neubau Dreifachturnhalle im Hard: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 10. Zu dieser Motion liegt ein Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist vor. Das Eintreten ist zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich eröffne die Beratung. Eine Berichterstattung des Gemeinderates entfällt, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Soweit ich orientiert bin, entfällt auch die Berichterstattung der GPK. Wünscht der Sprecher der Motion das Wort? Gerhard Käser (SP).

Stadtrat Gerhard Käser (SP): Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, merci vielmals für die Antwort, was bis jetzt lief. Wir haben Verständnis, dass es länger geht, zumal es ja auch nicht einfach aufgeschoben wurde, sondern man sah, dass bereits etwas gemacht wurde. und nun versprach man uns, die Potenzialstudie bis Ende Jahr zu liefern. Wir freuen uns sehr auf die Ergebnisse und dann geht es hoffentlich schnell weiter. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Es haben nun die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher das Wort. Das ist nicht gewünscht. Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist auch nicht gewünscht. Dann erkläre ich die Beratung als geschlossen. Möchtest du noch einmal das Wort? Nein, das ist gut. Da kein abweichender Antrag gestellt wird, stelle ich fest, dass der Antrag, wie ihn der Gemeinderat stellte, vom Stadtrat ohne Abstimmung angenommen wird.

III Beschluss:

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung:

1. Die Fristverlängerung bis 30. Juni 2027 für die Umsetzung der Motion Gerhard Käser (SP), Jan Herzig (SVP), Roland Loser (SP), Patrick Jaeggi (SVP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025: Verhandlungsaufnahme mit Kanton Bern bezüglich Neubau Dreifachturnhalle im Hard wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



11. **Motion Lerch Martin (SVP), Fehrensens Jana (FDP), Häfliger Dyami (glp), Cap Georg (GL), Loser Roland (SP), Fankhauser Janosch (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: "Die angekündigte Immobilienstrategie bis spätestens Mitte 2024 in Kraft setzen" (am 18. Dezember 2023 als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt); Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 11. Auch hier geht es um eine Verlängerung der Beantragungsfrist der Motion Lerch, Fehrensens, Häfliger, Cap, Loser, Fankhauser, Grossenbacher und Mitunterzeichnende. Das Eintreten ist zwingend und wir starten direkt mit der Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Seitens des Gemeinderates gibt es keine Berichterstattung, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Eine Berichterstattung der GPK ist demgegenüber angekündigt. Es spricht Linus Rothacher (SP).

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Danke vielmals, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur ganz kurz erläutern, was in der GPK so besprochen wurde. Wir hatten den Ressortvorsteher ad interim an unserer Sitzung vom 15. Juni 2026 zu Gast und dort kam im Zusammenhang mit dieser Motion auch die Frage auf, dass ja die ganze Sache schon ein bisschen länger hängig ist und man einmal über den Stand informiert werden wollte, inwiefern es hier vorwärts geht oder was aktuell im Tun ist. Daraufhin wurde uns als GPK auch versichert, dass der Gemeinderat an diesen Projekten arbeitet und sich nun auch wirklich die Liegenschaften vornimmt und dass wir zeitnah mit einer Antwort bezüglich dieser Motion werden rechnen können. Zudem gab er an, dass sicher keine weitere Fristverlängerung mehr geplant ist. Nach diesen Äusserungen stellte die GPK dementsprechend die formelle Richtigkeit fest und ist mit dem Geschäft so einverstanden.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es noch Fragen an den Gemeinderat, die ihr heute noch beantwortet haben wollt? Gut, dann kann der Gemeinderat am Schluss reden. Als Sprecherin der Motion hat Corinna Grossenbacher (SVP) das Wort.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Vielen Dank. Ich war zwar nicht der Hauptmotionär hier, sondern dies war Martin Lerch. Aber weil der Martin Lerch mittlerweile in die Exekutive eingestiegen ist, machten wir ab, dass ich das heute übernehmen. Grundsätzlich wurde die Motion ja von vielen Mitmotionären unterzeichnet, weshalb ich dann auch kein Problem damit habe, wenn noch jemand etwas anderes sagen möchte. Uns geht es eigentlich ein bisschen um Folgendes.

Ich meine, erheblich erklärte Motionen mit Richtliniencharakter sollten eigentlich innerhalb von neun Monaten nach der Erheblicherklärung vom Gemeinderat bearbeitet werden. Ihr konntet dem Ganzen entnehmen, dass der Stadtrat am 25. November 2024 bereits schon einmal eine Verlängerung bis Juni 2026 genehmigte. Auch damals war man schon ein wenig in Verzug, wenn man sich die Monate mal durchrechnet. Nun folgt die zweite Fristverlängerung und zwar auf den 30. Juni 2027. Wir fragten uns dabei schon ein bisschen, ob der Stadtrat eigentlich wirklich vom Gemeinderat ernst genommen wird, wenn es um die Abarbeitung seiner Auftragsgeschäfte geht. Aus neun Monaten werden jetzt mehr als dreieinhalb Jahre. Also können wir sagen, die Begeisterung für die erneute Fristverlängerung hält sich absolut in Grenzen und ich spreche hier auch gleich für die Fraktion. Dabei stimmt die SVP-Fraktion der Fristverlängerung nur zu, weil seitens des Gemeinderats versichert wurde, dass man tatsächlich an der Bearbeitung der Immobilienstrategie ist, so wie ihr das eben auch vom GPK-Mitglied hörtet, und diesbezüglich auch schon einige Sitzungen dazu durchgeführt wurden, wozu man wirklich jede einzelne Immobilie der Stadt durchdiskutierte und die Strategie dafür festlegte. Infolgedessen, sei es aus meiner Sicht als Motionsvertretung von Martin Lerch, oder sei es im Namen der SVP-Fraktion, werden wir der Fristverlängerung zustimmen.



Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Nun haben Fraktionssprecherinnen, Fraktionsprecher, Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher das Wort. Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat noch das Wort?

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Vorab möchte ich mich bei der GPK für den konstruktiven Austausch bedanken, insbesondere auch namens Stadtbauamt. Es ist mir ein Anliegen ganz kurz aufzuzeigen, was denn das heisst, wenn man sagt, dass die Arbeit am Laufen ist. Man beantragte ja nicht irgendwie eine Fristverlängerung von zwei oder drei Jahre, sondern einen überschaubaren Zeitraum. Wenn nun gesagt wurde, dass sich der Gemeinderat hier an der Arbeit befindet, dann ist das sehr ernst gemeint. Wir führten in den letzten Wochen nicht weniger als drei Workshops durch, an denen wir uns genau mit dem Thema auseinandersetzten. Dabei kam man ein bisschen weg vom Konzept, dass uns Externe erklären sollen, wie man da mit den Liegenschaften umgehen soll. Vielmehr schaute sich der Gemeinderat Liegenschaft für Liegenschaft an, beurteilte den Zustand und schlug dazu gewisse strategische Pfeiler ein, in welche Richtung es gehen soll. Das wird zum Teil Folgen haben, die dann je nachdem in die parlamentarischen Gremien einfließen. Ebenso ist man daran, hier allerdings mit externer Mithilfe, anhand eines Tools rechnerisch einen Annäherungswert ermitteln zu können, für was wir den baulichen Unterhalt bei unseren Liegenschaften brauchen. Und wenn wir vom baulichen Unterhalt sprechen, dann ist damit nicht nur der Kleinunterhalt unter der Aktivierungsgrenze gemeint, sondern auch all das, was für die Instandsetzung, Instandhaltung nötig ist, sprich den Werterhalt, der dann vielleicht auch über der Aktivierungsgrenze liegt, was ebenfalls diskutiert wurde. Also hier kann man wirklich sagen, dass die Zeit einfach noch nicht reichte, es aber die klare Absicht des Gemeinderates ist, dass das jetzt die letzte Fristverlängerung ist. Ich hoffe, ich konnte euch hier namens des Gemeinderates und auch namens des Stadtbauamts einen kleinen Einblick in die Werkstatt respektive, einen kleinen Werkstattbericht geben, um damit einfach auch aufzuzeigen, dass es durchaus ernst gemeint und substantiiert ist, wenn man sagt, hier voll dran zu sein. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schliesse ich die Beratung und gebe, wenn sie es will, der Sprecherin der Motion noch einmal das Wort. Prima, das wird nicht mehr gewünscht. So stimmen wir ab. Wer dem Antrag des Gemeinderates auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist zustimmen will, zeigt das man mit der Stimmkarte. Wer das nicht will, zeigt es mit der Stimmkarte. Wer enthält sich der Stimme?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein bei 0 Enthaltungen:

1. Die Fristverlängerung bis 30. Juni 2027 für die Umsetzung der Motion Martin Lerch (SVP), Jana Fehrensens (FDP), Dyami Häfliger (glp), Georg Cap (GL), Roland Loser (SP), Janosch Fankhauser (SVP), Corinna Grossenbacher (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: "Die angekündigte Immobilienstrategie bis spätestens Mitte 2024 in Kraft setzen" (als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 18. Dezember 2023) wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



12. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind beim Traktandum Nr. 12 mit den Mitteilungen des Gemeinderates. Wem darf ich das Wort erteilen? Demnach gehen wir aus meiner Sicht von rechts nach links vor, sodass nun zuerst die Reihe an Gemeinderat Patrick Freudiger ist.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Merci. Ich hätte ja eigentlich hierbleiben können, wenn ich gewusst hätte, dass ich direkt nochmals drankomme. Ich habe euch folgende Mitteilungen zu machen, respektive es ist eine Mitteilung, von der ihr wahrscheinlich bereits Kenntnis habt, dass die IB Langenthal AG eine Statutenänderung hinter sich hat, der der Gemeinderat als Alleinaktionär, der auch nach dem Reglement für die Wahrnehmung der Aktionärsrechte zuständig ist, so zustimmte. Die Statutenänderung beinhaltet verschiedene Punkte: Zum einen geht es um redaktionelle Anpassungen und Nachführungen, weil das Aktienrecht bekannterweise recht umfangreich geändert wurde. Darin enthalten sind auch materielle Änderungen, die sich aber darin erschöpfen, dass man das Aktienrecht zwingend nachführte, weil eben die entsprechenden bundesrechtlichen Grundlagen änderten. Auch wird nun in den Statuten neu explizit das Geschäftsfeld "Wärme und Kälte" erwähnt, das in der Eignerstrategie zumindest teilweise schon so enthalten war und nun hier nachgeführt wurde.

Eine Änderung, die auch materiellen Gehalt hat, und bei der ich hier schwergewichtig beauftragt bin, diese zu kommunizieren, ist eine Änderung in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Ihr bekamt ja in der Kommunikation mit – stand es doch im Unter-Emmentaler -, dass Michael Schär als Verwaltungsrat zum Verwaltungsratspräsidenten der IB Langenthal AG gewählt wurde. Man hatte in den Statuten bisher eine Bestimmung, die zudem eine relativ ausschliessende Formulierung hatte, dass die Stadt Langenthal gemäss den Statuten bekannterweise das Anrecht besitzt, einen Verwaltungsrat in die IBL zu entsenden. Diese Person wird dann aber nicht an der GV gewählt, sondern wird per Gemeinderatsbeschluss in den Verwaltungsrat entsendet. Und bisher war es eigentlich nicht möglich, dass die entsendete Person zugleich Verwaltungsratspräsident wurde. Aber anhand der Kommunikation der IBL und auch unter der Darstellung der umfangreichen Suchbemühungen nach Präsidien zeigte es sich eigentlich, dass diese Regelung in diesem Fall so nicht zweckmässig ist, sodass man die Statutenbestimmung anpasste und nachher auch die Formulierung in der Eignerstrategie nachführte. Sie ermöglicht neu, dass auch der delegierte Verwaltungsrat in der IBL AG Präsident sein kann; dies nicht unter allen Umständen, sondern nur in begründeten Ausnahmefällen. Und da war der Gemeinderat nun der Meinung, dass hier ein begründeter Ausnahmefall vorliegt, und dies kumulativ zu den begründeten Ausnahmefällen für eine begrenzte Zeit von 18 Monaten ab der Generalversammlung. Das heisst, dass es für die begrenzte Zeit von 18 Monaten ab Generalversammlung künftig möglich ist, dass man auch den in den Verwaltungsrat delegierten Gemeinderat in der IB Langenthal AG zum Präsidenten wählen kann, was man dann auch konkret so machte. Danke für die Kenntnisnahme.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Wolltest du nicht noch etwas zum ESP Bahnhof sagen? Ich frage nur, weil es mir so angekündigt war. Gut, dann nicht. Nun folgt eine Mitteilung von Gemeinderätin Stefanie Barben-Kohler.

Gemeinderätin Stefanie Barben-Kohler (FDP): Im Namen des Gemeinderates informiere ich euch gerne zu den neusten Gegebenheiten in Sachen Stiftung Ferienheim Oberwald. Im Rahmen der auslaufenden Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Ferienheim Oberwald 2023 - 2026 setzte sich der Gemeinderat in den vergangenen Monaten intensiv mit der Zukunft dieser Institution auseinander. Das Ferienheim Oberwald hat für viele Langenthalerinnen und Langenthaler einen ideellen Wert. Zahlreiche Personen verbinden damit Erinnerungen an Schul- und Ferienlager oder andere Aufenthalte. Entsprechend ist dem Gemeinderat bewusst, dass die Zukunft von diesem Ferienheim vielen Langenthaler:innen am Herzen liegt. Gleichzeitig ist es die Aufgabe des Gemeinderates, die langfristigen finanziellen Verpflichtungen der Stadt Langenthal sorgfältig zu beurteilen. Die Stiftung steht vor erheblichen Herausforderungen, da sich insbesondere abzeichnet, dass in den kommenden Jahren umfangreiche Investitionen in die Liegenschaft notwendig werden. Ohne Klärung der zukünftigen Ausrichtung besteht die Gefahr, dass die Stadt langfristig für immer höhere finanzielle Verpflichtungen aufkommen müsste, da die Stiftung nicht in der Lage ist, diese selbstständig zu stemmen.

Bei der Beurteilung der aktuellen Situation wurde auch die heutige Nutzung berücksichtigt. Die Langenthaler



Schulen beanspruchen das Ferienheim nur noch in sehr beschränktem Umfang, zumal dort keine organisierten Sommer- oder Herbstferienlager der Stadt Langenthal mehr stattfinden. Zudem erfolgen Aufenthalte von Langenthaler Schulklassen auch nicht kostenlos, sondern zu den regulären Tarifen. Viele Schullager aus Langenthal werden irgendwo in der Schweiz an einem anderen attraktiven Ort durchgeführt und die Flexibilität wird von den Schulen auch geschätzt und gewünscht. Vor diesem Hintergrund kam der Gemeinderat zum Schluss, dass eine dauerhafte finanzielle Unterstützung ohne klare Perspektiven nicht verantwortbar ist. Gleichzeitig will der Gemeinderat der Stiftung die Möglichkeit geben, ihre Zukunft geordnet zu klären. Aufgrund dieser Gegebenheiten beschloss der Gemeinderat, die auslaufende Leistungsvereinbarung nicht zu verlängern, sondern der Stiftung Ferienheim Oberwald für das Jahr 2027 nochmals einmalig einen Beitrag von Fr. 46'000.00 in Aussicht zu stellen, analog der heutigen Leistungsvereinbarung. Diese Unterstützung ist aber an eine klare Bedingung geknüpft: Die Stiftung hat der Stadt bis Ende 2026 entweder ein tragfähiges Konzept für einen eigenwirtschaftlichen Weiterbetrieb ab dem Jahr 2028 oder dann ein Konzept für die Veräusserung der Liegenschaft nach dem Jahr 2027 vorzulegen. Der Gemeinderat suchte dabei auch das Gespräch mit dem Stiftungsrat und informierte ihn über den gefällten Entscheid sowie über die damit verbundenen Erwartungen. Dem Gemeinderat ist es wichtig, die Beweggründe dieses Entscheids transparent darzulegen und der Stiftung frühzeitig Planungssicherheit zu verschaffen. Der Austausch mit dem Stiftungsrat verlief dabei sehr konstruktiv. Der Stiftungsrat ist sich bewusst, dass auch auf Seiten der Stiftung die Notwendigkeit besteht, die längerfristige Zukunft des Ferienheims zu klären und tragfähige Perspektiven für das kommende Jahr zu entwickeln.

Jetzt liegt es am Stiftungsrat, die Zukunft des Ferienheims aufzuzeigen und die notwendigen Grundlagen für die weiteren Entscheide zu erarbeiten. Mit diesem Vorgehen bekommt die Stiftung Zeit und Handlungsspielraum, um ihre Zukunft zu gestalten. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die Stadt nicht auf unbestimmte Zeit Verpflichtungen eingeht, ohne dass eine nachhaltige Lösung vorliegt. Die Finanzierung des einmaligen Beitrags der Stiftung Ferienheim Oberwald erfolgt über den Fonds "Gewinnausschüttung Anzeiger Oberaargau AG" und belastet damit die laufende Rechnung im Jahr 2027 nicht. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass dieser Entscheid einen ausgewogenen Weg zwischen der Verantwortung gegenüber der Stiftung und derjenigen gegenüber den öffentlichen Finanzen darstellt. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Merci vielmals, Gemeinderätin Stefanie Barben. Ich nehme an, das waren alle Mitteilungen vom Gemeinderat. Wir kommen zu Traktandum Nr. 13 mit der Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse. Ich übergebe das Wort der Stadtratssekretärin Barbara Labbé.



13. A Eingereichte Motion Fabian Fankhauser (GLP), Leila Rachdi (GL), Päivi Lehmann (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2026: Werterhalt und Sicherung der heutigen Nutzung der Liegenschaft Farbgasse 27

Motionstext:

"Werterhalt und Sicherung der heutigen Nutzung der Liegenschaft Farbgasse 27"

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die planerischen, baulichen, betrieblichen und finanziellen Massnahmen zu treffen, damit die Bausubstanz der städtischen Liegenschaft Farbgasse 27 erhalten werden kann, sowie die heutige Nutzung langfristig gesichert werden kann.

Der Gemeinderat hat insbesondere:

- 1. die erforderlichen Abklärungen, Planungsarbeiten und Vorbereitungsschritte für den Erhalt, die Instandsetzung und die sichere Nutzung der Liegenschaft ohne unnötigen Aufschub einzuleiten;*
- 2. dem zuständigen Organ rechtzeitig eine beschlussreife Vorlage zu unterbreiten, welche den langfristigen Weiterbetrieb der heutigen Nutzung ausdrücklich zum Ziel hat;*
- 3. sicherzustellen, dass die Vorlage sämtliche fachlich notwendigen baulichen, technischen, sicherheitsrelevanten und denkmalpflegerischen Massnahmen umfasst, die für den langfristigen Weiterbetrieb der heutigen Nutzung erforderlich sind;*
- 4. insbesondere die notwendigen Massnahmen an Gebäudehülle und Holztragwerk zu prüfen. Besonders dringlich sind die durch Feuchtigkeit in Mitleidenschaft gezogene Bauteile im Dach- und Laubenbereich. Zudem sind Fluchtwege, Brandschutz, technische Infrastruktur sowie Massnahmen an weiteren sicherheits- oder substanzerhaltungsrelevanten Bauteilen zu prüfen und bei Bedarf in die Vorlage aufzunehmen.*
- 5. die hierfür erforderlichen Untersuchungen, Zustandsanalysen, Projektierungen und Massnahmenplanungen vorzunehmen sowie die dafür notwendigen Kredite, Bewilligungen und weiteren Beschlüsse fristgerecht vorzubereiten und den jeweils zuständigen Organen zu beantragen;*
- 6. sicherzustellen, dass notwendige bauliche oder organisatorische Massnahmen, die heutige Nutzung möglichst wenig beeinträchtigen und nicht zu deren Aufgabe führen; die heutigen Nutzerinnen und Nutzer sind frühzeitig und angemessen in die weiteren Planungsschritte einzubeziehen und mögliche kostenkende Massnahmen und Eigenleistungen gemeinsam zu prüfen ohne dadurch die Verantwortung der Stadt als Eigentümerin in Frage zu stellen;*

Begründung:

Die Liegenschaft Farbgasse 27 wird seit 25 Jahren als selbstorganisiertes Kulturzentrum genutzt. Es handelt sich um ein historisches Gebäude aus dem Jahr 1786, das als erhaltenswert und als k-Objekt eingestuft ist. Das Gebäude befindet sich im Eigentum der Stadt Langenthal und prägt das Ortsbild in wesentlichem Masse.

Gemäss den vorliegenden Abklärungen bestehen erhebliche bauliche und sicherheitsrelevante Mängel. Besonders betroffen sind das Dach, das Holztragwerk und die Lauben. Das Dach ist teilweise undicht, Feuchtigkeit dringt in die Konstruktion ein, und es wurden Pilzbefall sowie morsche Balken festgestellt. Die westliche Laube ist bereits aus Sicherheitsgründen abgesperrt. Ein weiteres Zuwarten wird wahrscheinlich Folgeschäden an der Bausubstanz auslösen.

Der Handlungsbedarf ist deshalb dringend. Eine weitere Verzögerung würde nicht nur die heutige Nutzung gefährden, sondern auch zu zusätzlichen Schäden an der historischen Bausubstanz führen.

Die minimale Sanierung ist vor allem auch aus Sicht des Werterhalts dringend notwendig. Selbst unabhängig von der heutigen Nutzung ist das Gebäude aufgrund seiner Lage, seiner historischen Bedeutung und seines städtebaulichen Werts zu erhalten. Die Investition ist daher auch wirtschaftlich und stadtentwicklungspolitisch begründet.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2026

Mit dieser Motion soll verhindert werden, dass die dringend notwendige Sanierung aufgeschoben oder lediglich unverbindlich geprüft wird. Der Gemeinderat soll klar beauftragt werden, die Projektierung auszulösen, die Realisierung vorzubereiten und dem Parlament innert nützlicher Frist eine beschlussfähige Vorlage zu unterbreiten. Ziel ist der Erhalt der Liegenschaft, die Gewährleistung der Sicherheit und die Sicherung der heutigen Nutzung."

Fabian Fankhauser
(Erstunterzeichnender)



13. B Eingereichte Interpellation Murielle Schärer (GLP) vom 29. Juni 2026: Aktueller Projektstand "ILMA"

Interpellationstext:

"Aktueller Projektstand "ILMA"

Anfrage:

- *Wie sieht der aktuelle Stand zum Projekt "ILMA" aus?*
- *Gemäss Gesetzgebung über die digitale Verwaltung sind die Gemeinden verpflichtet bis 01.03.2027 eine elektronische Geschäftsverwaltung (GEVER) einzuführen. Der in der Antwort zur "Interpellation Schärer Murielle (GLP) vom 3. Februar 2025: Digitale Verwaltung" erwähnte Zeitplan ist bereits ein Jahr in Verzug. Kann die Frist vom 01.03.2027 eingehalten werden?*
- *Ist aufgrund der längeren Projektierungsphase mit einer Überschreitung des Verpflichtungskredits zu rechnen?*

Begründung:

Verschiedene am Projekt beteiligte Schlüsselpersonen verlassen die Stadtverwaltung in den kommenden Monaten. Es wird befürchtet, dass LAVA nicht rechtzeitig eingeführt werden kann. "

Murielle Schärer



13. In eigener Sache

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich danke für die Einreichung und für das Verlesen. Gestützt auf die neue Geschäftsordnung findet im Anschluss eine Sitzung zwischen dem Büro des Stadtrats und dem Gemeinderat statt, an der die Zuweisung dieser zwei Vorstösse beschlossen wird.

Damit sind wir am Ende dieser Stadtratssitzung. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Gerhard Käser für sein Mitwirken hier im Büro zu danken, auch wenn er nun bei der jetzt folgenden Zusatzsitzung noch gebraucht wird. Er wird aber mit Blick auf die nächste Stadtratssitzung von der Aufgabe als Büromitglied entlassen. Entsprechend sind wir dankbar, dass er weiterhin Stadtrat bleibt und sein Know-how wieder aus Sicht als normales Mitglied einbringt und uns dann auch mit der Erfahrung als Büromitglied beurteilen kann. Ich danke euch allen für das aktive Mitmachen. Das war heute eine Sitzung, bei der wir wieder einmal um Lösungen zu ringen hatten. Ich wünsche einen angenehmen Ausklang des Abends, auch wenn für heute Abend noch Gewitter angekündigt sind, die gestern Abend ausblieben. Somit schliesse ich die Sitzung um 22.44 Uhr. Ich freue mich, euch wieder am 24. August 2026 zu sehen. Besten Dank.